Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 29. Donnerstag, 4. Februar 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Preise Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutsche Aufgabe im Völkerbund.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Wenn das Gezänk über den Termin von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verstummt sein wird, wird bei den Parteien langsam die Erkenntnis aufkommen, daß es eigentlich wichtigere Dinge zu besprechen gibt, nachdem der Eintritt an sich beschlossene Sache des Reichskabinetts war. Die anderen Staaten haben mit erstaunlicher Schnelligkeit und Sicherheit festgestellt, daß nur das Wachrufen der Parteileidenschaften in Deutschland genüge, um alles Wichtige in Vergessenheit geraten zu lassen. So ist es auch jetzt wieder bei der Völkerbundsfrage. Die Nebensächlichkeiten werden in den Vordergrund geschoben und man zerbricht sich die Köpfe, wer wohl Vertreter Deutschlands sein werde, ob ein Nationalist, ein Demokrat, ein Pazifist oder gar ein Sozialist. Es darf und kann bei der deutschen Vertretung einzig und allein darauf ankommen, daß eine Persönlichkeit mit diesem Amte betraut wird, die deutsche Interessen nicht einseitig wahrnimmt und über genügendes diplomatisches Können verfügt, um das Genfer Intrigenspiel zu durchschauen und geschickt zu durchkreuzen.

Zu denjenigen Kreisen, die eine parteiische Einstellung zum Völkerbundgedanken in keiner Weise verstehen, gehören in erster Linie die deutschen Minderheiten, die in aller Herren Länder verstreut, unter Einsetzung aller Kraft für die Erhaltung ihres Deutschtums kämpfen. Hier gelten nicht die schroffen Parteigegensätze, wie in Deutschland, hier gilt vor allem der Glaube und das Bekenntnis zum Deutschtum. Ein Land ist es besonders, das den Augenblick herbeisehnt, da Deutschland Völkerbundstaat wird: das ist das Saargebiet. Seit es vom Deutschen Reiche getrennt ist, untersteht seine Verwaltung dem Völkerbund. Delegationen konnten die Beschwerden der Saarbevölkerung vorbringen. Aber es stellte sich bald heraus, daß die Volksstimmung in keiner Weise gebührend vertreten war, da die Regierungskommission unter Führung des Franzosen Raoult die Beschwerden so geschickt umzubiegen und abzuwenden verstand, daß lange Zeit der Völkerbund keine Veranlassung sah, im Saargebiet nach dem Rechten zu sehen. Erst im Spätsommer vorigen Jahres entschloß man sich, von englischen Delegationen das Saargebiet bereisen zu lassen, um an Ort und Stelle die Beschwerden der Bevölkerung nachzuprüfen. Die Schäden konnten so offensichtlich festgestellt werden, daß die Völkerbundstaaten, besonders Frankreich und England, in Verhandlungen über die Aenderung des Regimes eintraten. Es steht jetzt fest, daß Raoult, der seine Hauptaufgabe darin sah, die Geschäfte Frankreichs im Saargebiet zu besorgen, als Präsident der Regierungskommission nicht auf seinen Posten zurückkehren, und daß in wenigen Wochen wahrscheinlich ein Engländer als sein Nachfolger bestimmt sein wird.

Die Saarbevölkerung würde es begrüßen, wenn durch den Eintritt Deutschlands gerade in dieser Frage von Seiten der deutschen Regierung ein Einfluß im Völkerbundsrat ausgeübt werden könnte. Es ist dem Lande daran gelegen, daß die Versprechungen, die man von Genf aus gemacht hat, auch gehalten und durchgeführt werden. Daß also die Regierungskommission in der Behandlung aller Vorfälle eine gerechte und neutrale Haltung einnimmt und nicht versuche, die Bevölkerung dauernd in antideutschem Sinne zu beeinflussen.

Die deutschen Minderheiten, die im Herbst zu einer gemeinsamen Tagung in der Schweiz zusammengekommen waren, hoffen ebenfalls, daß es der deutschen Regierung auf Grund eines Ratssitzes gelingen müsse, auf die Minderheitengesetzgebung in den anderen Ländern Einfluß zu bekommen und für ein erträgliches Los der Deutschen im Auslande Sorge zu tragen. Der Aufgabenkreis, vor den der deutsche Vertreter in Genf gestellt wird, ist also groß und vielseitig. Es wird zähester Arbeit bedürfen, um nur einen Teil befriedigend zu lösen. Die deutsche Regierung hat wiederholt, zuletzt in der Regierungserklärung, ihren Willen zur Völkerbundpolitik bekundet, aber sie wird ihre Aufgabe nach der Vereinigung der schwebenden außenpolitischen Fragen hinsichtlich der Auswirkung der Locarnopolitik nur dann durchführen können, wenn sie bei den Parteien und in allen Volkskreisen die nötige Unterstützung hierzu findet. Weder ein übertriebener Pazifismus noch ein überspannter Nationalismus werden die Aufgabe der Regierung und die Wege zur Verständigung der Völker ebnen helfen, sondern einzig die Kreise, die dem Auslande gegenüber nüchtern und sachlich eingestellt und zur positiven Arbeit bereit sind.

•

Ministerbesprechung in Berlin.

)(Berlin. Nachdem der Auswärtige Ausschuß des Reichstages mit überwiegender Mehrheit beschlossen hat, keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Reichsregierung von der durch Gesetz vom 28. November 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch macht, **hat die Reichsregierung die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Sonnabend vormittag zu einer Aussprache über das gleiche Thema nach Berlin eingeladen.**

Die Entscheidung der Reichsregierung über das Eintrittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund wird, wie wir erfahren, in einer am Montag nächster Woche stattfindenden Sitzung erfolgen.

Eine außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates.

)(Genf. Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur dürfte der Völkerbundsrat, falls das Aufnahmegesuch Deutschlands Anfang nächster Woche gestellt werden wird, **noch in der nächsten Woche eine kurze Tagung abhalten,** in welcher der Zeitpunkt der außerordentlichen Völkerbundsversammlung festgesetzt werden würde, die über das Aufnahmegesuch Deutschlands zu entscheiden hätte. Diese Versammlung dürfte in der Zeit zwischen dem 8. u. 10. März stattfinden, also gleichzeitig mit der am 8. März beginnenden Frühjahrssession des Rates.

Deutschlands Aufnahmegesuch an den Völkerbund.

)(Berlin. Nach Informationen der Vossischen Zeitung hat sich in der gestrigen Ausschußsitzung **Reichsaußenminister Dr. Stresemann** dahin ausgesprochen, daß das rechtzeitig eingehende Gesuch Deutschlands vom Völkerbundsrat so schnell erledigt werden würde, daß **bereits im März die außerordentliche Tagung der Völkerbundsversammlung zusammentreten und die Aufnahme Deutschlands beschließen werde.** Es liege dringend im deutschen Interesse, die Aufnahme in den Völkerbund schon für den März zu betreiben, weil bereits in den nächsten Tagungen des Rats Gegenstände auf der Tagesordnung stehen, die es nötig erscheinen lassen, daß Deutschland mit am Tisch sitzt.

Was wird in Sachsen?

Von Dr. Theodor Grumbt (Dresden).

Der Abschluß des Landesparteitages der Sächsischen Sozialdemokratie hat die Frage von der Unauflösbarkeit des gegenwärtigen Landtages vor Ablauf der Legislaturperiode und von der Unmöglichkeit eines überraschenden Rücktritts der Regierung wieder in den Vordergrund gerückt. Wenn während der bisherigen Auseinandersetzung der Attacken der radikalen Linken auf den Bestand der Koalition und ihre Regierungsvertreter tatsächlich die prozentual größere Wahrscheinlichkeit ständig für das Beibehalten des bestehenden Regimes sprach, so hat der gerissene Trick der Liebmann-Gruppe, auf dem Wege der Erregung innerer Koalitionszwistigkeiten über angeblich notwendige Etaterweiterungen das Kabinett zu sprengen, oder bei der Abstimmung über diesbezügliche Anträge in die Minderheit zu setzen, die nächsten Zukunftsaussichten der Regierung Heldt doch etwas getrübt. Zwar wird man den forcierten Optimismus der sozialdemokratischen Presse, die so tut, als ob sie den vollen Erfolg ihrer geplanten „sozialen Aktion" im Landtage bereits in der Tasche hätte, und die mit der Möglichkeit einer besonderen Haltung wenigstens einiger Mitglieder ihrer Fraktionsmehrheit gar nicht zu rechnen scheint, längst nicht in vollem Umfange für berechtigt anzusehen brauchen. Es wäre doch vielleicht denkbar, daß sich zur Uebernahme der sozialistischen Parteileitung die den bürgerlichen Fraktionen für die Majorisierung der sozialistisch-kommunistischen Anträge fehlenden drei Stimmen in den Reihen der gemäßigten Genossen fänden. Die ominösen Drei brauchten ja nicht einmal offen gegen den beabsichtigten Vorstoß Farbe zu bekennen, sondern nur aus irgendwelchen Krankheitsgründen der Abstimmung fern zu bleiben. Dann wäre unter normalen Voraussetzungen der versteckte Angriff der vereinigten Linken auf Koalition und Landtag erledigt. Die Deutschnationalen haben zwar verlauten lassen, daß sie vor Beendung der Etaterörterungen die praktische Beantwortung der Auflösungsfrage für inopportun halten. Diese Stellung verbietet es ihnen aber keineswegs, sich möglicherweise für den einen oder anderen der von der Linken vorgelegten Anträge zu erklären. Es kommt hier ganz auf die Formulierung der Anträge an. Es wäre falsch, diese Eventualität zu unterschätzen. Aber auch dann, wenn nicht mit ihr gerechnet zu werden brauchte, und die radikalen Anträge restlos abgelehnt würden, bliebe der Linken noch der Weg, ihre Forderungen in irgendwie modifizierter Form als Regierungsanträge einbringen zu lassen. Sicher würde es sich dann zeigen, ob die Parteitreue der sozialistischen Minister ihre Anhänglichkeit zur Koalition überwiegt. Auf alle Fälle aber würde, wenn das erst einträte, ein schwerer Kabinettskonflikt unvermeidbar sein, der nur mit dem Rücktritt der bürgerlichen Minister enden könnte, zumal diese ihren sachlichen Standpunkt trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit gegenüber ihren sozialistischen Kollegen gerade diesmal unter keinen Umständen aufzugeben vermögen. Es würde sich dann bitter rächen, daß die bürgerlichen Koalitionsfraktionen jahrelang neben sich vier sozialistische Minister duldeten, obwohl sie im Vergleich zu den 23 Regierungssozialisten eine Majorität von 4 Stimmen besaßen, die sie zum Anspruch auf die Mehrheit der Ministersitze berechtigt hätte.

Die Eisenbahner-Verbände im Reichsarbeitsministerium.

)(Berlin. Vertreter der drei Eisenbahnerverbände waren gestern im Reichsarbeitsministerium, um sich über die **Rechtslage** zu unterrichten, die **durch die Nichtdurchführung des verbindlichen Schiedsspruches seitens der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft** entstanden ist. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers legte dar, daß auf dem Gebiete des Schlichtungsrechts, das für die private Industrie und die gesamte öffentliche Verwaltung gleichermaßen gelte, auch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft keine Sonderstellung beanspruchen könne. Das Bedürfnis, eine gewaltsame Austragung von Streitigkeiten zu vermeiden, sei bei ihr sogar ein erhöhtes im Hinblick auf das große Interesse der Allgemeinheit an einem ungestörten Fortgang des Eisenbahnbetriebes. Das **Reichsbahngesetz** habe der Gesellschaft die besondere Stellung, die sie als Reichsunternehmen auf dem Gebiete des Arbeiterrechts früher gehabt habe, zwar erhalten, aber ihr keine weitergehenden Befugnisse eingeräumt. Auch die Verweisung auf die Reparationsverpflichtungen könne zu einer anderen Auslegung der maßgebenden Gesetzesvorschriften nicht führen, da die Reichsbahn-Gesellschaft ja die Möglichkeit habe, bei Nichtgenehmigung von Tarifänderungen durch die Reichsregierung das **Reichsbahnschiedsgericht** anzurufen. Nach der Schlichtungsverordnung stehe ein verbindlicher Tarifschiedsspruch einem freivereinbarten Tarifvertrage rechtlich völlig gleich. Diese Bestimmung greife, mangels abweichender Regelung, auch gegenüber dem Reichsbahngesetz Platz. Wollte man der Reichsbahn-Gesellschaft die einseitige Regelung der Arbeitsbedingungen unbeschränkt zuerkennen, so wäre Paragraph 22 Absatz 2 des Reichsbahngesetzes überflüssig, nach dem die Reichsbahn-Gesellschaft die Arbeitszeit der Beamten auf ihre Arbeiter und Angestellten übertragen könne. Das Reichsbahnschiedsgericht sei zu einer Entscheidung über die Zulässigkeit der Verbindlichkeitserklärung nicht zuständig, da diese nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister als Instanz des Schlichtungsverfahrens ausgesprochen werde und daher ein Streit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft gar nicht vorliege. **Die Rechtslage sei nach Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für die Eisenbahnarbeiter und ihre Verbände keine andere als gegenüber jedem privaten Arbeitgeber,** sodaß sie also ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen müßten.

Die **Vertreter der Gewerkschaften** stellten fest, daß sich diese Ausführungen mit ihren eigenen Anschauungen durchaus deckten und wiesen darauf hin, daß der Reichsbahn-Gesellschaft durch die Durchführung des Schiedsspruchs nur eine Belastung von 11,8 Millionen Mark im Jahre erwüchse, was bei der Höhe ihres Gesamtetats überhaupt nicht ins Gewicht falle.

Staatsstreichversuch in Portugal.

)(Paris. Havas meldet aus Lissabon: Dienstag abend wurde ein Staatsstreich versucht. **Die Aufständischen haben sich,** nachdem ihnen mit Bombardement und Belagerung gedroht worden war, **bedingungslos ergeben.**

Ueber die Aufstandsbewegung in Portugal gehen der Agentur Havas mit Verspätung, die offenbar durch die Zensur entstanden ist, noch folgende Nachrichten zu: Eine erste aus Lissabon vom 2. Februar datierte Depesche besagt: **Die Regierung ist Herr der Lage. Ein Staatsstreichversuch radikaler Elemente ist gescheitert.** Ein Ueberfall auf die Kaserne der republikanischen Garde im Stadtviertel Campolido ist abgeschlagen worden. Zwei Offiziere und einige Zivilpersonen sind verhaftet worden.

Eine weitere Havasdepesche aus Lissabon, ebenfalls vom 2. Februar abends 7,55 Uhr besagt: Bei Anbruch der Nacht hatte sich eine kleine aufständische Abteilung mit 6 Kanonen unter Führung von Zivilpersonen und Offizieren der Schießschule Vandas Novas bei Almada auf dem linken Tajouser angesammelt.

Eine Havasmeldung von gestern vormittag 10,05 Uhr teilt folgende Einzelheiten mit: Der Präsident der Republik, der auf einer Reise nach Nordportugal begriffen war, ist gestern abend 9 Uhr mit Sonderzug nach Lissabon zurückgekehrt und hat mit den Mitgliedern der Regierung in der Kaserne Carmo konferiert. Die Regierung hat mit treuen Truppen die Aufständischen verfolgt und die Einwohner von Cacilhas und Almada davon in Kenntnis gesetzt, daß sie heute vormittag die Stellungen der Aufständischen so lange beschießen lassen werde, bis diese in die Flucht geschlagen seien. Die Nacht ist vollkommen ruhig verlaufen. Der Befehlshaber der Aufständischen ist ein ehemaliger Major Lacerto Almeida, der während des Krieges Instruktionsoffizier bei der schweren Artillerie in England war. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Die Regierung ist der Haltung der Truppen und der Marine sicher.

Lissabon. (Funkspruch.) Zwei Führer der Aufstandsbewegung befinden sich als Gefangene an Bord eines Kriegsschiffes. In ganz Portugal herrscht vollkommene Ruhe. Der versuchte Staatsstreich wird in allen Kreisen mißbilligt. Der militärische Leiter der Verschwörung erklärt, die Bewegung habe nur die Bildung einer nationalen Regierung zur Revision der Verfassung beabsichtigt.

Nach der Chicago Tribune wurde der schnell niedergeschlagene **Aufstandsversuch in Portugal von dem Oberst Esteves und einer Gruppe Radikaler ausgeführt.** In Lissabon herrschte bereits am Mittwoch wieder Ruhe. Während des Aufstandes wurden 20 Personen durch Schüsse verletzt und mehrere Häuser durch Granaten der Aufständischen beschädigt. Außer Esteves und den übrigen festgenommenen Führern des Aufstandes sind 120 Gefangene gemacht worden.

Keine neuen Steuern.

qu. Berlin. In den letzten Tagen haben im Reichsfinanzministerium über die künftige Lage der Steuerpolitik Verhandlungen stattgefunden, bei denen geprüft werden sollte, ob die Einführung neuer Steuern möglich sei. Wie wir hören, ist die Entscheidung dahin ausgefallen, daß die vom Reichsfinanzminister geplanten Steuerermäßigungen und Erleichterungen nicht durch neue Steuern ersetzt werden sollen, sondern daß man durch Maßnahmen versuchen wolle, Ausfälle im Etat wieder aufzuholen.

SLUB Wir führen Wissen.

Fristenablauf für einmalige Unterstützungen

an abgefundene 20proz. Rentenempfänger, sowie für Abfindung von Versorgungsanwärtern, die wegen schwerer Dauerleiden keine Vormerkung erhalten konnten.

Die Frist zur Stellung von Anträgen an die Versorgungsämter auf Gewährung eines einmaligen Betrages von 50 Mark für abgefundene 20prozentige Rentenempfänger, die nach § 104 des Reichsversorgungsgesetzes aus der Versorgung ausgeschieden und nicht wieder rentenberechtigt sind, läuft am 28. Februar 1926 ab. Alle nach diesem Tage eingehenden Gesuche auf Gewährung dieses Betrages können keine Berücksichtigung mehr finden. Die Unterstützung können nicht erhalten ehemalige 20prozentige Abgefundene, denen wegen Verschlimmerung des Versorgungsleidens eine Rente jetzt wieder gewährt wird.

Da in der letzten Zeit durch die gesamte Presse zum Teil unklare Notizen über die hierzu zu erfüllenden Bedingungen gelaufen sind, wollen wir im Nachstehenden kurz auf diese hinweisen.

Der einmalige Betrag von 50 Mk. wird nur auf Antrag gewährt, sofern das durchschnittliche Monatseinkommen nicht mehr als 200 Mk. beträgt. Der Antragsteller muß durch Gehalts- oder Lohnbescheinigung seines Arbeitgebers nachweisen, daß sein in letzter Zeit bezogenes durchschnittliches Monatseinkommen ohne Frauen- und Kinderzulage den Betrag von 200 Mk. nicht übersteigt. Zur Feststellung des in „letzter Zeit" bezogenen Durchschnittseinkommens sollen die Monate Oktober 1924 bis März 1925 zugrunde gelegt werden.

Nach einem Erlaß des RAM. kann die einmalige Nachzahlung von 50 Mk. auch an frühere Kapitulanten gewährt werden, für die nicht nur wegen Erwerbsminderung eine Rente von 20 Prozent, sondern auf Grund einer Dienstzeit von mindestens 18 Jahren auch eine Dienstzeitrente von 50 Prozent und mehr in Betracht kommt. Die Frist zur Stellung von Anträgen läuft auch in diesen Fällen am 28. Februar 1926 ab.

Desgleichen sind Abfindungsanträge von Versorgungsanwärtern, die wegen schwerer Leiden keine Vormerkung erhalten konnten, ebenfalls bis zum 1. März 1926 an das zuständige Versorgungsamt zu stellen. Die nach diesem Tage eingehenden Anträge finden keine Berücksichtigung mehr.

Die Entschädigung, die auf 1000 Mk. festgesetzt ist, soll gegen Rückgabe des Versorgungsscheins gewährt werden, wenn der Versorgungsanwärter glaubhaft nachweisen kann, daß er wegen eines schweren Dauerleidens trotz Bemühung eine Vormerkung bei einer Behörde nicht erreichen konnte, oder davon abgesehen hat, eine solche zu erstreben, weil eine Uebernahme in den Beamtenberuf mit Rücksicht auf sein Leiden offenbar aussichtslos war. Voraussetzung für die Gewährung der Entschädigung ist weiter, daß für eine nützliche Verwendung des Betrages Gewähr geboten ist.

Keine Entschädigung können Versorgungsanwärter erhalten, die die einmalige Entschädigung von 2000 Mk. nach der Abfindungsverordnung vom 30. Oktober 1923, RGBl. S. 404, und den dazu erlassenen weiteren Bestimmungen hätten erlangen können, wenn sie den Versorgungsschein rechtzeitig erstrebt und zu einer Zeit ausgenutzt hätten, in der sie sich in einem Gesundheitszustand befanden, der die Ausnutzung des Scheines für den Beamtenberuf zuließ. Inhaber des Anstellungsscheines für den unteren Beamtendienst erhalten ebenfalls keine Abfindung.

Auskünfte erteilen alle Ortsgruppen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, die auch die entsprechenden Eingaben kostenfrei anfertigen. Sofern Ortsgruppen nicht am Orte, wolle man sich an die Gauleitung des Reichsbundes, Dresden, Schloßstraße 34, 2., wenden.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. Februar 1926.

—* **Wettervorhersage für 5. Februar.** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Wechselnd vorübergehend stark bewölkt. Oertlich Nebel. Vereinzelt, besonders anfangs Regenschauer. Temperaturen zunächst noch sehr mild, später zurückgehend. Vorläufig noch wenige Grad über dem Gefrierpunkt. Abflauende veränderliche Winde. — Witterungscharakter der nächsten Tage: Temperaturen in den nächsten Tagen allmählich zurückgehend, jedoch im Flachland immer noch Wärmegrade.

—* **Daten für den 5. Februar 1926.** Sonnenaufgang 7,33 Uhr. Sonnenuntergang 4,56 Uhr. Mondaufgang —.— Uhr. Monduntergang 10,44 Uhr V. — 1705: Jakob Spener, der Hauptvertreter des Pietismus, in Berlin gest. (geb. 1635.) 1794: Veröffentlichung des preußischen Landrechts. 1808: Der Maler Karl Spitzweg in München geb. (gest. 1885.) 1861: Der Luftschiffer Aug. v. Parseval in Frankenthal (Pfalz) geb. 1875: Pius IX. erklärt die preußischen „Maigesetze" für ungültig. Exkommunikation der altkatholischen Geistlichen. 1881: Der englische Sozialethiker und Geschichtsschreiber Thomas Carlyle in London gest. (geb. 1795.) 1915: Der Hygieniker Erwin v. Esmarch in Göttingen gest. (geb. 1855.)

—* **Konzert des Chores des Vereins russischer Studenten in Sachsen.** Russische Studenten, wohl meist der Technischen Hochschule in Dresden angehörig, haben sich zusammengetan, um ihre nationale Musik auch in der Fremde zu pflegen und nicht zu vergessen. Ein kleiner Chor von wohl nicht mehr als zwanzig Damen und Herren sang zunächst Kirchengesänge, in denen allerdings die Reinheit der Harmonien durch eine gewisse nervöse Unruhe des Tones, namentlich im Sopran, litt. Doch schnell verlor sich die Erregtheit; und in den bald schwermütigen, bald heiteren russischen Volksliedern waren die Sänger — in ihren schmucken Nationalkostümen — erst in ihrem eigentlichen Element. Prächtige Wirkungen erzielte die Solistin, mit Brummstimmen vom Chor begleitet, in den „Abendglocken" und im „Roten Sarafan", sowie im reizenden neckischen Scherzliede. Alle frei aus dem Gedächtnis gesungenen Lieder wurden rhythmisch straff und dynamisch fein abgetönt vorgetragen und von W. von Schulgin ohne große Gesten mit einfachen Handbewegungen geleitet. Wohlverdienter großer Beifall folgte. Angenehme Abwechselung boten die Violinvorträge von Theodor Wajaroff, feinfühlig von D. Renoff am Flügel begleitet; auch diese fanden viel Beifall. Etwas ganz besonders Reizvolles waren die Tanzlieder: Tänze von einer nicht genannten Dame und einem Herrn (W. Opitz) nach dem Takte des Chores mit großer Gewandtheit ausgeführt. — Daß das interessante Konzert nicht besser besucht war, liegt wohl an den sich täglich häufenden Kunstveranstaltungen und an den wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen. Bei einer Wiederkehr zu einer günstigeren Zeit werden wir gern zur Empfehlung beitragen. V.

—* **Vom Maskenball der Fechtschule.** Die Vorarbeiten zum öffentlichen Maskenball am Sonnabend in Höpfners Festsälen sind nahezu vollendet. Das rührige Festkomitee hat wieder alles aufgeboten, um den Besuchern einige heitere Stunden zu verschaffen. Ein Neugieriger hat auch schon dieser Tage in Frau Mrazek-Richters Kostümwerkstatt herumgeschnüffelt und da gefunden, daß fleißige Hände am Werke sind, für den 6. Februar sehr feine Kostüme herzustellen. Der Höpfnersaal wird also ein überaus farbenprächtiges Bild bieten. Ein Maskenball übt eben eine besondere Anziehungskraft aus, schon deshalb, daß man einmal unerkannt einige Stunden eine gewichtige aber lustige Rolle spielen kann. Und da die Eintrittspreise gleichgehalten sind (für Masken und Zuschauer nur 1 Mark), dürfte so mancher, der die Maskenfreuden kennt oder auch noch nicht kennt, sich entschließen, als Maske zu erscheinen. Der Verein rechnet auch diesmal auf die Unterstützung der hiesigen Einwohnerschaft, zumal, wie schon gesagt, der Reingewinn zu wohltätigem Zwecke Verwendung findet und nur dieser eine Maskenball für Riesa stattfindet. Zuschauer finden auf den Emporen und auf den Galerien Gelegenheit, das lustige Treiben in Augenschein zu nehmen. Deshalb Parole für Sonnabend, 6. Februar: Maskenball Höpfners Festsäle! R—r.

—* **Die Kaffeestunde der „Dresdner Hausfrau"** — eine Veranstaltung, die in mehreren sächsischen Städten bestens eingeführt ist und sich auch in unserer Stadt bisher guten Zuspruchs erfreuen konnte — hatte gestern eine äußerst starke Teilnehmerzahl zu verzeichnen. Der geräumige Höpfnersche Saal war fast bis auf den letzten Platz besetzt, so daß es während der Pausen manchmal schwer hielt, hindurchzukommen. Den Hauptteil der Besucher stellten begreiflicherweise wiederum die Hausfrauen und -töchter, aber auch die Hausherren waren in stattlicher Anzahl vertreten. Und alle haben sich bestens amüsiert und wußten sich äußerst angenehm unterhalten. Die heitere Stimmung und auch der gespendete starke Beifall lieferten für diese Behauptung den sichersten Beweis. Die Leitung der gestrigen Hausfrauen-Kaffeestunde hatte wiederum alles aufgeboten, um den Besuchern einen Abend schönster Unterhaltung zu bereiten. Es wurde auch gestern wieder Hochwertiges in Vortrag, Gesang, Tanz und Humor geboten. Erstklassige Kräfte bemühten sich mit bestem Erfolg um die Gunst des Publikums. Herr Bernhard Springer aus Dresden, der künstlerische Leiter der Veranstaltung, schöpfte wieder reichlich aus dem tiefen Brunnen seines köstlichen Humors. Sowohl als äußerst schelmischer „Ansager", als auch als prächtiger Vortragskünstler sorgte er für heiterste Stimmung und ließ so auf einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen. Frau Milde geb. Freiin v. Holzhausen legte ihrem Vortrag das Thema „Die Stimmgabel der Ehe" zu Grunde. Sie sprach in ihrer gewinnenden Art zu den Riesaer Hausfrauen, indem sie die Frau als die „Stimmgabel der Ehe" bezeichnete, denn der Ton, den die Hausfrau ihrem Manne und ihrer sonstigen Umgebung gegenüber anschlage, sei der maßgebende Ton in der Ehe, in der Familie, im ganzen Haushalt. Die Rednerin erinnerte in ihren Ausführungen an so manche kleine und große Schwächen der Ehefrauen und nahm dabei mehrfach die Ehemänner in wohlmeinenden Schutz. Es war erfreulich, daß die anwesenden Damen am Schlusse des Vortrages fleißig Beifall spendeten — ein Beweis, daß man den Ausführungen beipflichtete. (Hand aufs Herz, meine Damen! — War der Beifall allenthalben aufrichtig?) — In der weiteren Erledigung der reichhaltigen Vortragsfolge lernten wir gestern den lyrischen Tenor der Petersburger Oper Paul Gamaley, ein sehr beachtlichen Jünger seiner Kunst, kennen. Marianne Fritzsche vom Neustädter Schauspielhaus rezitierte mit viel Wärme und Hingebung mehrere Gedichte von Heine. Kapellmeister E. Schicketanz erfreute durch einige belustigende Vorträge zur Laute. Außerordentlich großen Beifall erntete das jugendhafte Geschwisterpaar Lies und Dorle Fleischer von der Staatsoper Dresden. Sowohl die vorgeführten Einzeltänze als auch die Duette bildeten eine wertvolle Bereicherung des Programms. Die beiden Tänzerinnen bereiteten den Zuschauern herzliche Freude. Den Schluß des Abends bildete die Aufführung eines von Bernhard Springer in Szene gesetzten Lustspiels: „Ich heirate meine Tochter." Auch diese Darbietung wurde sehr beifällig aufgenommen und bildete einen schönen Abschluß der diesmaligen Hausfrauen-Kaffeestunde. — Während der Pausen wurde die reichbeschickte Ausstellung allerlei Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände eingehend besichtigt. Außer einigen hiesigen waren auch mehrere auswärtige Firmen vertreten. Diesmal wurden Thürmer-Kaffee als Kostprobe und Erzeugnisse der Schokoladenfabrik Maul verabreicht.

—* **Rudolf Friedrich, der namhafte Leipziger Rezitator,** der nach erfolgreichen Vortragsreisen durch Deutschland auch nach Schweden und nach der Schweiz eingeladen wurde, gibt am Sonnabend, den 6. Febr. im Auftrag des D. H. V., Ortsgruppe Riesa, im Saal des Wettiner Hofes einen heiteren Abend. Unter dem Thema „Gemütvolles und Gemütliches" wird er deutsches Gemüt und den feineren Humor, überhaupt wahrhaft deutsche Art durch Dichtungen eines Matthias Claudius, Peter Hebel, Mörike, Eichendorff, Goethe, Kleist, Fontane, Liliencron, Otto Ernst, Busch, Morgenstern u. a. zum Ausdruck bringen. Dieses Programm wurde anderorts mit ungewöhnlichem Beifall aufgenommen. Die hervorragenden Urteile der Presse und namhafter Persönlichkeiten über Rudolf Friedrich zeigen, daß er überall als Meistersprecher anerkannt ist. In unserer Stadt sollte sich kein literarisch Interessierter die Gelegenheit entgehen lassen, einen so ausgezeichneten Vermittler deutscher Dichtung zu hören. Anschließend findet unter den Klängen der Hauskapelle des Wettiner Hofes ein gemütliches Tänzchen statt. Vorverkauf bei Hugo Munkelt, Wettinerstraße.

—* **Warnung vor einem Betrüger.** Das Landeskriminalamt Dresden warnt vor einem äußerst gemeingefährlichen Verbrecher, der sich unter der Maske eines Kriminalbeamten als reisender gewerbsmäßiger Dieb und Betrüger betätigt. Es handelt sich um den am 5. 12. 25 in Stettin entwichenen 29 Jahre alten Schornsteinfeger Emil Karl Hilpert aus Weida in Thüringen, der schon verschiedenen Kriminal- und Polizeibehörden bekannt ist. Er sucht Frauen auf, deren Ehemänner ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen, legitimiert sich mit einem mit Lichtbild versehenen Ausweis als Kriminalbeamter und gibt an, eine Haussuchung vornehmen zu müssen, weil ihr Ehemann — mitunter auch ihre Kinder in eine Strafsache verwickelt seien. Die erschrockenen Frauen, durch das sichere Auftreten des Hilpert verblüfft, setzen keinen Widerstand entgegen und unterlassen in den meisten Fällen, sich den Ausweis genau anzusehen. Der angebliche Kriminalbeamte durchsucht die Wohnungen, legt Geld und Schmucksachen zusammen und erklärt schließlich, er müsse beides beschlagnahmen, werde zunächst alles in ein Behältnis verschließen und den Schlüssel des letzteren vorläufig an sich nehmen. Während er die Sachen in das Behältnis legt, schickt er die Frauen unter irgend einem Vorwand gewöhnlich zur Herbeiholung von Siegellack, aus dem Zimmer und benutzt diesen Augenblick um Geld und Schmucksachen in seine Tasche verschwinden zu lassen. Seit seiner Entweichung operierte der gefährliche Bursche auf diese Weise in Hamm, Liegnitz, Breslau, Görlitz und zuletzt am 28. 1. 26 in Zittau. Das Landeskriminalamt bittet bei einem Wiederauftreten des H. dessen Festnahme veranlassen zu wollen.

—* **Schiedsspruch für das deutsche Bankgewerbe.** Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, wurde gestern im Reichsarbeitsministerium durch den Schlichter Oberregierungsrat Kuttig ein Schiedsspruch gefällt, der die Verlängerung des Tarifmantels bis zum 28. Februar 1927, 2. eine Gehaltserhöhung für Januar um 4 Prozent, ferner für Februar bis einschließlich September um 5 Prozent gegenüber den bisherigen Sätzen, 3. eine Arbeitszeitregelung bis zum 1. Okt. 1926 vorsieht. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die tarifliche Wochenarbeitszeit von 46 Stunden im Bedarfsfalle auf 52½ bezw. 54 Stunden erhöht werden mit der Maßgabe, daß wöchentlich 6½ Ueberstunden ohne Bezahlung zu leisten sind. — Der Vertreter des Bankenverbandes erklärte sofort nach Verkündung dieses Schiedsspruches, daß er für die Bankleitungen unannehmbar sei. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 8. Februar dieses Jahres ab. — Hierzu wird uns vom Deutschen Bankbeamten-Verein ergänzend noch mitgeteilt, daß die Bankleitungen im Bedarfsfalle berechtigt sein sollen, die Verlängerung bis zu 52½ Wochenstunden vorzunehmen, wobei als Bedarfsfall die Anhäufung von Arbeiten infolge der Eigenartigkeit des Gewerbes oder durch Aushilfetätigkeit anzusehen ist. Die weitere Verlängerung bis zu 54 Stunden darf nur ausnahmsweise und als vorübergehender Zustand angeordnet werden. Arbeitgeber- und Angestellten-Seitner haben den Schiedsspruch abgelehnt. Der Reichsverband der Bankleitungen ließ überdies sofort erklären, daß dies auch seinerseits als Organisation erfolge.

—* **Filmschau.** U.-T.-Lichtspiele (Goethestr. 102): „Der Dieb von Bagdad". In Bagdad, der herrlichen, buntschillernden Stadt des Orients, lebte einst ein Mann namens Achmed. Mit einer faszinierenden Frechheit hatte er die Virtuosität des Diebstahls ausgebildet. Soeben raubte er ein kostbares Zauberseil, „das Wunderseil von Ispahan" — „geflochten aus den Haaren einer Hexe", mit dessen wunderwirkender Hilfe es ihm gelingt in eine Moschee zu flüchten. Hier lauscht er der Predigt eines Priesters und verlacht ihn. In dem durch diese Lästerung entstehenden Tumult gelingt es Achmed, aus der Moschee zu entkommen und sich bei Nacht in den Palast des Kalifen einzuschleichen. Hier ist er vorläufig in Sicherheit. Eben damit beschäftigt eine Truhe mit seltenen Edelsteinen ihres kostbaren Inhalts zu berauben, hält er, angezogen von den Klängen einer fernen Musik, in seiner Arbeit inne. Den magischen Tönen folgend, kommt er in das Schlafgemach der Prinzessin, der einzigen Tochter des Kalifen. Im Anblick der Schlafenden versunken, regt sich die Schöne, beunruhigt durch einen schweren Traum. Ihre Finger berühren die Hand Achmeds, und mit einem Angstschrei erwachend, erblickt sie den fremden Mann. Der Dieb versteckt sich, aber schon hat ihn eine herbeieilende mongolische Sklavin entdeckt, und nur dadurch gelingt es ihm zu entkommen, daß er die Dienerin mit gezücktem Dolch zum Schweigen bringt. An ihrem achtzehnten Geburtstag soll sich die Prinzessin nach dem Wunsche ihres Vaters einen Gatten wählen. Drei Freier haben sich gemeldet: Der König der Mongolen, der Prinz von Indien und der Prinz von Persien. Aber noch ein Vierter stellt sich beim Empfange ein: „Achmed, der Prinz der sieben Schlösser, der Inseln und der Seen." Jung und schön, stolz zu Pferde sitzend, verliebt sich die Prinzessin auf den ersten Blick in ihn. Bald darauf empfängt Achmed, als Prinz verkleidet, im Thronsaal aus der Hand der Prinzessin den Verlobungsring. Allein die Liebe bringt eine wundersame Wandlung hervor. Achmed, unfähig den Betrug aufrecht zu erhalten, gesteht der Prinzessin, daß er nur ein gewöhnlicher Dieb sei. Sie schweigt, aber jene mongolische Sklavin erkennt den nächtlichen Eindringling, verrät ihn, und auf Befehl des Kalifen wird er durchgepeitscht vor die Tür des Palastes gesetzt. Als Talisman behält Achmed den Verlobungsring, den die Prinzessin zurückzunehmen sich weigerte. Der Kalif befiehlt seiner Tochter nun erneut, einen der drei Freier zu wählen. Die Prinzessin verabscheut sie jedoch alle, und, um Zeit zu gewinnen, erklärt sie, sie werde demjenigen die Hand reichen, der nach sechs Monaten den kostbarsten Schatz bringen würde. Durch diesen Schachzug ist die Prinzessin — für den Augenblick — gerettet. Achmed begibt sich in die Moschee, wirft sich voll Reue über sein bisheriges Leben dem Priester zu Füßen und dieser ist bereit, dem Sünder zu verzeihen. Er will ihm helfen, aber Achmed müsse auch für sein Glück kämpfen. „Das wahre Glück, das du ersehnst — erkämpfen mußt du's, um es zu besitzen! Ich will den Weg dir weisen, der zu der Erde reichsten Schätzen und zur Auffindung des Wunderschreines führt, dessen Besitz es dir ermöglichen soll, als Mitbewerber um die Hand der Prinzessin aufzutreten." Zuversichtlich begibt sich Achmed auf die abenteuerliche Reise und löst glücklich die verschiedenen Aufgaben, die ihm zur Prüfung zugewiesen sind und endlich glückt es ihm, die Geliebte auf dem Zauberteppich in das Land der Liebe und Träume zu entführen.....

Zentraltheater Gröba: „Hochstapler wider Willen" — frei nach dem Schüller'schen Roman: „Der Doppelgänger des Emil Schnepfe". Wenn zwei einander so ähnlich sehen, wie ein Ei dem anderen, und der eine ein Graf, der andere aber ein Hochstapler ist, so ergeben sich die aufregendsten Situationen, sobald Detektive auf den Plan treten und abwechselnd bald den richtigen, bald den falschen Grafen erwischen und verhaften. Emil Schnepfe ist ein vornehmer Gauner — er ist — Hochstapler. Er bereist die Welt und tritt immer wieder unter einem anderen klingenden Namen auf, um nicht von der Polizei erhascht zu werden. Seine Domäne ist die Welt der großen Hotels, seine „Klienten" sind die Globetrotter. Aber er übt nie einen plumpen Diebstahl aus, sondern legt seine Pläne so an, daß ihm Juwelen und Goldsachen von den Betrogenen selbst gegeben werden. Und so geschah es auch mit der Frau Markatt, die in einem Bad weilte und die Bekanntschaft des Grafen „Earl of Winkfield" machte, der eigentlich der Hochstapler Emil Schnepfe war. Sie händigte ihm ihre Ringe aus, damit er sie bei einem Juwelier neu fassen ließ, und — er verschwand. Zufällig saß in dem Wiener Zug, in dem die Detektive Schnepfe vermuteten, der ihm unglaublich gleichsehende wirkliche Graf Werringen, der immer wieder mit dem Hochstapler Schnepfe verwechselt und daher verhaftet wurde, und deshalb einen Ausweis bekam, um sich so einigermaßen vor den Verwechslungen zu schützen. Auf der Fahrt nach Wien hatte Werringen sich in die im gleichen Coupé sitzende Ruth Bergen verliebt, die er nun unter allen Umständen wiedersehen und kennen lernen möchte. Als er sie in Wien verfolgen will, um ihre Adresse zu erhalten, wird er verhaftet, so daß er glücklich ist, als später sein Freund Umbach ihm erklärt, daß er Ruth und ihren Vater kenne. Eine Reihe belustigender Verwechselungs-Abenteuer führt schließlich zum ersehnten Ziele.

—* **St. Agatha-Tag.** St. Agatha, die Patronin Cataneas und anderer sizilischer Städte gegen die Ausbrüche des Aetna (feuerspeiender Berg), wurde im Jahre 251 auf glühenden Kohlen gemartert. Sie genießt in manchen Gegenden, besonders in Südbayern, besondere Verehrung. Am Agathatag (5. Februar) werden sogenannte Agathabrote und Agathazettel, die bei der Segnung das Brot bedecken mit der Aufschrift: „O Herr Jesus Christus, durch die glückselige Jungfrau und Märtyrerin Agathe segne und weihe diese Brote und lösche das verzehrende Feuer" geweiht. Von dem Agatha-Brot ißt der Bauer, gibt dem Vieh als Vorbeugungsmittel gegen Fieber. Die Agathazettel dienen als Feuersegen und Feuerbann.

—* **Schont die Weidenkätzchen.** Im allgemeinen wird von amtlicher Stelle ganz besonders darauf hingewiesen, daß nach dem Forst- und Feldstrafgesetz vom 26. Februar 1909 diejenigen schweren Strafen unterliegen, die Weidenkätzchen aus dem Walde, vom Felde oder aus Gärten unbefugt abreißen. Insbesondere haben diejenigen, die Weidenkätzchen entwenden, um sie dann in den Handel zu bringen, Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten zu gewärtigen.

—* **Keine Tariferhöhung bei der Reichsbahn.** Der vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärte Schiedsspruch vom 29. Dezember vorigen Jahres in dem Lohnstreit zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Arbeitern legt der Reichsbahn eine Neubelastung von etwa 20 Millionen Mark auf, und die Reichsbahn hat erklärt, daß dieser Mehraufwand aus den Betriebseinnahmen nicht gedeckt werden könne. Wie wir von zuständiger

Stelle hören, bei das Reichsverkehrsministerium jedoch eine Erhöhung der Eisenbahntarife aus diesem Grunde abgelehnt.

—* **Die günstige Lage des kaufmännischen Stellenmarktes** hat sich nach dem letzten Monatsberichte der Reichsstellenvermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten noch verschlechtert. Die Zahl der Stellenlosen im ganzen Reiche dürfte 300 000 überschritten haben. Unter ihnen werden sich etwa 60 000 weibliche kaufmännische Angestellte befinden. Die Schwierigkeiten, wieder eine kaufmännische Stelle zu erhalten, sind in manchen Orten, selbst für jüngere Kontorangestellte, teilweise auch für Verkäufer, besonders für verheiratete und ältere, sehr groß. Viele männliche und weibliche Angestellte haben sich daher notgedrungen umgestellt und eine andere Tätigkeit angenommen. Nach Mitteilung des „Reichsarbeitsblattes" sind die männlichen Angestellten, nach einer Vorbereitung in einer Lehrwerkstätte, als Marmorschleifer, Glasschleifer, Lackierer, Textilarbeiter, Weber, Dreher, Bohrer, Hobler, Fräser, Arbeiter in Pianofortefabriken, Schaffner bei der Hoch- oder Straßenbahn, Kraftwagenführer, Plakatmaler, Fleisch- u. Trichinenbeschauer, Landwirt, Gärtner, Musiker, Barbier, Buchbinder, Maler oder Bote in Stellung gegangen; mehrere traten in Reichswehr- oder Polizeidienste. Weibliche kaufmännische Kräfte betätigen sich als Hausangestellte, Schneiderinnen, Plätterinnen, Näherinnen, Lehrerinnen, Maschinenstrickerinnen, Friseusen. — Der G. D. A. sieht in dem erneuten Anschwellen der Stellenlosenzahl u. a. einen wiederholten Beweis der Berechtigung seiner Forderung auf strengere Anwendung der Stillegungsverordnung. Der Auffassung dieser Spitzenorganisation entsprechend, sei es Pflicht der zuständigen Behörde, Anträgen auf vorzeitige Stillegung nur dann stattzugeben, wenn seitens des Arbeitgebers klare und unanfechtbare Beweise dafür erbracht werden, daß die Fortführung der Betriebe eine Unmöglichkeit ist, und daß außerdem auch die gemeinsame Erörterung der Sachlage durch die Beteiligten nichts ergibt, wodurch die vorhandenen Hindernisse aus dem Wege zu räumen seien. In allen den Fällen, in denen es der Arbeitgeber ablehnt, einwandfreie Beweise in diesem Sinne beizubringen, müsse angenommen werden, daß die Veranlassung für die Stillegung keine derart zwingende sei, um die Sperrfrist nicht innehalten zu können. Der G. D. A. erwartet, daß derjenige, der in Zeiten günstiger Konjunktur aus der Beschäftigung von Arbeitskräften Gewinne zieht, auch der moralischen Pflicht nachkommt, in Zeiten schlechteren Geschäftsganges nach besten Kräften für die Existenz der Arbeitnehmer zu sorgen. Die sofortige Stillegung wirke sich in solchen Fällen als eine Abwälzung des Betriebsrisikos auf die Schultern der Arbeitnehmer und als ein Mißbrauch des Eigentumsrechts am Betriebe aus. Aufgabe des Staates sei es, solchen Mißbräuchen durch eine dem Wortlaut und Sinn entsprechende Handhabung der bestehenden Schutzbestimmungen entgegenzuwirken.

—* **Rückgang der Betriebsstillegungsanzeigen.** Die Zahl der beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Januar 1926 eingereichten Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstillegungen zeigt gegenüber dem Dezember 1925 einen Rückgang um fast 25 Prozent. Während der letzte Monat des abgelaufenen Jahres 505 solcher Anzeigen aufwies, sind im Januar deren 385 eingelaufen. Die meisten Anzeigen, nämlich 90 entfallen wieder auf die Industrie der Maschinen und Apparate einschließlich des Fahrzeugbaues, dicht dahinter folgt die Textilindustrie mit 88 Anzeigen. 37 Meldungen rühren aus dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe her, 30 aus der Industrie der Steine und Erden und 24 aus der elektrotechnischen Industrie, der Feinmechanik und der Optik. Je 22 Anzeigen kommen auf die Papierindustrie und die Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, 21 auf das Bekleidungsgewerbe. Mit 18 Meldungen ist die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie beteiligt, mit 15 die Eisen- und Metallgewinnung. 7 Anzeigen rühren aus der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel her, je 5 aus der chem. Industrie u. der Leder- und Linoleumindustrie, 2 Anzeigen entfallen auf den Bergbau und 1 auf die Kautschukindustrie.

—* **Die Reichsgastwirtsmesse in Berlin.** Die Reichsgastwirtsmesse, die der Deutsche Gastwirtsverband nunmehr zum dritten Male zusammen mit dem Berliner Meß-Amt auf dem Berliner Messe- und Ausstellungsgelände am Kaiserdamm vom 14. bis 18. März 1926 veranstalten wird, sieht die einzelnen Gruppen der dem Gastwirtsgewerbe direkt und indirekt dienenden Industrien und Gewerbe in erfreulicher Reichhaltigkeit vertreten. In propagandistischer Hinsicht wird die Reichsgastwirtsmesse erneut die hohe Bedeutung der gastronomischen Gewerbe innerhalb der Gesamtwirtschaft vor breitester Oeffentlichkeit dokumentieren.

—* **Kommunalpolitische Tagung der Deutschen Demokratischen Partei.** Sonntag, den 7. Februar findet in Berlin vormittags 10½ Uhr im preußischen Landtag Prinz-Albrecht-Straße 5 eine kommunalpolitische Tagung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Oberbürgermeister Böß-Berlin wird über „Die Selbstverwaltung in ihrer Beziehung zu Reich und Staat" referieren. Einen weiteren Vortrag hat Reichsminister des Innern Dr. Külz zugesagt. Ferner werden sprechen Beigeordneter Prof. Greßler (Barmen) M. d. L. und ein noch zu bestimmender Stadtverordneter.

—* **Der Interessenverband deutscher Kraftfahrer, e. V.** hielt gestern unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern aus allen Gauen Deutschlands in Leipzig seine Hauptversammlung ab.

—* **Ein Dresdner Ausschuß für Südtirol.** In Dresden steht die Gründung eines Ausschusses für Südtirol bevor. Der Ausschuß hat sich zur Aufgabe gestellt, die bedrängten Südtiroler Brüder in ihrem Kampfe um die Erhaltung des Deutschtums zu unterstützen.

—* **Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses.** Der evangelisch-soziale Kongreß wird seine 33. Tagung Pfingstdienstag bis Pfingstdonnerstag in Saarbrücken abhalten. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat den Vorsitz übernommen. Folgende Vorträge sind vorgesehen: Privatdozent Dr. Wünsch-Marburg spricht über die Möglichkeit der Beeinflussung wirtschaftlicher Vorgänge auf sittlichen Grundsätzen; Universitätsprofessor Zimmermann-Hamburg und Frau Kruckenberg-Conze-Kreuznach über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehrswesen beschäftigten Jugendlichen.

—WX. **Vorzeitige Vergebung öffentlicher Aufträge.** Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Berlin hat bei den zuständigen Ministerien von Reich und Ländern angeregt, die im Etat bei verschiedenen Ressorts vorgesehenen Aufträge unverzüglich zur Ausführung zu bringen, auch wenn die endgültige Genehmigung durch die zuständigen Körperschaften noch nicht erfolgen konnte. Eine derartige Maßnahme erscheint, wie zur Begründung ausgeführt wird, angesichts der außerordentlich scharfen Arbeitslosenkrise gerechtfertigt, besonders wenn die betreffenden Etatsmittel die Höhe des Vorjahrs nicht überschreiten, so daß mit der Ausführung der Aufträge sicher zu rechnen ist. Die maßgebenden Körperschaften dürften im Hinblick auf den schweren Notstand für ein solches Vorgehen Verständnis haben und nachträglich Entlastung erteilen, da ein schnelles Eingreifen unter politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt ist.

—* **Ein interessanter Versuch zur Behebung der Wohnungsnot** wird zurzeit in Glauchau angestellt. Die Stadtgemeinde hat bis jetzt acht Einfamilienhäuser in der Siedlung „Am Heimweg" nach den Entwürfen ihres Hochbauamts errichten lassen, deren Gesamtkosten bis zur fchlüsselfertigen Uebergabe sich nun auf 7400 Mark belaufen. Die Häuser sind eben bezugsfertig geworden. So ist hier versucht worden, mit möglichst geringem Geldaufwand massive Gebäude zu errichten, die allen Anforderungen der Wohnungshygiene genügen und deren Baukosten eine erträgliche Miete gewährleisten. Bei 6,35 Quadratmeter Grundstückbreite und bei rund 70 Quadratmeter bebauter Fläche enthält das Einfamilienhaus eine Küche von 13 Quadratmeter, eine Wohnstube von 15 Quadratmeter, zwei Schlafstuben von 16 Quadratmeter und 11 Quadratmeter und einen Vorraum von 7 Quadratmeter Grundfläche, alles im Erdgeschoß. Dazu kommen noch 60 Quadratmeter Bodenraum 15 Quadratmeter Wirtschaftskeller und eine Waschküche von 13 Quadratmeter Grundfläche. Die Baukeile ist rund 500 Quadratmeter groß, so daß noch genügend Gartenfläche zur Verfügung steht. Das Haus hat Ziegelbedachung. Die Außenmauern sind wegen der besseren Wärmehaltung als Hohlmauerwerk ausgeführt. Zum Außenputz ist Granitebelputz auf Unterputz verwendet worden. Jedes Gebäude hat Wasser-, Elektrizitäts- und Kochgasanschluß, Küchenbad und Innentoilette mit Wasserspülung. Die Verdilligung der Baukosten ist durch die vereinfachte, aber gute technische Konstruktion und durch beste Organisation bei der Bauausführung erzielt worden. Die acht Häuser wurden zur schlüsselfertigen Ausführung bei den Glauchauer Bauunternehmern ausgeschrieben und einer Glauchauer Baufirma zu ihrem Gebotpreis von 7400 Mark übertragen. Die städtischen Körperschaften haben soeben den Bau von sechzehn weiteren derartigen Einfamilien-Reihenhäusern beschlossen. Da der Bau eines solchen Hauses höchstens ein Vierteljahr Bauzeit beansprucht, werden diese Häuser bereits im zeitigen Sommer bezugsfertig sein. Eins der Häuser wurde durch die Glauchauer Tischlerinnung nach Zeichnung des Hochbauamtes möbliert. Es steht gegen eine geringe Reinigungsbeihilfe der Besichtigung offen, und zwar zunächst bis Ostern 1926.

Strehla. Mit dem Motorrad verunglückt ist der 18jährige K. H. aus Belgern dadurch, daß das Motorrad, auf dem er mit einem Freund von Torgau kam, infolge des schlechten Weges ins Rutschen kam und beide stürzten. Der Lenker des Rades, ein junger Mann aus Riesa, kam mit dem Schrecken davon, wogegen der Mitfahrer derart stürzte, daß er eine Gehirnerschütterung davontrug und ins Krankenhaus transportiert werden mußte.

Mügeln. Das Kornhaus Mügeln, e. G. m. b. H. (frühere Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Mügeln, Bezirk Leipzig), mit dem Sitze in Grauschwitz bei Mügeln, feierte das 25jährige Bestehen. Der Genossenschaft, eine der bedeutendsten dieser Art in Sachsen, gehören zur Zeit 481 Mitglieder mit 11 166 Hektar bewirtschafteter Fläche an; sie verfügt über sieben eigene Lager- und Beamtenwohnhäuser, dazu drei Lagerhäuser, die von der Firma C. A. Hanisch, Mügeln, kürzlich gepachtet worden sind. Vorsitzender des Vorstandes ist Oekonomierat Arndt Uhlemann auf Kammergut Mügeln, dem nebst anderen, die sich um die Entwicklung der Genossenschaft verdient gemacht haben, vom Hofrat Dr. Schöne, Dresden, Vertreter des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften im vormaligen Königreiche Sachsen, im Auftrage des letzteren Auszeichnungen überreicht wurden. Dem Geschäftsführer des Kornhauses, Karl Büscher in Grauschwitz, wurde der Direktortitel verliehen.

* **Großenhain.** Am Dienstag vormittag geriet auf der Straße zwischen Brößnitz und Großthiemig der Lastkraftwagen des Herrn Mühlenbesitzer Bielig in Brößnitz in Brand und wurde teilweise vernichtet. Die Entstehungsursache ist anscheinend in einem Motordefekt zu suchen.

Meißen. Tödlich verunglückt ist am 1. Februar mittags gegen 12 Uhr der in den Somagwerken beschäftigte verheiratete Geschirrführer H. von hier auf der Großenhainer Straße. H. hatte für seine Firma in der Sandgrube an der Großenhainer Straße eine Fuhre Sand geholt. Auf dem Wege nach der Stadt scheint H. von einem Unwohlsein befallen worden zu sein und die Gewalt über sein Geschirr verloren zu haben. Das Geschirr des H. wurde auf der Großenhainer Straße, in der Nähe des Gasthofes Bohnitzsch, in der Fahrtrichtung links an einer Mauer festgefahren vorgefunden. H. lag zwischen dem linken Vorder- und Hinterrade. Er scheint bei dem Falle mit dem Kopfe unter das linke Vorderrad zu liegen gekommen zu sein und ist überfahren worden. Der Tod ist sofort eingetreten. Ein Verschulden an dem Unfall dürfte niemand treffen.

* **Dresden.** Auf die Inhaberin einer Kohlenhandlung am Sternplatze wurde ein dreister Raubüberfall verübt. Dort war bereits mehrmals ein etwa 30jähriger unbekannter Mann erschienen, hatte Kohlen bestellt und wieder abbestellt und sich sonst zu schaffen gemacht. Am 2. Februar gegen 6 Uhr erschien er wieder, wußte die Geschäftsfrau zu beschäftigen, schlug sie unverhofft zu Boden und suchte ihren Widerstand durch Würgen zu bewältigen. Auf die andauernden Hilferufe der Ueberfallenen ergriff er dann die Flucht, ohne irgend etwas erlangt zu haben. Die Kriminalpolizei hat die Erörterungen sofort nach Bekanntwerden der Tat aufgenommen. — Am 1. Februar nachmittags sind 2 etwa zwölfjährige Jungen in der Ferdinandstraße dabei betroffen worden, wie sie einen Schaukasten erbrachen. Sie konnten nicht erlangt werden. Aus einem anderen Schaukasten in der Prager Straße haben sie vergoldete Gabeln und Kaffeelöffel, sowie Taschenmesser erlangt, die im Griff eine Ansicht von Dresden haben.

* **Radeberg.** Am Dienstag vormittag warf sich hier ein 16jähriges Mädchen vor einem Eisenbahnzug, wurde überfahren und sofort getötet. Als Ursache der Verzweiflungstat wird häuslicher Zwist angesehen.

* **Kamenz.** Stadtrat a. D. Oskar Müller feierte am Dienstag sein 60jähriges Bürgerjubiläum. In dankbarer Anerkennung der seiner Vaterstadt bewiesenen Treue haben ihm die städtischen Kollegien bereits im Jahre 1916 das Ehrenbürgerrecht verliehen. Am Dienstag überbrachte ihm eine Abordnung des Rates die Glückwünsche des Rates und der Stadt Kamenz.

* **Schandau.** Ein sonderbarer Fall beschäftigt, wie die „Sächsische Elbzeitung" mitteilt, zur Zeit die Schandauer Polizei. Am Montag abend meldete sich auf der Polizeiwache ein gut gekleideter Herr im Alter von 26—27 Jahren, der um Schutz für seine Person und Zurückbringung in seine Behausung bat. Er konnte über seine Personalien nicht die geringste Auskunft erteilen. Es war nicht möglich, von ihm Namen, Wohnort, Beruf, Nationalität usw., überhaupt irgend etwas, das zur Feststellung seiner Personalien hätte dienen können, zu erfahren. Selbst die Frage, woher er gekommen sei, vermochte er nicht zu beantworten. Er weiß nur, am Wasser entlang gegangen zu sein. Zu welcher Richtung, ob stromauf oder stromab, ist ihm nicht erinnerlich. Der Unbekannte, der den gebildeten Ständen anzugehören scheint, befand sich offenbar in einem schweren Dämmerzustande. Die weiteren Maßnahmen zur Ermittlung seiner Personalien, um die er selbst bat, sind von der Polizei bereits in die Wege geleitet und der Fremde zunächst der Heilanstalt Sonnenstein in Pirna zugeführt worden.

* **Chemnitz.** Der Rat bewilligte in seiner gestrigen Sitzung für die Erwerbslosenfürsorge ein Verrechnungsgeld von 100 000 Mk. als Gemeindeteil unter der Voraussetzung, daß Reich und Staat die gesetzlich vorgesehenen Anteile leisten. Ferner wurde beschlossen, an den Ausschuß für die Ausgestaltung der Augustusburg als Reichsehrenmal zu den Werbekosten einen einmaligen Beitrag von 500 Mk. zu gewähren.

Chemnitz. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden in einer Wohnung der Sonnenstraße 18 Personen beim Glücksspiel überrascht und der nächsten Revierwache zugeführt. Die Kriminalpolizei hatte Kenntnis erhalten, daß in der Wohnung seit einiger Zeit von zahlreichen Personen eine Spielbude in „Meine Tante — deine Tante" unterhalten wurde.

Marienberg. Am Montag mittag brach kurz nach ½1 Uhr ein Schadenfeuer im Dachstuhl des hiesigen Rathauses aus, das glücklicherweise dank dem entschlossenen Zugreifen der Beamten unterdrückt werden konnte, ehe es verhängnisvollen Umfang angenommen hatte. Die Entstehungsursache bedarf noch der Klärung. Wäre das Feuer während der Dienstruhe der Beamten ausgebrochen, so bestand die Gefahr, daß ihm das ganze Gebäude zum Opfer gefallen wäre.

Niederzwönitz. In der hiesigen St.-Johannis-Kirche haben Diebe, die durch Eindrücken einer Fensterscheibe in das Innere gelangt sind, ihr Unwesen getrieben. Anscheinend sind die Burschen, die es bisher noch nicht zu ermitteln gelang, in ihrer infamen Arbeit gestört worden, so daß ihnen nur Kerzen und ein Kanzelvorhang zum Opfer gefallen sind.

Aue i. Erzgeb. Unter dem Verdachte des Landesverrats verhaftet wurde der hier wohnhafte, anfangs der zwanziger Jahre stehende Kaufmann Erich Schilbe. Der Straftat soll er sich schon im Jahre 1919 schuldig gemacht haben, und zwar in Dresden französischen Offizieren gegenüber; Schilbe wurde zunächst nach Dresden übergeführt.

Limbach. Vor dem Gasthof „Zur Linde" wurde ein aus einem gegenüberliegenden Hause kommender Radfahrer von einem Kraftwagen beim Einbiegen in die Straße erfaßt und ein Stück geschleift. Der Unglückliche erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er kurz nach dem Unfall verschied. Dem Wagenführer soll ein Verschulden nicht beizumessen sein.

Elsterberg. Hier ist der eigenartige Fall zu verzeichnen, daß bei der letzten Volkszählung zwei Häuser vollständig vergessen worden und die Bewohner deshalb nicht mitgezählt worden sind.

Hohenleuben. Der Einbrecher Brandt aus Mülsen in Sachsen, dem 250 Einbrüche zur Last gelegt werden, hat zugegeben, in den vogtländischen Grenzorten 80 Einbrüche verübt zu haben. Sein Diebeslager in Reichenbach, seinem letzten Wohnsitz, umfaßte so ziemlich alles, was man sich denken kann: Geld, Kleider, Luxusgegenstände, Lebensmittel, Sammlungen usw.

* **Leipzig.** Der außerordentliche Professor für allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie Dr. med. Herzog, legt sein Lehramt infolge seiner Berufung nach Gießen mit Genehmigung des sächsischen Ministeriums Ende März d. J. nieder. — Einen ehrenvollen Ruf als ordentlicher Akademiker an die Akademie der Wissenschaften zu Leningrad erhielt der ordentliche Honorarprofessor der germanischen Philologie an der Universität Leipzig, Dr. phil. Friedrich Braun.

* **Leipzig.** Einen Tag vor der Vollendung seines 63. Lebensjahres ist der Stadtrat Prof. Dr. Bennewitz gestern vormittag im Krankenhaus St. Jakob verstorben. Der Verstorbene, der als Sohn des kaufmännischen Direktors Oskar Bennewitz in Chemnitz geboren war, bekleidete verschiedene öffentliche Ehrenämter und war als Fürsorgepfleger, Dolmetscher beim Reichsgericht und ehrenamtlich als Stadtrat tätig. Er hat sich große Verdienste um die Stadt Leipzig erworben und war eine allbekannte Persönlichkeit.

* **Leipzig.** Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich heute der 26 Jahre alte Student Dietrich Wentz aus Gütersloh wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffverbrechens und Vergehens gegen die Waffenverordnung zu verantworten. Nach der Anklage war Wentz im Dezember 1923 Zersetzungs- und militärischer Leiter in Hannover und stand mit dem Arbeiter Sklert, der wegen Sprengstoffverbrechens vom Staatsgerichtshof bereits zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, in enger Verbindung. Für diesen soll er auch Sprengstoffe in Bielefeld beschafft und nach Hannover geschafft haben. Der Reichsanwalt beantragte 8 Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte Wentz zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe. Die Geldstrafe und 1 Jahr 6 Monate der Gefängnisstrafe wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

*

X **Halle.** Aus Halle wird berichtet: Eine Revision bei der Stadtbank in Halle hat eine statutenwidrige, also ungesetzliche Kreditüberschreitung von mehreren Millionen ergeben, zu deren Deckung zunächst die Rücklagen des Jahres 1925 verwandt werden müssen. Diese Rücklagen reichen aber zur Deckung des Defizits nicht aus. — In der Nacht zum Sonntag wurde in Oppin der Tischlermeister Willi Linke erschossen aufgefunden. Als Täter verhaftet wurde der Schwager des Ermordeten Franz Reck. Grund zur Mordtat sollen Familienzwistigkeiten sein. Reck will aus Notwehr gehandelt haben.

Halle. (Funkspruch.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Nachricht, daß bei der Stadtbank in Halle umfangreiche statutenwidrige Kreditüberschreitungen festgestellt worden seien und daß die Rücklagen des Jahres 1925 zur Deckung des zu erwartenden Defizits nicht ausreichten, ist in ihren wesentlichen Punkten falsch. Richtig ist, daß die Direktion eigenmächtig größere Kreditüberschreitungen zugelassen hat. Sobald dies durch eine Revision festgestellt worden war, sind die fraglichen Kredite in weitgehendem Maße gesichert worden. Irgendwelche nennenswerte Verluste sind bei der Stadtbank weder bisher eingetreten noch nach menschlicher Voraussicht zu erwarten. Die Stadtbank verfügt über erhebliche Rücklagen.

* **Merseburg.** Ein Verräter. Ein Ingenieur der Leuna-Werke hatte der chemischen Industrie in Amerika das Verfahren zur Herstellung von künstlichem Stickstoff verraten. Nunmehr hat die Reichsregierung auf diplomatischem Wege die Verhaftung des Ingenieurs erwirkt, und der amerikanischen Industrie ist die Ausnutzung des Verfahrens untersagt worden.

* **Weimar.** Deutsche Würdelosigkeit. Der „Thüringer Landespressedienst" meldet aus Volkmannsdorf: Während des letzten großen Krieges starb ein auf dem Rittergut Erkmannsdorf als französischer Gefangener in Arbeit stehender junger Franzose, der dann auf dem hiesigen Friedhof beerdigt worden ist. Die Leiche dieses Franzosen ist nun vergangene Woche ausgegraben worden, um nach seiner Heimat übergeführt zu werden. Zu diesem Zwecke traf in unserem Orte eine sogenannte Umbettungskommission ein, an deren Spitze ein französischer Offizier steht. Diese Kommission veranstaltete am Abend vor der Ausgrabung der Leiche im Schellhorn'schen Restaurant, in dem die fremden Leute übernachteten, ein fideles Zechgelage mit Musik und Gesang. Das wäre nun an sich nichts Außergewöhnliches und niemand brauchte davon Notiz zu nehmen, wenn diese Herren die Kneiperei unter sich gemacht hätten. So aber beteiligten sich an dem Zechgelage eine Anzahl hiesiger Einwohner, einer spielte sogar am Klavier zu dem gemeinsamen Gesang die Musik — deutsche Vaterlandslieder sollen dabei aber ängstlich vermieden worden sein! — und man verkehrte mit dem französischen Offizier in dichter Freundschaft, als ob uns diese Nation im ganzen Leben noch nichts zuleide getan hätte. Und das zu einer Zeit, wo fast alle deutschen Volksgenossen — mit Ausnahme der wohlversorgten Parteibonzen — unter dem Druck der sogenannten „ehemaligen" Feinde fast zusammenbrechen! Ob sich wohl in Frankreich nur ein Mensch finden würde, der sich mit einem deutschen Offizier im Hibelitas an einen Tisch setzen würde? Das ist Würdelosigkeit, die tiefer gehängt zu werden verdient.

SLUB
Wir führen Wissen.

U. T.
Goethestraße 102

Ab heute Donnerstag bis Montag das gewaltigste, schönste und berühmteste Filmwerk, welches je geschaffen wurde.
Ein Film, wie ihn die Welt vorher niemals sah, nie hat ein Film die Menschen so begeistert!
Der berühmteste Film der Erde.

Der Dieb von Bagdad
Das Märchen von der Liebe aus 1001 Nacht.

8 Akte **Douglas Fairbanks** 8 Akte

Amerikas größter Filmdarsteller und bestbezahltester Künstler der Erde.
34 Solisten und über 4000 Komparsen zählt „Der Dieb von Bagdad".
Stellen Sie die höchsten Ansprüche und der Film wird alle Erwartungen übertreffen.
Vorführungen 7 und 9 Uhr.
Sonntag ½2, ¼4, ½6, ½8, ½10 Uhr.
Auch für Jugendliche.
Es wird höflichst gebeten, nach Möglichkeit die ersten Vorstellungen zu wählen.

Zentraltheater
Gröba.

Heute Donnerstag — nur einen Tag
Die Zwillingsschwester.
Ab Freitag bis Montag der glänzendste Sensations- u. Gesellschaftsfilm der Saison
Der König der Hochstapler.
Frei nach dem Schüllerschen Roman **Der Doppelgänger des Emil Schnepke.** 6 Akte. — In der Hauptrolle **Waldimir Gaidarow** und **Ellen Kürti.**
Dazu eine erstklass. Groteske in 2 Akten.
Vorführungen 7 und 9 Uhr.
Sonntag 3, 5, 7 und 9 Uhr.
Sonntag ab 2—5 Uhr Jugendvorstellg.
Ab Dienstag: **Der Dieb von Bagdad.**

Eine Dame welche eine zarte, weiße Haut u. blend. schönen Teint erlangen u. erhalten will, wäscht sich nur mit der **Reckenpferd-Seife** die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.
Stadt-Apotheke, Reichs-Apotheke, Adler-Drogerie Fr. Büttner, Central-Drogerie O. Förster, Med.-Drog. A. B. Hennicke, Parfümerie Rud. Blumenschein, F. W. Thomas & Sohn, Seifen-Spez.-Gesch. In Gröditz: Löwen-Apotheke, Drog. W. Klettner.

Brennholz-Auktion
Dürrenberger Revier.

Am Montag, d. 8. Febr. sollen von vorm. 9 Uhr an
ca. 10 rm kief. Scheite
ca. 200 rm kief. Rollen
ca. 30 rm kief. Aeste
öffentlich meistbietend unter den üblichen Bedingungen verkauft werden.
Sammeln: Im Forsthaus Dürrenberg.
Die Forstverwaltung.

Diesen Sonnabend für Riesa der einzige
Sonnabend **6** Februar
Große öffentliche
Masken-Ball
Riesa, Köpianersaal.
Herrliche Dekoration! Masken-Prämiierung!
Eintritt für Masken und Zuschauer (mit Steuer) 2 Mark.

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
Ortsgruppe Riesa.
Sonnabend, 6. Febr., abends ½8 Uhr im Wettiner Hof
Heiterer Abend
„Gemütvolles und Gemütliches".
Rudolf Friedrich, Leipzig, Schauspieler u. Dozent. — Das Programm bietet den Humor in der Dichtung des 18., 19. und 20. Jahrhunderts.
Anschließend Tänzchen.
Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Hugo Munkelt und in der Geschäftsstelle des DHV.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich meine **Filiale Bahnhofstraße 27** (Sächs. Hof) an Herrn Georg Zapf abgegeben habe und mein
Geschäft Wettinerstraße 11
in unveränderter Weise weitergeführt wird.
Hochachtungsvoll
Kurt Zech, Friseurmeister.

Unter Hinweis auf obenstehende Mitteilung beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich das
Friseurgeschäft von Herrn Kurt Zech
Bahnhofstraße 27
übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft durch gute Bedienung allzeit zufrieden zu stellen.
Ich bitte um ihr ferneres Wohlwollen und zeichne hochachtungsvoll **Georg Zapf.**

Restaurant zum Gambrinus.

Sonnabend, Sonntag und Montag
groß. Bockbierausschank
des beliebten prima Bergbrauereistoffes.
Prima Bockwürstchen.
Prima Gallertschüsseln.
Noch nie hier geseh. herrl. Dekoration.
Freitag großer Anstich.
Jeden Abend von 10 Uhr an **große Ueberraschungen.**
Hierzu laden freundlichst ein
Willy Schröter u. Frau.
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Eine Nacht in Venedig
zum
Maskenball in Pochra
zu verleben, ist einzig. Darum
auf nach Pochra zum Maskenball am 6. Februar.
Maskengarderobe von Sonnabend früh im Gasthof.

Berufswechsel.
Erste Deutsche Versich.-Akt.-Ges. sucht **in Dauerstellung** arbeitsfreudige Kraft für den Außendienst bei sofort. festen Bezügen. Bewerber, **welcher von uns ausgebildet wird,** muß gute Allgemeinbildung, best. Leumund besitzen und in geordn. Verhältn. leben. Wir sichern strengste Diskretion zu und erbitten ausführl. Off. unt. Q 3441a an das Tgbl. Riesa.

Für die ehrenden Glückwünsche und schönen Geschenke, die uns am Tage unserer **Silbernen Hochzeit** zuteil wurden, sagen wir hiermit allen unsern
innigsten Dank.
Röderau, im Januar 1926.
Hermann Erdmann und Frau.

Charlotte Walther
Karl Reinhold
Verlobte
Riesa / 4. Febr. 1926 / Leipzig

Für
Gartenarbeiten
und
Obstbaumschnitt
(Formobst) usw.
empfiehlt sich
A. Reuter
Landschaftsgärtner
Lommatzscher Str. 1
früher Reg.-Gärtner in Südwest-Afrika.

Restaurant zur Grünen Aue, Gröba
Inh.: Arthur Müller.
Bin beim Postamt unter
Telefon Nr. 74
angeschlossen.

Erhielt heute
Telefon-Anschluß
Nr. 545.
Restaur. zur Börse Neuweida.

Alte Post, Stauchitz.
Sonntag, den 7. Februar
Winter-Tymian-Dresden.
Nachdem: **Ball.**
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, d. 13. Febr. **großer öffentlicher**
Maskenball.
Hierzu ladet ergebenst ein
Alfred Thieme.

Gasthof Dobernitz.
Sonntag, den 7. Februar nachmittag 3 Uhr großes
Skat-Turnier.
Es ladet freundlichst ein
F. Pfennig.

Brauerei-Restaurant Röderau.
Morgen Freitag
Schlachtfest.

Grießkleie
Schwarzmehl
Mais
Weizen
Hafer
empfiehlt
Th. Dockter.

Feinste gemästete Truten
ff. Koch- u. Brathühner
lebende Karpfen
lebende Schleie
frische Seefische
frische grüne Heringe.
Clemens Bürger.

Am 2. 2., abends ½9 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unsere herzensgute
Gertrud
im fast vollendeten 12. Lebensjahre.
In stiller Trauer
Familie Pankratz.
Riesa, Parkstr. 19.
Die Beerdigung findet Sonnabend ½2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Sächs. Militärverein Weida.
Sonnabend, 6. Februar, von 7 Uhr ab, findet im Gasthof Seydewitz das
30. Stiftungsfest
statt, bestehend in **Konzert und Ball.** Alle Mitglieder mit Angehörigen, sowie geladene Gäste und Brudervereine werden nochmals herzlichst eingeladen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.
Die Mitglieder werden gebeten, ein **Geschenk** mitzubringen. **Der Festausschuß.**

Vereinsnachrichten
Vereinigte Militärvereine von Riesa, Oppitz-Merzendorf u. Canitz. Sonnabend abend 7 Uhr Stiftungsfest des M.-V. Weida im Gasthof Weida.
Jungfm. Heute abend 8 Uhr Stern.
Turnverein Gröba. Turnstunde morgen Freitag fällt aus, da 8 Uhr Turnratssitzung bei Böhme.
Turnverein Zeitbain (D. T.). Freitag abend 8 Uhr Versammlung bei Schneider.

Bekanntmachung.
Die Generalversammlung
der **Flurgenossenschaft Heyda mit Wüste Mark Miltitz** findet am **Dienstag,** 16. 2., im Gasthof **„Goldner Adler"** in Heyda statt. Für Mark Miltitz um 5 Uhr, für Heyda um 6 Uhr.
Tagesordnung: 1. Rechnungsablage, 2. Freie Anträge. **Der Vorstand.**

1 Posten Fahrrad-Mäntel
billig, mit kl. Schönheitsfehlern, solange Vorrat reicht, einige **Damenräder,** neu, auf Transport Emaille leicht beschädigt, ganz billig zu verkaufen
Fahrradgeschäft **L. Winkler,** Hauptstraße **83,** Nähe Apotheke.

Waldschlößchen Röderau.
Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 Uhr
Winter-Tymian-Sänger
mit vollständig neuem Programm.
— Ein Abend zum Totlachen. —
Eintritt 1 M., Arbeitslose gegen Vorzeigung der Karte 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein **Alfred Jentsch.**

Achtung!
Gasthof Mehltheuer
— bei Riesa. —
Sonnabend, 6. Februar, abends 8 Uhr
einmaliges Gastspiel der berühmten
Original Oscar Junghähnels
humoristl. Sänger und Schauspieler
mit vollständig neuem Schlager-Programm.
Wochenlang wird man davon sprechen. Denn, wer diesmal Junghähnels versäumt, hat vieles von seinem Leben verträumt.
Nach dem Konzert BALL.
Musik ausgeführt von der Junghähnelkapelle.
Num. Platz 1.50, unnum. Platz 1.— (inkl. Steuer).

Restaur. Dampfschiffhalle, Riesa.

Freitag, den 5. Februar
Nachtschlachtfest.
Nachmittags 5 Uhr **Wellfleisch,** später **frische Wurst, Bratwurst, Sauerkraut und Klöße,** sowie alle anderen Schlachtgerichte. — Gleichzeitig Freitag, Sonnabend u. Sonntag **ff. Bockbier- und Reichelbräu-Ausschank. Bockwürstchen, Bratwurst und Pfannkuchen,** sowie alles andere. Es laden freundlichst ein
Friedrich Wenig und Frau.

Gasthof Pochra.
Sonntag von 4 Uhr an
große öffentliche Ballmusik
im herrlich dekorierten Saale.

Gasthof Zahra.
Sonnabend, den 6. Februar
Jugend-Kränzchen
vom Jugendverein „Eintracht".
Hierzu ladet freundlichst ein **der Vorstand.**

Grüne Heringe
blutfrisch, mittelgroß, besonders zum Backen und Braten, 3 Pfund 50 Pfg.
H. Modler, Schulstr. 3.

Aus frischen Zufuhren
empfehle: (nur ausgesucht beste Ware)
Hering i. Gelee, Rollmöpfe, Bismarckheringe, ruff. Sardinen, Bratheringe — jede Dose nur 1 M. — Inhalt 1 Liter. —
Richard Zeger
Hauptstraße 19.

Achtung!
Morgen Freitag und Sonnabend werden
2 feiste Jungbirsche
zerlegt und empfehle Rücken, Keulen, Frikandeau, Bratfleisch, Kochfleisch.
Clemens Bürger.

Freitag früh
ff. Seefisch
frisch auf Eis,
Ernst Schäfer Nachf.

Die heutige Nr. umfaßt 10 Seiten.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, den 3. Februar 1926.

Am Regierungstische: Reichsjustizminister Dr. Marx.

Präsident Loebe eröffnet, wie bereits berichtet, die Sitzung um 3,20 Uhr und richtet, während die Abgeordneten sich erheben, einen herzlichen Glückwunsch an die deutschen Landsleute am Rhein zu ihrer Befreiung vom Drucke fremder Besatzung, wenigstens in der nördlichen Zone. Er dankt ihnen für ihre unwandelbare Treue und für die Festigkeit und Tapferkeit, mit der sie stets fremdem Druck standgehalten haben. (Lebhafter Beifall.) Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo man auch dem letzten Deutschen am Rhein und an der Saar die gleichen Glückwünsche zur Befreiung werde darbringen können wie heute. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht dann ein vom Abg. v. Rauner (D. Vp.) eingebrachter **Gesetzentwurf zur steuerlichen Erleichterung wirtschaftlich notwendiger Betriebszusammenschlüsse.** Der Antragsteller bittet um Ueberweisung der Vorlage an den Steuerausschuß.

Abg. **Neubauer** (Komm.) befürchtet, daß der Zusammenschluß nur erfolgen werde auf Kosten der kleinen Existenzen.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums sagt die Mitarbeit der Reichsregierung bei der Erledigung dieser wichtigen Frage im Ausschuß zu.

Die Vorlage wird dann dem Steuerausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur

Vereinfachung des Militärstrafrechts.

Der Entwurf will das Militärstrafgesetzbuch von vielen veralteten Bestimmungen reinigen und dadurch **eine wesentliche Entlastung der Gerichte** und eine **erhebliche Beschleunigung des Verfahrens** erreichen. Der Ausschuß hat die Strafbestimmungen für Beleidigungen innerhalb des Heeres verschärft.

Die Sozialdemokraten fordern in einer Entschließung eine Aenderung der Disziplinarstrafordnung dahin, daß nur rechtskräftig festgesetzte Disziplinarstrafen vollstreckt werden dürfen.

Abg. **Dr. Hanemann** (Dnatl.) verweist auf die Aenderungen, die der Ausschuß vorgenommen hat. So soll die Nichtbefolgung eines Befehles nicht nur bei Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder der Schlagfertigkeit der Truppe bestraft werden, sondern auch dann, wenn dadurch ein Menschenleben oder in bedeutendem Umfange fremdes Eigentum gefährdet wird. Statt des bisherigen strengen Arrestes soll nur mittlerer verhängt werden, jedoch soll bei Gehorsamsverweigerungen ein geschärfter Arrest eintreten. Bei Bestrafungen wegen Duells unter Soldaten soll zugleich auf Dienstentlassung erkannt werden.

Abg. **Dr. Barth** (Dnatl.) begrüßt die Beschleunigung des Verfahrens, die hoffentlich auch eine Verringerung der bedauerlichen Selbstmorde im Heere herbeiführen werde. Unannehmbar jedoch seien die Bestimmungen über das Duell. Hier schaffe man ein Ausnahmerecht gegen die Angehörigen des Heeres. Der Wehrminister habe mitgeteilt, daß in der Reichswehr kein Fall von Zweikampf vorgekommen sei. Um so unverständlicher seien die Beschlüsse des Ausschusses, die bei einem Duell schwere Freiheitsstrafen und Dienstentlassung vorsehen. Die Deutschnationalen könnten der Vorlage nur zustimmen, wenn die Duellbestimmungen gemildert werden.

Abg. **Dr. Buchholz** (Zentr.) sieht in der Vorlage eine notwendige Verbesserung des sehr reformbedürftigen Militärstrafrechtes. Erfreulich wäre es, wenn die Reichswehr zu einer einheitlichen wirklichen Volkswehr gemacht werden könnte. Der Redner stimmt der Vorlage auch mit den strengen Bestimmungen gegen das Duell zu. Es müsse ein möglichst gutes Verhältnis zwischen Reichswehr und republikanischer Staatsform hergestellt werden. Das Zentrum sei stets gegen das Duell eingetreten. Eine Reform auf diesem Gebiete sei aber immer am Widerspruch des Kaisers gescheitert. Vor allem müsse auch auf die akademische Jugend eingewirkt werden, daß sie den Zweikampf als einen Verstoß gegen Gottes Gebot und als unmoralisch ablehnt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Landsberg** (Soz.) stellt mit Befriedigung fest, daß die Vorlage manche Milderungen gegen früher bringe. Bitter müsse man es empfinden, daß diese Verbesserungen erst dem Söldnerheer zugute kommen und nicht der alten deutschen Wehrmacht. Notwendig sei eine Milderung der Disziplinarstrafen. Ein Arrest bei Wasser und Brot sei unwürdig, nachdem sogar die Zuchthäusler warmes Essen erhalten. Die Prügelstrafe setze den Wert eines Heeres herab, daher müsse mit aller Schärfe gegen Soldatenmißhandlungen eingeschritten werden. Die Todesstrafe sei auch im Felde nicht berechtigt. Sie müsse beseitigt werden. Der Redner wendet sich mit aller Schärfe gegen den Zweikampf. (Als bei besonders drastischen Bemerkungen des Redners einige Reichswehroffiziere im Gefolge des Reichswehrministers lächeln, ertönen von den Bänken der Sozialdemokraten erregte Rufe: Frechheit! Unverschämtheit! — Vizepräsident Dr. Rießer ruft die Zwischenrufer zur Ordnung.)

Abg. **Dr. Korsch** (Komm.) bespricht verschiedene Vorgänge in der Reichswehr und wirft dem Reichswehrminister Dr. Geßler vor, er sei der Beschützer der schwarzen Reichswehr, der Beschützer der Fememörder und der Arbeitermörder. (Reichswehrminister Dr. Geßler verläßt darauf den Saal.) Als der Redner weitere beschimpfende Aeußerungen gegen den Reichswehrminister richtet, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. **Hampe** (Wirtsch. Vereinigung) stimmt der Vorlage zu. Es wäre durchaus zu begrüßen, wenn es gelänge, das Duell aus dem Volksleben zu beseitigen. Das Grundübel aber ist die Tatsache, daß unsere persönliche Ehre noch nicht genügend geschützt ist.

Abg. **Dr. Frick** (Völk.) fordert Streichung der Bestimmungen über die Dienstentlassung bei Zweikämpfen.

Abg. **Loibl** (Bayr. Vp.) erklärt sich mit den Grundzügen der Vorlage einverstanden.

Reichswehrminister Dr. Geßler stellt fest, daß die Tendenz der Vorlage allgemeine Billigung gefunden habe. Es handele sich hier um keine endgültige Regelung des Militärstrafrechtes, sondern um eine vorläufige Regelung dringender Angelegenheiten. Es komme vor allem darauf an, den inneren Wert der Truppe zu heben, damit von Strafen möglichst wenig Gebrauch gemacht wird. Duellbestimmungen habe es auch im alten Militärstrafrecht gegeben, das sei also nichts Neues. Der Minister erklärt, er sei persönlich grundsätzlich Gegner des Duells. Man werde nicht dadurch ein Ehrenmann, daß man einen anderen totschießt. Wenn man sich mit diesen Dingen nach den Gesetzen der Logik beschäftige, komme man auf ein totes Gleis. Der Minister warnt davor, ein Ausnahmerecht gegen Heeresangehörige zu schaffen, in dem man gesetzlich die Dienstentlassung ausspreche. Es sei ja auch sonst das Bestreben, den Soldaten möglichst dem zivilen Staatsbürger gleichzustellen.

Reichsjustizminister Dr. Marx erhebt Bedenken gegen die Anregung, ein Sondergesetz zu schaffen, wonach alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen wegen Herausforderung zum Zweikampf und Annahme einer solchen Forderung **entlassen werden können.**

Abg. **Dr. Wunderlich** (D. Vp.) hält die Bestimmungen über den Zweikampf für unnötig und juristisch bedenklich und lehnt sie daher ab. Besonders bedenklich sei die Bestimmung, wonach schon derjenige, der den ins Heer Einzustellenden oder zu Befördernden über seine grundsätzliche Stellung zum Zweikampf befragt, mit Freiheitsstrafe belegt wird.

Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Todesstrafe wird gegen die Linke und einige Demokraten abgelehnt. **Die Vorlage selbst wird dann in zweiter Lesung gegen die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Völkische und Kommunisten angenommen.** Bei der Schlußabstimmung in dritter Lesung muß Auszählung erfolgen. Sie ergibt die Annahme des Gesetzes mit 107 gegen 107 Stimmen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Sperrgesetz über die Fürstenabfindungen, Militärgerichte, Rechtsverhältnisse der Reichsbahn.

Schluß 7½ Uhr.

Reichsverkehrsfragen.

Scharfe Kritik an den Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung.

vdz. Berlin. **Der Reichstagsausschuß für den Haushaltplan setzte am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums** fort. Angenommen wurde der Vorschlag des Unterausschusses, wonach die Reichsregierung ersucht wird, den **Bedarf an planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten** für das Verkehrsministerium nachzuprüfen und dem Ausschuß von dem Ergebnis vor der dritten Etatsberatung Mitteilung zu machen. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, wonach **die Zahl des Personals des Reichswasserschutzes** nochmals geprüft werden soll. Gegen einen Antrag der Kommunisten, den Reichswasserschutz ganz aufzuheben, da nach Ansicht der Kommunisten eine Notwendigkeit dafür nicht mehr besteht, und es nur eine reaktionäre Einrichtung zur Versorgung von Offizieren sei, wandte sich entschieden der Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, der darauf hinwies, daß die Aufrechterhaltung des Wasserschutzes dringend notwendig und namentlich von den Hafenstädten durchaus gewünscht werde.

Der Zentrumsabgeordnete Erfing trat für einen **teilweisen Abbau des Wasserschutzes** ein. Der Antrag der Kommunisten wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Erfing (Ztr.), die Positionen für den Reichswasserschutz als „künftig wegfallend" zu bezeichnen.

Zum **Kapitel „Reichsbahn"** betonte der Abg. Dr. Quaatz (Dnat.) als Berichterstatter die Notwendigkeit, den Einfluß des Reiches in der Reichsbahnverwaltung genügend zu sichern. Sehr wichtig sei die Bilanzprüfung durch die Reichsstellen. Die Finanz- und Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft bedürfe schärfster Kritik. Sie zahle den leitenden Direktoren das Doppelte der sonst bei Reichsverwaltungen üblichen Gehälter, und Repräsentationsausgaben in unerhörter Höhe würden gemacht. Da würden in Hinterpommern Bierabende mit 3 600 Mk. Kosten gegeben; Waschtische für leitende Beamte zum Preise von 8000 Mk. gingen auch auf das Konto der Repräsentationskosten (hört, hört!). Die Herren führen dauernd in Sonderzügen und schienen kaufmännisches Wesen mit Verschwendung zu verwechseln. Auf der anderen Seite verlange die Reichsbahngesellschaft Darlehen aus der Reichskasse. 144 Millionen seien ihr schon aus Steuermitteln übergeben. Man müsse fragen, ob das Reich dafür das Eigentumsrecht über entsprechende Vorzugsaktien erhalten habe. Sei es richtig, daß als Abteilungsleiter immer Herren bestimmt wurden, die das besondere Wohlwollen der fremden Kommissare genießen? Die bei den leitenden Beamten getriebene Verschwendung stehe in schreiendem Mißverhältnis zu der sonstigen Personalpolitik. Es habe peinliches Aufsehen erregt, daß der Schiedsspruch in der Lohnbewegung des Personals von der Direktion nicht anerkannt worden sei.

Der Referent tadelte weiter, daß die Gesellschaft **eine Art Schreckensherrschaft** aufrichte, indem sie ihren Beamten das Petitionsrecht an den Reichstag zu verwehren suche. Das gehe unter keinen Umständen. Man müsse überlegen, ob nicht gegen solche Beamte, die das Petitionsrecht verwehren, das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet werden soll. Das System der Leistungszulagen sei durchaus verfehlt, es zerstöre Korpsgeist und Kameradschaft. Der Referent kritisierte sodann scharf die **Tarifpolitik der Reichsbahn,** die systematisch die ausländische Ware gegenüber der inländischen bevorzuge. Die Tarife bildeten eine vernichtende Hypothek auf die deutsche Ausfuhr. In technischer Beziehung zeige die Reichsbahngesellschaft eine Art Größenwahn, der an frühere russische Verhältnisse erinnere.

Der Mitberichterstatter **Abg. Schütz** (Komm.) machte dem Reichsverkehrsministerium den Vorwurf, daß seine Beamten sich der Reichsbahngesellschaft gegenüber zu schlapp benehmen. Die Gesellschaft betrachte sich offenbar als unabhängig von der deutschen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung. Während angeblich 20 Millionen für die Arbeiter nicht vorhanden seien, habe die Gesellschaft ihren leitenden Beamten Weihnachtsgratifikationen gegeben, deren Höhe nach der Anweisung in einem Rundschreiben geheim gehalten werden sollte. Den Arbeitern und unseren Angestellten würden Lohnherabsetzungen durch Drohung mit Entlassung aufgezwungen. Für alle Direktionspräsidenten seien neue Autos angeschafft worden.

Verkehrsminister Dr. Krohne

versicherte, daß das Ministerium in allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nie unterlassen habe, auf die Reichsbahngesellschaft unmittelbar einzuwirken. Wenn es dabei nicht weiter gekommen sei, so läge das an der unzureichenden Handhabe, die das Reichsbahngesetz der Reichsregierung gäbe. Die Reichsbahnverwaltung habe die Anregung des Ministeriums abgelehnt, zur Deckung der bei Durchführung des Schiedsspruchs erforderlichen 20 Millionen entsprechende Abstriche von den 28 Millionen für Leistungszulagen zu machen. Das Leistungszulagensystem in seiner jetzigen Form sei wenig zweckmäßig. Vergeblich habe das Ministerium die Anerkennung des Schiedsspruchs angeregt. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß das Eisenbahngericht in dieser Sache nicht zuständig sei, weil es sich hier nicht um einen Streit zwischen Reichsbahn und Regierung handele. Natürlich wäre es nicht zu ertragen, wenn der größte Unternehmer Deutschlands einfach aus der deutschen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung losgelöst wäre. (Beifall.)

In der Tarifpolitik erklärte sich die günstige Behandlung der Durchfuhrtransporte zum Teil aus dem Valutadumping, unter dem jetzt Deutschland leide. Wenn die Tarife nicht beständen, würde das Ausland die deutschen Bahnen umgehen; jetzt könne es freilich vorkommen, daß ein sächsischer Fabrikant billiger wegkomme, wenn er gewisse Güter zunächst über die tschechische Grenze schaffe und von dort aus nach Hamburg transportieren lasse. Von Geldüberfluß könne man bei der Reichsbahn nicht reden. Die Reichsregierung werde versuchen, im Interesse der Industrie und der Arbeitsbeschaffung der Reichsbahngesellschaft weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, gegen Ueberlassung von Vorzugsaktien an das Reich.

Von einem Vertreter der Reichsfinanzverwaltung wurde mitgeteilt, daß das Reich zu den bisherigen 500 Millionen **weitere 124 Millionen Vorzugsaktien gegen eine Anleihe in den Reichsbesitz übernommen** habe. Ueber das Bilanzprüfungsrecht des Reiches sei eine Verständigung mit der Gesellschaft nicht erzielt worden. Das Reichsbahngesetz erschwere eine eingehende sachliche Prüfung.

In demselben Sinne äußerte sich auch ein Vertreter des Rechnungshofes.

Die Ausführungen des Ministers fanden die Zustimmung aller Parteien. **Der Etat des Verkehrsministeriums wurde bewilligt.**

Die Abberufung des Grafen Bosdari.

Als kürzlich der italienische Botschafter in Berlin, Graf Bosdari, nach Rom zu einer angeblichen Rücksprache zurückberufen wurde, sprach man in diplomatischen Kreisen Berlins schon davon, daß der Graf nicht mehr in die Reichshauptstadt zurückkehren würde. Die italienische Botschaft hat damals dieses Gerücht allerdings dementiert, doch inzwischen kann es als sicher festgestellt werden, daß Rom uns mit einem neuen Botschafter beglücken will. Der Wechsel in der diplomatischen Vertretung der italienischen Regierung steht wohl im nahen Zusammhang mit der Spannung zwischen den beiden Völkern, die durch die Unterdrückungsmethoden des Mussolini Regimes in Südtirol geschaffen wurde. In den Kreisen der Berliner Gesellschaft wird man das Scheiden des Grafen Bosdari, der sein Amt 3 Jahre hindurch in korrektester Weise verwaltete, mit großem Bedauern aufnehmen. An ihm hat es wirklich nicht gefehlt, wenn die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der italienischen Regierung nicht weiter gefördert werden konnten. Es wird in Berlin nie vergessen werden, wie der Graf versucht hatte, durch Vorlesungen aus Dante das Verständnis zwischen deutscher und italienischer Kultur zu fördern. Es war gewiß ein eigenartiges Mittel zum Zweck der Versöhnung der beiden Völker. Es konnte aber nur von einem Manne angewandt werden, der nicht nur die italienische sondern auch die deutsche Lebensart vollkommen beherrschte. In seinen Bestrebungen wurde er dadurch unterstützt, daß er der deutschen Sprache so mächtig war, wie wenige seiner Landsleute. Sein Wirken wird in Berlin stets in gutem Andenken bleiben.

Aus den Landtagsausschüssen.

ffk. Dresden. Der **Haushaltsausschuß** A setzte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die **Einstellung des Personalabbaues** betr. fort und nahm ihn nach kurzer Aussprache mit einigen Aenderungen, die gegenüber dem Entwurf eine Verbesserung bedeuten, an. Auch der in der letzten Beratung gestellte Entschließungsantrag wurde unter verbesserter Form angenommen; so daß er nun lautet: **„Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, von der Kündbarkeit der verheirateten Beamtinnen gemäß Art. 14 der Reichspersonalabbauverordnung keinen Gebrauch mehr zu machen** und in diesem Sinne auch auf die Gemeinden einzuwirken." Eine von der Regierung am 27. Januar dem Landtage zugestellte Vorlage betr. **Vergebung von Staatsaufträgen und Bereitstellung von 2 Millionen Mark als Darlehen an Gemeinden zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose** enthält außerdem die Vorwegnahme einiger Titel aus Haushaltkapiteln zur Durchführung von Um- und Neubauten bei staatlichen Anstalten, Straßen und dergl. Alle Fraktionen im Ausschuß waren der Ansicht, daß in der Richtung der Gesetzesvorlage Hilfsmaßnahmen möglich und dringend erwünscht sind. Es wurde aber beschlossen, die einschlägigen Haushaltkapitel zunächst zu verabschieden und mit dem Haushaltausschuß B gemeinsam die Schlußberatung zu treffen.

Zum Schluß verteilte der Vorsitzende die einzelnen Kapitel des Haushaltplanes unter die Mitglieder des Ausschusses zur Berichterstattung, die nächste Woche beginnen wird. Für den ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Dehne ist in den Ausschuß Abg. Dr. Seyfert eingetreten, der zum 2. Ausschußvorsitzenden gewählt wurde.

Im Rechtsausschuß

wurde der Antrag der kommunistischen Fraktion behandelt, die Regierung zu beauftragen, die **künstlerischen Veranstaltungen der Arbeitergesangvereine** für gemeinnützige, ausschließlich der Bildung und Kunstpflege dienende Veranstaltungen zu erklären. Der Berichterstatter Renner war nicht anwesend. Der Antrag wurde von einem Sozialdemokraten dahin erweitert, daß auch Veranstaltungen, die von den Bildungsausschüssen der Arbeiterorganisationen ohne Absicht der Gewinnerzielung unternommen werden, als gemeinnützig erklärt werden sollten. **Beide Anträge wurden abgelehnt.**

Der Antrag der kommunistischen Fraktion, die **Richtlinien über die Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung** für die Arbeiter der Städte abzuändern, wurde nicht verhandelt, da über diese Angelegenheit Verhandlungen mit der Regierung schweben. Auch der Antrag Arzt und Gen., **Ueberlassung von Schulräumen an Bildungs- und Jugendorganisationen politischer Parteien betr.** wurde ausgesetzt.

Der Antrag Renner und Gen. betr. den **Mieterschutz,** wurde abgelehnt.

Der Antrag Bültmann und Gen., eine **Nachprüfung der Wohnungslisten** vorzunehmen, entfesselte eine lebhafte Aussprache insbesondere über die Frage, ob die Wohnungslisten zur öffentlichen Einsicht verfügbar gehalten werden sollten. Die Regierung und verschiedene Abgeordnete sprachen sich gegen die Offenlegung der Listen aus. Die Entschließung über den Antrag wurde vertagt.

Der früher versehentlich unerledigt gebliebene Zusatzantrag Völkel und Gen., die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die **Kosten der Instandsetzung der Mietwohnungen** wieder in vollem Umfange von den Vermietern getragen würden, und solange dies nicht bestimmt ist, durch Landesverordnung angeordnet werden soll, daß ein angemessener Nachlaß von der Miete erfolgen soll, wurde vorläufig nicht erledigt, sondern er soll später mit dem Antrag Bültmann wieder auf die Tagesordnung kommen.

Der Antrag Kuntzsch und Gen., **Kosten- und Stempelfreiheit für Handwerkergenossenschaften** betr. wird mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge Jähnig und Gen., gebühren- und stempelfreie Eintragung von Hypotheken betr. und Röllig u. Gen., betr. gebühren- und stempelfreie Eintragung der Grundschuld werden in der Form angenommen, daß bei Aufnahme von Reparaturhypotheken jede Eintragungs- und Stempelgebühren angemessen herabzusetzen sind.

Abgelehnt wird der Antrag, zur Förderung des Realkredits die Eintragung der Grundschulden nach Paragraph 7 des Aufwertungsgesetzes gebühren- und stempelfrei erfolgen zu lassen. **Der Vertreter des Finanzministeriums hatte sich gegen jede Ermäßigung von Stempelkostengebühren ausgesprochen.**

SLUB
Wir führen Wissen.

Politische Tagesübersicht.

Ein Album für den Reichspräsidenten. Die Stadtverwaltung Bochum hat dem Reichspräsidenten ein Album mit photographischen Aufnahmen über den Besuch der Stadt anläßlich der westfälischen Befreiungskundgebung am 17. September 1925 übermittelt. Vom Reichspräsidenten ist darauf folgendes Dankschreiben beim Oberbürgermeister eingegangen: „Für die freundliche Uebersendung des Albums mit den schönen photographischen Aufnahmen spreche ich meinen besten Dank aus. Die Bilder werden mir stets eine angenehme Erinnerung an meinen Aufenthalt in Bochum sein. Mit verbindlichem Gruß gez. v. Hindenburg.

Eine zweite Bergbahn in Vorarlberg? Wie bekannt, ist das Unternehmen der Pfänderbahn finanzielle gesichert, nachdem mit der Stadt Lindau auch der Gemeinderat in Bregenz sich über seine finanzielle Beteiligung schlüssig geworden ist. Außer dieser Pfänderbahn will man in Vorarlberg auch noch von der Arlbergstation Langenau über Stuben nach dem 1784 Meter hoch gelegenen Flexensattel eine weitere Bergbahn mit englischem Kapital errichten.

97 Prozent Friedensmiete in Bayern! Nach einer halbamtlichen Veröffentlichung wurde die gesetzliche Miete in Bayern für Februar auf 97 Prozent der Friedensmiete festgesetzt.

Die Militärdienstzeit in Belgien. Der erste der sechs Ausschüsse der belgischen Kammer hat den Vorschlag, die Militärdienstzeit auf sechs Monate herabzusetzen, abgelehnt. — Der Kammerausschuß für nationale Verteidigung hat sich mit der Frage beschäftigt, ob die zur Küstenverteidigung bestimmten Torpedobootsmannschaften und Marinetruppen beibehalten werden sollen. Es wurde beschlossen, die Beratung nächste Woche nach Prüfung des Protokolls des mit dem Studium dieser Frage beauftragten Ausschusses fortzusetzen.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik nahm am Mittwoch den § 7 der Vorlage zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an, wonach die Behandlung nur den approbierten Aerzten gestattet sein soll. Die Zulassung von Naturheilkundigen, wie es von Kommunisten und Sozialdemokraten verlangt wurde, wurde abgelehnt, nachdem von der Regierung darauf hingewiesen worden war, daß in allen Kulturstaaten die Zulassung von Nichtärzten verboten ist.

Vergleich zur Abwendung des Konkurses. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm das Gutachten des Sonderausschusses an, das sich auf den Gesetzentwurf zur Abwendung des Konkurses bezieht.

Aus der Diplomatie. Der tschechoslowakische Gesandte Dr. Krofta hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Dr. Vlahos die Geschäfte der Gesandtschaft.

Die Festnahmen auf ostpreußischen Gütern. Nach einer deutschvölkischen Anfrage im Landtag sollen im November v. Js. auf den Gütern Alt-Allenstein und Klankendorf 19 Personen unter dem Verdacht der Geheimbündelei verhaftet und nach Königsberg gebracht worden sein. Demgegenüber stellt der preußische Minister des Innern, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, zunächst richtig, daß es sich nicht um eine Verhaftung, sondern um eine polizeiliche Festnahme wegen dringenden Verdachts der Zugehörigkeit zu einer verbotenen militärischen Organisation und Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz handele. Die festgenommenen Personen seien nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen worden. Ein Mißgriff der Polizei liege nicht vor. Zu einer kommunistischen Anfrage, wonach die Entlassenen wegen Spionage und anderer Verbrechen von Hamburg und Mecklenburg aus gesucht würden, stellt der preußische Innenminister im Einvernehmen mit dem Justizminister fest, daß der Ermittlungsrichter in Allenstein nach Prüfung des Sachverhalts die Voraussetzung für den Erlaß eines Haftbefehls nicht für gegeben erachtet und die Freilassung angeordnet habe, da ihm bis dahin Fahndungsersuchen auswärtiger Behörden nicht vorlagen. Das Strafverfahren schwebt beim Oberreichsanwalt.

Schutzverband für deutschen Grundbesitz. Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz in Berlin nahm gestern in einer Delegiertenversammlung nach Referaten von Abg. Dr. Steiniger, Geh. Regierungsrat Dr. Ponfick, Mitglied des Reichswirtschaftsrats und Kommerzienrat Haberland einmütig zwei Entschließungen an, die sich gegen die Bestrebungen der Bodenreformer, das Städtebaugesetz und die Berliner Bauordnung richten. Die Delegierten verlangen Aenderung und Abhilfe, damit die Wirtschaft nicht noch mehr geschädigt und die Wohnungsnot noch weiter vermehrt werde.

Zuchthaus wegen Verschleppung zur Fremdenlegion. Der vom Reichsgericht im Oktober v. Js. wegen Landesverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Privatdetektiv Paul Moysiczik aus Breslau stand gestern wegen Verschleppung von jungen Deutschen zur Fremdenlegion auch vor dem Frankfurter Gericht. Moysiczik, der vier Jahre lang als Reichswehrsoldat militärische Geheimnisse an die Franzosen verraten hatte, erhielt einschließlich der vom Reichsgericht erkannten Strafe eine Gesamtzuchthausstrafe von 13¼ Jahren, 5600 Mark Geldstrafe, sowie die üblichen Nebenstrafen.

Die Angriffe gegen Gasparri. Der Osservatore Romano veröffentlicht im offiziellen Teil des Blattes eine Zuschrift des Verbandes der Priestervereine Italiens an den Kardinalstaatssekretär, in welchem das Bedauern des ganzen Klerus gegen den unanständigen Pressefeldzug gegen den Kardinalstaatssekretär ausgedrückt wird. Der Verband spricht daher seine Freude aus über das herzliche Schreiben, in dem der Papst sein Vertrauen zu seinem Kardinalstaatssekretär ausgesprochen hat.

Eine italienische Statistik der Deutschen in Italien. Nach einer unlängst abgeschlossenen amtlichen Statistik beläuft sich die Zahl der nach dem Krieg nach Italien zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen, darunter zahlreiche Techniker, Industrielle und Kaufleute, auf mehrere 10 000. Davon entfallen auf Mailand 3714, auf Rom 1043 und auf Turin 1680.

Drei Millionen Ueberschuß der Provinz Sachsen. Wie den Blättern gemeldet wird, schließt die Provinz Sachsen das laufende Wirtschaftsjahr mit einem Ueberschuß von über 3 Millionen Mark ab.

Massenentlassungen auf der Zeche „Kaiserstuhl“. Nach Blättermeldungen hat die dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch gehörige Zeche „Kaiserstuhl“ unter dem Druck der schwierigen Wirtschaftslage gegen 1500 Bergleute entlassen, nachdem schon vor etwa drei Wochen auf den Schachtanlagen I und II annähernd 200 Bergleute entlassen worden sind.

Die deutsch-polnische Streitfrage vor dem Haager Schiedsgericht. Die erste offizielle Sitzung des Internationalen Gerichtshofes in der deutsch-polnischen Streitfrage wegen der polnischerseits erfolgten Enteignung deutschen Eigentums in Oberschlesien ist auf Freitag vormittag anberaumt worden.

Wiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. Jarres. In einer Stadtverordnetensitzung am Mittwoch wurde Oberbürgermeister Dr. Jarres mit 41 gegen 12 Stimmen der Kommunisten auf 12 Jahre als Oberbürgermeister von Duisburg wiedergewählt. Nach der Wahl erschien Oberbürgermeister Dr. Jarres im Sitzungssaal und wurde von Bürgermeister Dr. Maiweg zu seiner Wiederwahl beglückwünscht. Dr. Jarres dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und versprach seine ganze Kraft der Aufgabe zu widmen, die ihm anvertraut worden sei. Wir haben, so erklärte Dr. Jarres, zusammen sehr schwere Zeiten durchgemacht. Das Ruhr[illegible] und [illegible] [illegible] mit der Stadt, die meine zweite Heimat geworden ist. Die Worte des Oberbürgermeisters wurden mit lebhaftem Beifall und Bravorufen aufgenommen.

Enthüllung einer Ebert-Büste in Heidelberg. Im Innern des Rathauses Heidelberg hatten sich gestern abend die Mitglieder des Bürgerausschusses und die Spitzen der Behörden versammelt, um der Enthüllung der Friedrich Ebert-Büste beizuwohnen, die die Stadt dem verstorbenen Reichspräsidenten gewidmet hat. Die Büste wurde an der Längsseite des obersten Treppenhauses aufgestellt. Oberbürgermeister Dr. Walz gedachte in kurzen Worten des in Heidelberg beigesetzten Sohnes seiner Stadt. Dann wurde die Büste enthüllt, während dessen die Mitglieder des städtischen Orchesters das Deutschland-Lied spielten.

Ein Zollskandal in Kanada. Im kanadischen Abgeordnetenhaus griff der frühere Handelsminister Stevens die Zollverwaltung scharf an und verlangte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, da die Zustände an der kanadisch-amerikanischen Grenze jeder Beschreibung spotteten. Kanada habe einen Verlust an Zolleinnahmen erlitten, der mit 6 400 000 Pfund beziffert werden könne.

Eine Krise im italienischen Faschismus. Wie der „Star“ berichtet, ist zwischen Mussolini und seinem Hauptmitarbeiter Farinacci ein scharfer Gegensatz entstanden, der die gesamte faschistische Partei in Italien zu sprengen droht. Farinacci ist der Generalsekretär der Partei und Führer der extremen Richtung. Aus privater Quelle aus Italien wird berichtet, daß seine Entlassung vom Posten des Generalsekretärs demnächst bevorstehe und daß dieser Schritt auf eine Ausmerzung der radikalen Faschisten hinausliefe.

Die deutsche Presse in Paris. Die Deutsche Tageszeitung meldet aus Paris: Zur Frage der Zulassung deutscher Journalisten zur Pressetribüne der Kammer, die noch immer nicht genügend geregelt ist, ersuchte vor einigen Wochen der deutsche Botschafter in einem Schreiben an Briand, Schritte zu tun, damit die deutschen Zeitungen in selbem Maße Plätze zugewiesen erhalten wie die englischen und amerikanischen Kollegen. Gegenwärtig haben nur sechs Journalisten Sitzplätze. Im Antwortschreiben wird in sehr höflicher Form das Bedauern darüber ausgesprochen, daß Briand in dieser Sache nichts tun könne.

Sturmszene im ungarischen Parlament. Wie die Morgenblätter aus Budapest melden, wurde am Mittwoch im Namen der Blockparteien im Parlament eine Erklärung verlesen, die durch die Beschuldigungen, die in ihrer Verbindung mit der Fälscheraffäre gegen die Regierung erhoben wurden, große Sturmszenen hervorrief.

Stürmischer Auftritt in der Hamburger Bürgerschaft. In der Hamburger Bürgerschaft kam es am Mittwoch bei der Beratung des Nachtrages zum Staatshaushaltplan für 1925 zu stürmischen Auftritten. Als der Justizsenator Dr. Noelbike die wegen der Teilnahme an den kommunistischen Unruhen zu Festungshaft verurteilten Personen als politische Verbrecher brandmarkte, schleuderte ihm der kommunistische Abg. Janke ein Buch ins Gesicht. Zwischen den Demokraten und Sozialdemokraten einerseits und den Kommunisten andererseits kam es auf dem Platz vor der Tribüne zu einem Handgemenge. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Abg. Jahnke ausgeschlossen.

Das angebliche Attentat. Durch ein Schreiben der Pressestelle des Thüringischen Staatsministeriums wird mitgeteilt, daß die Blättermeldungen über einen versuchten Ueberfall auf den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hörsing, durch „völkische Horden“ am 28. Januar 1926 übertrieben und irreführend sind. Der Sachverhalt sei folgender: Der Oberpräsident ist auf dem Rückwege von einer Reichsbannerversammlung nach seinem Hotel von einigen Polizeibeamten in Zivil begleitet worden und ist in keiner Weise von irgend jemand belästigt oder gar überfallen worden. Etwa 50 Meter hinter Herrn Hörsing folgten etwa 25 Angehörige des Reichsbanners, die in eine Schlägerei mit vier Personen verwickelt wurden, ohne daß die Hörsing begleitenden Polizeibeamten und wahrscheinlich auch dieser selbst etwas davon wahrnehmen konnten.

Die Erledigung des Falles Beerfelde. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hatte sich vor einiger Zeit genötigt gesehen, gegen den bekannten Pazifisten Hauptmann a. D. v. Beerfelde, der im Zusammenhang mit der Erörterung der Kriegsschuldfrage den Minister in der Oeffentlichkeit persönlich angegriffen hatte, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Nunmehr hat von Beerfelde dem Minister schriftlich mitgeteilt, er habe sich überzeugt, daß der Minister der objektiven Erforschung der Kriegsursachen keine Schwierigkeiten in den Weg lege. Er habe nicht die Absicht gehabt, den Minister persönlich zu beleidigen und nehme seine Aeußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Minister Dr. Stresemann hat daraufhin den Strafantrag zurückgezogen.

Eine deutsche Neu-Guinea-Expedition. Algemeen Handelsblad zufolge hat das niederländisch-indische Komitee für wissenschaftliche Untersuchung eine Mitteilung aus Deutschland erhalten, daß dort eine bedeutende Expedition vorbereitet werde, an der die deutsche und die australische Regierung beteiligt sein werden. Diese Expedition beabsichtige, quer durch Neu-Guinea zu ziehen. Der Ausgangspunkt der Expedition soll auf australischem Gebiet und der Endpunkt auf niederländischem Gebiet liegen. Das niederländisch-indische Komitee ist zu einer dringenden Sitzung zusammenberufen worden, um seine Stellungnahme zu dieser Expedition bezw. die Art und Weise festzulegen, in welcher das Komitee sich an der Expedition beteiligen soll.

Der Reichsbeamten-Gesetzentwurf. Die Pläne der Reichsregierung auf Vereinfachung der Verwaltung sollen in einem Reichsbeamtengesetz niedergelegt werden, an dem, wie wir hören, eifrig gearbeitet wird. Mit seiner Fertigstellung ist Mitte Februar zu rechnen. Danach wird die Reichsregierung sich mit den Länderregierungen zur Beratung des Entwurfes in Verbindung setzen. Auch die Organisationen der Beamten sollen gutachtend gehört werden, ehe das Gesetz vor den Reichstag gelangt.

Annahme des polnisch-russischen Abkommens durch den polnischen Landtag. Der polnische Landtag hat gestern das polnisch-russische Abkommen gegen die Stimmen der Ukrainer und Weißrussen, die den Vertrag von Riga nicht anerkennen, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Völkerbundstagung in Berlin.

Berlin, (Funkspruch.) Das Exekutivkomitee der internationalen akademischen Vereinigung für Völkerbundsarbeit ist heute in Berlin zusammengetreten. U. a. ist auch der Ehrenpräsident der Vereinigung, Zimmern, erschienen. Das Thema für die internationale Vereinigung lautet: „Die Verträge von Locarno und ihre Bedeutung für die internationale Politik.“ Zu diesem Thema sollen Vertreter aller in dieser Vereinigung vertretenen 20 internationalen Völker Stellung nehmen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees wurden gestern vom Reichsjustizminister Dr. Marx empfangen.

Dr. Seipel in Berlin.

X **Berlin.** Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist gestern abend in Berlin eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatten sich u. a. der österreichische Gesandte Dr. Frank und Presseattaché Dr. Wasserbäck eingefunden.

Zum Urteil im Fememordprozeß.

Berlin. (Funkspruch.) Der Verteidiger des im Fememordprozeß zum Tode verurteilten Feldwebels Stein, Rechtsanwalt Reuttowski, veröffentlicht in der B. Z. unter Hinweis auf die gestrigen Auslassungen der Ehefrau Stein eine längere Erklärung, in der es u. a. heißt, Frau Stein habe ihn ersucht, zu beantragen, daß sie unter allen Umständen als Zeugin vernommen werden solle. Er habe pflichtgemäß sofort mit seinem Klienten Stein Rücksprache genommen, dieser habe jedoch erklärt, daß er unter keinen Umständen die Vernehmung seiner Frau wünsche. Trotzdem habe er, um seiner Pflicht als Verteidiger zu genügen, den offiziellen Antrag einer Zeugenvernehmung der Frau Stein gestellt. Sie sei dann auch als Zeugin vernommen worden. Ueber ihre Aussage zu sprechen, verbiete die allen Beteiligten auferlegte Schweigepflicht. Rechtsanwalt Reuttowski stellt dann ein Mißverständnis richtig, indem er betont, er habe sowohl zu seinem Klienten als auch der Ehefrau Stein gesagt, daß es ihm ganz gleichgültig sei, wer belastet würde, da er nur das Interesse seines Klienten vertrete und sich mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf die Person der anderen Angeklagten für ihn einsetzen würde. Feldwebel Stein habe ihm übrigens bis zum Schluß sein volles Vertrauen ausgedrückt.

Die Frage der Exportkreditversicherung.

X **Berlin.** Am 3. Februar hat im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über die Frage der Exportkreditversicherung stattgefunden, an der sowohl die Spitzenverbände von Industrie und Handel, wie auch die Kreditversicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften teilnahmen. Uebereinstimmung bestand darin, daß Wege zur Förderung des Exports gefunden werden müßten. Dabei wurde neben den von dem Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Plänen noch ein zweiter Vorschlag, der aus Kreisen des Hamburger Exportes stammt, zur Diskussion gestellt. Die Durchführbarkeit des letzteren Vorschlages, sowie die Möglichkeit der Vereinigung der beiden Vorschläge wird geprüft und binnen kürzester Frist ein Beschluß gefaßt werden.

Die Stellung Ostpreußens.

X **Königsberg.** Der ostpreußische Provinziallandtag hat einstimmig einen vom Provinzialausschuß empfohlenen Antrag angenommen, in dem es heißt: Der 53. Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen hat von dem Beschluß des preußischen Landtages vom 17. 12. 1925 der Provinz Ostpreußen in Anbetracht ihrer durch die geographische Trennung vom Reiche geschaffenen besonderen Lage eine besondere Behandlung und Unterstützung angedeihen zu lassen, mit Befriedigung und Dank Kenntnis genommen. Er erwartet von der Staatsregierung, daß sie die Durchführung der von dem preußischen Landtag beschlossenen Maßnahmen sogleich tatkräftig in die Hand nehmen und die erforderlichen Mittel bereitstellen wird. Nur durch eine schnelle und umfassende Hilfe kann die Provinz Ostpreußen dazu befähigt werden, die als Trägerin der deutscher Kultur auf vorgeschobenem Posten zufallenden besonderen Aufgaben zu erfüllen.

Die Budapester Frankenfälschungs-Angelegenheit.

X **Budapest.** (Privatmeldung.) Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte politischen Freunden gegenüber, seiner Ansicht nach werde sich die Frankenfälschungs-Angelegenheit sowohl in ihren innerpolitischen als auch in ihren außenpolitischen Beziehungen liquidieren lassen. „Und sie wird von mir auch binnen kurzem liquidiert werden“, schloß Graf Bethlen seine Mitteilungen.

X **Budapest.** In der ausländischen Presse erweckt es ein gewisses Aufsehen, daß Feldbischof Zadravecz trotz der schweren Beschuldigung, die in der Anklageschrift gegen ihn erhoben wird, auf freiem Fuß belassen wurde. Demgegenüber verweisen die ungarischen Blätter darauf, daß die Staatsanwaltschaft die Verhaftung Zadravecz' beantragt habe, daß aber der Anklagesenat diesem Antrage nicht stattgegeben habe aus Gründen, deren Erörterung in der Oeffentlichkeit vorläufig nicht angebracht sei. Der Anklagesenat sei ein unabhängiges richterliches Organ, das nach rechtlichen Normen vorgeht und von niemandem beeinflußt werden kann. Wenn also Zadravecz von diesem richterlichen Organ auf freiem Fuß belassen wurde, so könne deshalb gegen die Aufrichtigkeit des Vorgehens der Regierung kein Einwand erhoben werden.

X **Budapest.** Die Polizeikommission, die zur Vornahme der ergänzenden Untersuchung bestellt worden ist, fand sich gestern nachmittag im Gefängnisgebäude ein, wo sie den Prinzen Windisch-Grätz, Nadosy, Gerö sowie die verhafteten Angestellten des Kartographischen Instituts verhörte. Bei dem Verhör waren auch die französischen Beamten zugegen.

Für Milderung der amerikanischen Antialkoholgesetzgebung.

Newyork. (Funkspruch.) Nach einer Beobachtung der Durchführung der Antialkoholgesetzgebung im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten, teilte nunmehr die Temperenz-Gesellschaft der Episkopalkirche, die für die Annahme der Antialkoholgesetzgebung gewirkt hatte, mit, sie würde jetzt für eine Milderung dieser Gesetzgebung eintreten und den Verkauf leichter Weine und Biere befürworten. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft, die Geistliche und Laien der protestantischen Episkopalkirche umfaßt, erklärte, der Werbefeldzug zu Gunsten einer Milderung der strengen Antialkoholbestimmungen würde erfolgen, um die jungen Leute der Nation vor dem heimlichen Alkoholgenuß zu bewahren.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war die Tendenz des Effektenmarktes am Mittwoch sehr fest. Namentlich auf dem Montanmarkt war eine rege Beteiligung des Publikums zu erkennen. Besonders lebhaft war das Geschäft auf dem Markt der Schiffahrtsaktien. Am Rentenmarkt schloß die fünfprozentige Reichsanleihe mit 0,290, Schutzgebietsanleihe 6,70. Bei den Eisenbahnaktien gewannen Hochbahn 2%, während Canada um 1½% nachgab. Von Schiffahrtsaktien hatten Hansa Dampfschiffahrt eine Steigerung von 4½%, Hapag von 4%, Norddeutscher Lloyd von 3½%, Deutsch-Austral von etwa 8½% und Cosmos von 1½%. Bankaktien waren wenig verändert. Am Montanaktienmarkt gewannen Rheinstahl 6%, Harpener 4½%, Mannesmann 4½%, Phönix 3½% und Stinnes 3%. Andere führende Papiere, wie z. B. Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg, besserten sich bis zu 2%. Kaliwerte zeigten eine Befestigung. Westeregeln gewann 3½%. Farbwerte gewannen durchschnittlich 2½%. Rütgers erzielte sogar eine Steigerung von 4½%. Auch Elektrizitätswerte waren kräftig gebessert. Schuckert gewann 4%, Siemens 3½%, AEG 1½%. Von den Aktien der Maschinenfabriken wurde Ludwig Löwe um 3%, Berliner Maschinen, Lorenz und Deutsche Werke um 1% höher bewertet. Der Satz für tägliches Geld war 7 bis 8%, für Monatsgeld 8 bis 9%. Der Privatdiskont blieb unverändert auf 6%. An der Produktenbörse bewirkten die ausländischen Meldungen eine gewisse Festigkeit in der Haltung des Brotgetreidemarktes.

Aus dem Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erfährt, ist im Reichstage eine Denkschrift über die ausländische Gesetzgebung, insbesondere betreffend das Valuta-Dumping, eingegangen.

Zur Fürstenabfindungsfrage.

Berlin. (Funkspruch.) Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Generaldebatte für die Fürstenabfindung fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte ein Ministerialdirektor vom Reichsfinanzministerium zu einer früheren Anfrage des Abg. Rosenfeld zu einem Vorwärtsartikel über die Steuerzahlung der Hohenzollern, daß die hohenzollernsche Hofkammer bisher die Steuern bezahlt habe. Die Hofkammer habe die Auskunft erteilt, daß sie zum ersten Male 1922 eine Steueraufforderung erhalten habe. Für 1922 stehe die Steuerzahlung wegen der Beschlagnahme-Auseinandersetzung noch aus, für 1923 würden voraussichtlich 30000 Goldmark nachzuzahlen sein, für 1923 seien zu verschiedenen Terminen 26602 Billionen Papiermark, für 1924 670116 Goldmark, für 1925 898000 Goldmark an Reichssteuern gezahlt. Für 1920 und 1921 sei nach der 2. Steuernotverordnung eine Veranlagung und Zahlung nicht erforderlich. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bemerkt dazu, daraus gehe hervor, daß bis 1922 keine Steuern gezahlt worden seien. Vorsitzender Abg. Dr. Kahl (DVp.) weist darauf hin, daß der demokratische Gesetzentwurf mit Rücksicht auf den Kompromißantrag zurückgezogen sei.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 4. Februar 1926.

Erdstöße im Vogtland.

Plauen. (Funkspruch.) Vom hiesigen Seismograph wurden gestern vormittag mehrere leichte Erderschütterungen verzeichnet. Die erste wurde 8.15 Uhr aufgezeichnet, sie dauerte drei Minuten, eine weitere von zwei Minuten Dauer folgte 9.14 Uhr, die dritte um 10.59 Uhr war von kürzerer Dauer. Der Ausschlag war gering, nur etwa ein Millimeter. Der Ausgangspunkt der Erderschütterung scheint in geringer Entfernung zu liegen.

Der Tarifkonflikt bei der Reichsbahn.

Berlin. (Funkspruch.) Heute vormittag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erneute Verhandlungen zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaftsvertretern statt. Der Vorschlag der Reichsbahn geht dahin, ohne den Schiedsspruch anzuerkennen, die Ortslohnzuschläge in denjenigen Orten zu erhöhen, wo die Bezüge der Eisenbahnarbeiter unter denen der vergleichbaren Industriegruppen liegen. Wie die Blätter hören, stehen die Eisenbahner nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der für verbindlich erklärte Schiedsspruch die Grundlage für die Verhandlungen bieten müsse. Heute nachmittag werden die Tarifgewerkschaften sich über die gegen die Deutsche Reichsbahngesellschaft anzustrengende Feststellungsklage auf Erfüllung des Schiedsspruches schlüssig werden.

Vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Berlin. (Funkspruch.) Wie den Zeitungen von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird sich das Kabinett mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst dann beschäftigen, wenn die Ministerpräsidenten der Länder diese Frage auf ihrer Konferenz am Sonnabend erörtert haben. Ein genauer Zeitpunkt für diese Kabinettssitzung steht noch nicht fest.

Der Nachfolger des Freiherrn v. Richthofen.

Berlin. (Funkspruch.) Anstelle des Reichtagsabgeordneten Freiherrn v. Richthofen, der sein Mandat niedergelegt hat, trat der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Schaeffer-Schweidnitz (Dn.) in den Reichstag ein.

Die deutsche Schule in Tokio abgebrannt.

Berlin. (Funkspruch.) Die Schule der deutschen Kolonie in Tokio im Vorort Omori ist heute nacht niedergebrannt. Verletzt wurde niemand, jedoch ist der Sachschaden bedeutend.

Racheakt in Budapest.

Budapest. (Funkspruch.) Heute nacht schlug in einem Straßenbahnwagen die Universitätshörerin Videky den Oberstadthauptmann-Stellvertreter mit einem Gummiknüppel. Auf dem Wege zur Oberstadthauptmannschaft nahm sie Gift, das aber wirkungslos blieb, da sofort eine Magenspülung vorgenommen wurde. Es liegt ein Racheakt vor. Die Angreiferin wurde wegen kommunistischer Umtriebe zu einer längeren Strafe verurteilt, als der Geschlagene Chef der politischen Abteilung der Oberstadthauptmannschaft war.

Ein Lehrstuhl für Germanistik in Amsterdam.

)(**Amsterdam.** Die Stadtverordnetenversammlung hat den auf Anregung der Curatoren der Amsterdamer städtischen Universität ihr vom Magistrat unterbreiteten Antrag, durch den der Niederländisch-Deutschen Vereinigung die Errichtung eines besonderen Lehrstuhls für den Unterricht in der deutschen Sprache und Literatur bewilligt wird, in ihrer gestrigen Sitzung angenommen.

Verurteilung des Leiters der Humanité.

)(**Paris.** Wie ein im „Echo de Paris" veröffentlichtes Telegramm aus Straßburg besagt, ist der Kommunist und Leiter der dortigen Humanité, Ernst Maas, gestern vom Strafgericht zu sechs Monaten Gefängnis und 2000 Francs Geldstrafe verurteilt worden, weil er in einem am 19. September 1925 in der Straßburger Humanité erschienenen Artikel Militärpersonen zum Ungehorsam aufgehetzt habe.

Proteste gegen die neuen Steuern in Frankreich.

)(**Paris.** Die Ladenbesitzer einer der wichtigsten Geschäftsstraßen von Paris, der Rue St. Honoré, schließen heute nachmittag von 4 bis 5 Uhr die Geschäfte, um gegen die geplanten Steuern, die nach ihrer Ansicht den Handel übermäßig und die Landwirtschaft kaum belasten, zu protestieren. In einer Kundgebung erklären die Kaufleute, sie seien bereit, einen freiwilligen Beitrag für die Tilgungskasse zu leisten, die durch einen nationalen Ausschuß verwaltet werden müsse; notwendig aber sei, daß alle Franzosen gleichmäßig mit Steuern belastet würden.

Aus Marokko.

X **Paris.** Die Agence Havas meldet aus Fez: An der ganzen französischen Marokkofront sind Regenfälle und Stürme zu verzeichnen. Eine französische Sicherungsabteilung wurde von Dissidenten in der Nähe des Postens von Zituna angegriffen, schlug den Angriff aber zurück. Eine weitere Meldung aus Tafa besagt, daß eine feindliche Abteilung gegen die Beni Wenget und gegen die Uled Bu Elama vorgegangen ist, jedoch zurückgewiesen wurde.

Die Beschränkungen der deutschen Luftfahrt.

London. (Funkspruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph berichtet von einem wesentlichen Fortschritt der Erörterungen, die in den letzten Monaten zwischen den Alliierten und den deutschen Sachverständigen über die Milderung der augenblicklichen Beschränkungen der deutschen Luftfahrt stattgefunden haben. Deutschland habe seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, [illegible] zu unterbreiten, die die drei Punkte einschließen, bei denen die Alliierten entschlossen seien, ihre bestehenden Verbote aufrechtzuerhalten, nämlich Verbot aller Flüge über eine gewisse Grenzstärke hinaus, Verbot von Kampfeinsätzen und Verbot der Fliegerausbildung von Mitgliedern der Reichswehr.

Anmerkung des SDZ.: Wie wir von unterrichteter Seite hierzu hören, gibt diese Meldung kein zutreffendes Bild von dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen, über die nach gegenseitiger Vereinbarung erst nach dem Abschluß berichtet werden soll.

Deutsche Hilfe für englische Schiffbrüchige.

)(**Halifax.** Der Dampfer „Manchester Producer", der am 26. Januar Halifax verlassen hatte und nach Manchester bestimmt war, ist durch Bruch der Ruderwelle steuerlos geworden. Der Kapitän des deutschen Dampfers „Hannover", der den Schiffbrüchigen zu Hilfe eilte, teilte ihnen mit, er werde versuchen, das beschädigte Schiff nach den Azoren zu schleppen.

Schneestürme in den Vereinigten Staaten.

Newyork. (Funkspruch.) In Newyork und im übrigen Osten der Vereinigten Staaten wüten Schneestürme. An der Küste von New Jersey sanken zwei Schiffe, wobei acht Personen ertranken.

Zur Explosion in einem amerikanischen Bergwerk.

Pittsburg. (Funkspruch.) Zu der Explosion in dem bei Dorning gelegenen Kohlenbergwerk wird berichtigend gemeldet, daß 5 Arbeiter unverletzt geborgen wurden und noch 15 Arbeiter verschüttet sind.

Die Viehzählung in Sachsen.

Nach den Ergebnissen der Viehzählung vom 1. Dez. 1925 hat Sachsen 320262 viehbesitzende Haushaltungen mit 172076 Pferden, 295 Maultieren und Mauleseln, 168 Eseln, 52350 Kälbern unter 3 Monate, 62798 Jungvieh (9—12 Monate), 84437 ein- bis zweijähriges Jungvieh, davon 7162 zur Zucht benutzte Bullen, weiter 27956 Bullen, Stiere und Ochsen, darunter 9815 zur Zucht benutzte Bullen, 471588 Kühe (über 2 Jahre alt), darunter 379051 nur zur Milchgewinnung, 66041 zur Milchgewinnung und zur Arbeit, Rindvieh überhaupt war in Sachsen 690104 Stück vorhanden (Preußen 9,61 Mill., Bayern 3,52, Württemberg 1,02, Baden 0,62, Thüringen 0,39). Schafe waren in Sachsen 85950 vorhanden (Preußen 3,17 Mill., Bayern 0,49, Württemberg 0,20, Thüringen 0,15 Mill.). Die Zahl der Schweine belief sich in Sachsen auf 618807 (Preußen 10,924 Mill., Bayern 1,73, Württemberg 0,44, Baden 0,41, Thüringen 0,47 Mill.). Ziegen gab es in Sachsen 236178 (Preußen 2,21, Bayern 0,45, Württemberg 0,13, Baden 0,16, Thüringen 0,212 Mill.). An Federvieh waren in Sachsen 3,15 Mill. Stück vorhanden, (Preußen 43,47, Bayern 10,51, Württemberg 3,32, Baden 2,61 und Thüringen 2,04 Mill. Stück. Zahme Kaninchen gab es in Sachsen auffallend viel, nämlich 454916 gegen 1,74 Mill. in Preußen, 0,28 in Bayern und 0,21 in Baden. Die anderen Länder stehen weit zurück. Endlich waren noch in Sachsen 52558 Bienenvölker gegen 0,85 Mill. Stück in Preußen, 0,32 in Bayern, 0,09 in Württemberg usw. Im ganzen Reich gab es 6257160 viehbesitzende Haushaltungen (1921: 6546532) mit 3,91 Mill. Pferden (1924: 3,86), 25180 Maultieren und Mauleseln, 4789 Eseln, 17,18 Mill. Stück Rindvieh (1924: 17,33), 4,74 (5,74) Mill. Schafen, 16,16 (16,89) Mill. Schweinen, 3,79 (4,86) Mill. Ziegen, 71,31 (71,71) Mill. Stück Federvieh, 2,91 (1922: 3,16) Mill. Kaninchen und 1,53 (1922: 1,83) Mill. Bienenstöcken. Vielfach ist also ein Rückgang eingetreten.

Vermischtes.

Zuchthausstrafen für Berliner Geldschrankknacker. Die dritte Strafkammer des Landgerichts Leipzig verhandelte als Berufungsinstanz gegen zwei Berliner Geldschrankknacker, den Händler Otto Gruner und den Händler Paul Golze, die beide wiederholt mit Zuchthaus vorbestraft sind. Sie waren während der Frühjahrsmesse 1924 nach Leipzig gekommen, um hier mehrere schwere Einbruchsdiebstähle zu verüben. Am 15. März 1924 brachen sie in das Stadtsteueramt ein, sprengten die Geldschränke und raubten etwa 800 Mark. Bei einem Einbruch in die Kreishauptmannschaft am 21. März mußten sie unverrichteter Dinge abziehen, da es ihnen nicht gelang, die Geldschränke zu sprengen. Bei einem weiteren Einbruch in die Fabrik von Mey u. Edlich in Leipzig-Plagwitz wurden sie gestört und mußten die Flucht ergreifen. Dabei stürzte Gruner, der in der Berliner Verbrecherwelt unter dem Namen Knackermaxe bekannt ist, und verstauchte sich das Bein, so daß er festgenommen werden konnte. Einige Zeit später konnte auch Golze ergriffen werden. Das Schöffengericht verurteilte Gruner zu 5 Jahren und Golze zu 2 Jahren Zuchthaus. Gegen dieses Urteil war von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. In der heutigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen Gruner 7 Jahre und gegen Golze 5 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete gegen Gruner auf 5 Jahre und gegen Golze auf 2½ Jahre Zuchthaus. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

Wiederaufnahme der Oder-Schiffahrt. Wie verlautet, ist es nunmehr gelungen, die Eisversetzungen auf der Oder zu beseitigen. Stärkere Eisversetzungen in der Gegend von Küstrin hofft man, im Laufe des Tages noch durch Eisbrecher zu beseitigen.

Ein tschechisches Militärflugzeug abgestürzt. Dem Lokalanzeiger zufolge, stieß in Proßnitz in Mähren ein tschechisches Militärflugzeug im Nebel gegen einen Kirchturm und stürzte aus 50 Meter Höhe ab. Das Flugzeug explodierte. Der Pilot und der Beobachter erlitten tödliche Verletzungen.

Der Karneval. Das Karnevalstreiben in den großen rheinischen Städten, in Köln, Mainz, Düsseldorf und anderen und der Fasching in München, besonders was man darunter vor dem Kriege verstand, hatte gewiß in diesen Städten etwas Eigenes, dem Charakter und der Gemütsveranlagung der Bevölkerung dieser lebensfrohen, städtischen Zentren Entsprechendes und war doch eine aus fremdem Boden versetzte Pflanze, die allerdings sich außerordentlich gut akklimatisierte und ihre eigenen, dem neuen Nährboden entsprechenden Blüten trieb. Die Heimat des Karnevals liegt, wie schon aus dem Namen hervorgeht, auf lateinischem Gebiet, in Rom und anderen römischen Städten. Carne vale — Abschied vom Fleisch, d. h. von sinnlichen Genüssen, vor allem denen des Gaumens und Magens wird die Bezeichnung von vielen gedeutet. Ursprünglich war es die Zeit von Dreikönig bis Aschermittwoch, der Beginn der entbehrungsreichen 40tägigen Fastenzeit, die vor allem Enthaltsamkeit vom Fleischgenuß auferlegte. Die Karnevalsgebräuche sind höchstwahrscheinlich Ueberreste altrömischer Frühlingsfeste, nämlich der Lupercalien (am 17. Februar) zu Ehren des Faunus Lupercus (des Wolfabwehrers) und der Bacchanalien zu Ehren des Gottes Bacchus, des Schützers weinfroher Festlichkeiten. Die einzelnen Haupttage der Karnevalszeit erhielten besondere interessante Namen. Es gab da einen sogen. „feisten" oder „schmutzigen Sonntag", einen „Fraßmontag", der auch der blaue oder die „Narrenkirchweih" genannt wurde, und endlich die „echte Fastnacht" am Dienstag vor Aschermittwoch. Die Bitte der Vermummungen und andere verschollene Gebräuche weisen auf Gewohnheiten jener altrömischen Kultfeierlichkeiten zurück. Mummenschanz, kostümierte Umzüge, Maskenbälle usw. bilden den Inhalt des jetzigen und des Vorkriegskarnevals. Seinen Charakter als Volksfest hat sich der Karneval in Italien bewahrt und besonders Rom zeichnete sich seit langem durch rauschende Karnevalsfreuden aus, nachdem es Venedig, der früheren Hochburg des Prinzen Karneval in Italien, erfolgreich den Rang abgelaufen hatte. Von Italien aus dehnte der Prinz seinen Siegeszug auf das katholische Rheinland und nach Bayern aus, während im Norden höchstens Lübeck sich durch sein Karnevaltreiben hervortat.

Die häßlichste Frau preisgekrönt! Bei einem originellen Preisausschreiben, das die Newyorker Schönheitssalons — für die Häßlichste ausgeschrieben hatten, meldete sich u. a. ein Frl. Williams, der die Palme der Häßlichkeit zuerkannt wurde. Gemäß den Bedingungen des Preisausschreibens wurde die (mutige) Dame nun massiert, gepudert, frisiert, manikürt, kurz, jeglichem Raffinement der modernen Schönheitspflege unterworfen und kam — wie der Phönix aus der Asche — als reizende Frau aus den Schönheitssalons des Waldorf-Astoria-Hotels heraus. Als man sie beglückwünschte und ihr nun die besten Tänzer und nettesten Verehrer, ja, sogar vielleicht einen Mann prophezeien wollte, schnitt die also Verwandelte alle Reden kurzerhand ab mit den Worten: „Was wollen Sie eigentlich? Ich brauche keine Tänzer und Verehrer, ich bin längst verlobt.."

Nationale Lieblingsblumen. Nationale Lieblingsblumen sind bei größeren Völkern, die ihre Liebe nur selten einer Pflanze zuwenden, auch oft dieselbe Liebe untereinander teilen, nicht leicht aufzutreiben. Dabei muß man Wappenblumen, wie die Lilie oder die Rose von vornherein ausschließen. Auch muß die Blume am Boden des Landes haften und zur Physiognomie des Landes gehören. Eine wirkliche Lieblingsblume der Norweger ist die Linnaea borealis, die sich auf Reisen Männlein und Weiblein auf den Hut zu stecken pflegen, etwa wie dies mit dem Edelweiß in den Alpenländern geschieht. Dagegen scheint die Tulpe in Holland kaum diesen Titel zu verdienen, so leidenschaftliche Blumenliebhaber auch die Holländer überhaupt sind; denn die Gartentulpe, welche die sandigen Strecken der Tartarei überwuchert, stammt aus dem Orient, wie denn das Wort Turban mit ihr zusammenhängt. Im Jahre 1559 kam die erste aus Konstantinopel nach Augsburg und die Blume verbreitete sich von hier aus in alle europäischen Gärten, besonders in die holländischen. Trotzdem bleibt sie selbst in Harlem, der Tulpenstadt, Modesache wie eine Sorte Porzellan. Mit der Hyazinthe, ebenfalls einer orientalischen Blume, ist es auch nicht anders. Eine wirkliche Lieblingsblume der Römer ist ferner die Nelke, die auf den römischen Altanen und Balkons üppig wächst und in langen Ranken an den Mauern herabklettert. Die Gartennelke ist aber auch im südlichen Europa, vorzugsweise in Dalmatien, zu Hause. Wie könnte dagegen die Georgine, soviel man sie auch angepflanzt sieht, bei uns oder bei den Italienern eine nationale Lieblingsblume heißen, da sie vor kaum einem Jahrhundert in Europa eingeführt worden ist? Allen diesen vorgenannten Blumen, die als Pendants zu dem Chrysanthemum der Japaner betrachtet werden könnten, geht jedoch eine Haupteigenschaft ab, die Heiligkeit, wie sie in Japan die Wucherblume besitzt, die mit der Sonne verglichen und deshalb zum Emblem des Reiches erhoben wurde. Die schönen Wasserrosen, die im Nil und im Ganges wachsen, genießen in Aegypten hohe Verehrungen als Lotosblumen. Sie gelten als Sinnbilder nicht der Sonne, sondern der Erde, ja, da diese das Universum darstellt, des Weltganzen. Der Schöpfer ruhte nach dem Volksglauben auf einer Lotosblume, und der junge ägyptische Gott Harpokrates kam aus der geöffneten Lotosblume hervor.

Deutscher Weinbau.

Von Dr. Hans Heller-Bernkastel.

Es gibt nur wenig Leute in deutschen Landen, die vom Weinbau und seiner Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft ein richtiges Bild haben. Wohl gedeihen allerorts in deutschen Landen vereinzelt Rebstöcke, die mehr oder weniger wohlschmeckende Trauben liefern. Vielfach existieren derartige Anlagen aber ganz überwiegend zum Vergnügen der Besitzer und nicht zur Erzielung einer wirtschaftlichen Rente. Dazu ist vor allen Dingen ein Klima und ein Boden erforderlich, der dem Weinbau förderlich ist. Volkswirtschaftlich ist eben rentabler Weinbau nur an Oertlichkeiten möglich, die durch ihre besondere Lage, ihren Boden und ihr Klima sich auszeichnen. Das beweist die Erfahrung.

Im Lande Preußen sind die hauptsächlichsten Weinbaugebiete das Mosel-, Saar- und Ruhrgebiet, das eine mit Reben bebaute Fläche von nahezu 7000 Hektar aufweist. Ihm folgte das Nahegebiet mit rund 3000 Hektar, der Rheingau mit 2000 Hektar und andere Gebiete am Rhein, am Main, im Nassauischen, an der Ahr und im östlichen Preußen. Vor dem Kriege waren in ganz Preußen 17668 Hektar mit Reben bepflanzt. Diese hatten einen Ernteertrag an Weinmost von 855158 Hektoliter, der einen Wert von 17 Millionen Mark hatte.

Die bedeutendsten Weinorte in der Rheintalebene sind: Johannisberg, Steinberg, Markobrunn, Biebrich, Grafenberg, Rauental, Hattenheim, Winkel, Geisenheim, Rüdesheim, Aßmannshausen, Steeg und Lorch. An der Mosel und Saar sind mit Auszeichnung zu nennen: Zeltingen, Josephshof, Bernkastel, Piesport, Traben, Schwarzhofberg und Brauneberg. An der Ahr sind Schloß Bockelheim und Walportsheim wohl bekannt.

Daß Bayern mehr Wein erzeugt als Preußen, ist sicherlich nicht allgemein bekannt, obwohl die Tatsache durchaus feststeht. Die Pfalz allein verfügt über ein Rebengelände von 15647 Hektar. Obgleich dieses kleiner ist als das preußische, so hat die Pfalz durch einen Ernteertrag an Weinmost von 578000 Hektoliter, der einen Wert von 22,6 Millionen Mark repräsentiert. Dazu kommt noch das rechtsrheinische Bayern mit 6392 Hekt. Anbaufläche, 77668 Hekt. Weinmost in einem Werte von 8,4 Millionen Mark, so daß ganz Bayern für 26 Millionen Weinmost in guten Jahren keltert.

Besonders auffallend ist aber, daß selbst das kleine Baden, auch hier wiederum Musterländle, mit seinem Ernteertrag Preußen übertrifft. Seine Anbaufläche ist mit 17131 Hektar nahezu so groß wie jene Preußens. Sein Ernteertrag mit 446080 Hektol. Weinmost ist aber größer und dementsprechend auch der Wert des Mostes, der auf 19,1 Millionen Mark geschätzt wird. Der „Markgräfler" und „Affentaler" sind wohlbekannte Marken. Auch Württemberg und Hessen sind mit Auszeichnung zu nennen. Beträgt doch der Ernteertrag in Württemberg 244836 Hektol. (13,4 Millionen Mark Wert) und in Hessen 301887 Hektol. Weinmost (13,1 Millionen M. Wert).

Ein großer Verlust für den deutschen Weinbau bildet Elsaß-Lothringen, auf das jetzt, nach Beendigung der Konferenz von Locarno, wiederum die Blicke aller Deutschen geheftet sind. Dieses alte deutsche Land hat eine Anbaufläche von rund 30000 Hektar und erzeugt in guten Jahren 1130000 Hektol. Weinmost, der einen Wert von rund 38 Millionen Mark besitzt. Was diese Zahl bedeutet, weiß jeder Deutsche, der in der Schule rechnen gelernt hat und bedenkt, daß alljährlich geerntet wird. Nicht nur der Verlust des Eisenerzes in Lothringen, sondern ebensosehr der des Weines im Elsaß ist volkswirtschaftlich beklagenswert. Diejenigen täuschen sich, die annehmen, daß das deutsche Volk seine alten Reichslande so bald verschmerzen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.

Frühlingstage im Winter.

„Der Winter ist ein rechter Mann, kernfest und auf die Dauer“. Das hat er diesmal bewiesen, und wir haben zwei Mal ziemlich lange Abschnitte gehabt, wo Kälte, Nebel, Schnee und Eis die Herrschaft führten. Nunmehr aber scheint es, als wenn das Licht mit einem Male über die Finsternis den Sieg davon tragen will, und die Sonne erwärmt die Natur mittags mit ihren Strahlen, als wenn wir schon mitten im Frühling wären.

Statt 10 Grad unter Null, wie wir es nicht selten Anfang Februar schon gehabt haben, zeigt das Thermometer mehr als 10 Grad über dem Trennungsstrich. Sonst starrt die Erde in diesen Wintertagen oft noch in Schnee und Eis, und die Menschen laufen dicht vermummt mit blauroten Nasen umher. Heute wehen linde Lüfte, und die Schneeglöckchen und Krokus stecken bereits ihre Köpfe aus der Erde hervor. Die Bäume und Sträucher beginnen ihre Knospen zu entfalten, und die gefiederten Sänger, soweit sie bei uns geblieben sind, lassen schon ihr Liebeslied erschallen.

Glücklicherweise hat der Wettergott es vorher so eingerichtet, daß die Pelz- und Kohlenhändler auf ihre Kosten gekommen sind. Aber unsere Damenwelt hat es in solchen Zeitabschnitten wechselnder Temperatur und Gefühle keineswegs leicht. Besonders den Modedamen — und welches weibliche Wesen macht nicht seinen Knicks vor der allmächtigen Göttin der Mode! — wird das Leben recht sauer gemacht. Was sollen sie anziehen? Als 10 Grad Kälte herrschten und ein ungeheuerer weißer Schneeteppich die Erde bedeckte, da war es zweifellos Winter. Da versenkte man sich gern in die dicken Pelzmäntel, die nur die schlanken Beine freiließen, denen die dünnen Seidenstrümpfe kaum einen Schutz gegen die Unbilden des Wetters bieten konnten. So glichen unsere Schönen wandelnden Pelzgarnituren mit nackten Beinchen. Aber bei einem solchen Anblick überkam einem das Gefühl des Frostes, wenn man auch selbst in dicken, wasserdichten, womöglich pelzgefütterten Langschäftern steckte, ganz gleich ob der Winter wirklich da war oder nicht. Was aber nun in diesen linden Frühlingstagen?

Wenn die Sonne es weiter so gut mit uns meint, dann ist es mit den Herrlichkeiten des Wintersportes endgültig vorüber. Die trauernden Wächter der Wasserflächen werden anstatt der Eisbahn bald die Badeanstalten eröffnen können, und auf den Ruinen der Rodelbahn und des Skigeländes wird sich bald ein anderes munteres Leben und Treiben entfalten. Die Gewässer werden sich wieder mit zahlreichen Ruder- und Segelbooten bevölkern und die Wassersportklubs werden bald ihre „Anfahrt“ veranstalten können.

Aber wer weiß, wie lange diese Laune des Wettergottes anhalten wird. Er ist nun einmal ein launischer Geselle, und vielleicht sinkt schon in wenigen Tagen die Quecksilbersäule wieder unter Null, sodaß sich die Gewässer erneut wie ein blanker Spiegel darbieten, auf denen man den lauten Schall des blanken Stahles vernimmt, und die Roller und Skiläufer wieder über die glatte Bahn dahingleiten können. Dann ist es vorbei mit der Herrlichkeit: Lenz im Winter! Predi.

Die deutsche Reichspost im Dezember 1925.

vdz. Im Verkehr der Reichspost im Dezember 1925 zeigt die Zahl der aufgelieferten Briefsendungen (ohne Zeitungen) gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 3,4 v. H. Die Zunahme des Packereiverkehrs war mäßig, hier wirkte die ungünstige Wirtschaftslage mit. Die Gesamtzahl der aufgelieferten Paketsendungen betrug 26,9 Millionen, d. i. eine Steigerung von 16,4 v. H. gegen den Vormonat, darunter Wertpakete 0,3 Millionen (plus 7,9 v. H.), Auslandspakete 0,8 Millionen (plus 2 v. H.). Der Postanweisungs-, Postauftrags- und Postnachnahmeverkehr ist gestiegen. Die Stückzahl der eingezahlten Postanweisungen und Zahlkarten betrug 24,4 Millionen, d. i. eine Steigerung von 13,6 v. H. Der Umsatz im Postscheckverkehr hat im Dezember bei rund 49 Millionen Buchungen 9716 Millionen Reichsmark betragen, von denen 7471 Millionen Reichsmark, das sind 77 v. H., bargeldlos abgewickelt wurden. Die Zahl der Postscheckkonten ist von 809 000 am Jahresschluß 1924 auf 857 000, also um 48 000 Konten, gestiegen. Der Umsatz betrug rund 111 000 Millionen Reichsmark (1924: 79 000 Millionen) bei 526 (408) Millionen Buchungen. Von diesem Umsatz im Jahre wurden 87 000 Millionen Reichsmark (1924: 62 000 Millionen RM.) oder 79 v. H. bargeldlos abgewickelt. Das Guthaben der Postscheckkunden hat infolge der allgemeinen Geldknappheit nicht zugenommen; es betrug im Jahresdurchschnitt 572 Millionen Reichsmark gegen 575 Millionen 1924. Ein Ueberweisungsverkehr mit dem Ausland besteht mit Danzig, Oesterreich, Ungarn, der Schweiz, Dänemark und Luxemburg. Der Gesamtumsatz im Jahre 1925 hat 17 Millionen Reichsmark betragen. Der Ueberweisungsverkehr mit den Niederlanden wird nächstens aufgenommen werden. Der Telegrammverkehr im Dezember gegenüber November ist fast unverändert geblieben; die Zahl der aufgelieferten Telegramme [illegible] auf je rund 2,9 Millionen. Im Fernsprechwesen ist die Zahl der Hauptanschlüsse gegen das Vorjahr um rund 11 v. H. gestiegen. Die Gesamtzahl der Sprechstellen betrug im Dezember 2 581 844, im November 2 519 488; davon Hauptanschlüsse 1 567 887 im Dezember, 1 550 011 im November; Nebenanschlüsse 973 507 im Dezember, 969 427 im November. Der Funktelegrammverkehr mit dem Ausland zeigt gegenüber November einen Zugang von 19 v. H. Die Zahl der Teilnehmer am Unterhaltungsrundfunk hat die erste Million überschritten, der Zugang betrug 55 495 Teilnehmer. Ende Dezember waren 19 Sender in Betrieb; die Aufstellung eines Senders in Baden ist in Aussicht genommen. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Gebrauch von Funkempfangapparaten im besetzten Gebiet grundsätzlich zugelassen. Der Personalbestand betrug am 31. Dezember 1925 251 896 Beamte im Hauptamt, 40 815 außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende, in dauernd erforderlichen Dienstposten tätige voll beschäftigte Personen (darunter 30 911 Arbeiter im Telegraphenbau- und Telegraphenbetrieb), 30 873 Personen als Vertreter für Kranke und Beurlaubte und als Aushilfen.

Der **Kassenabschluß der Reichspost im Dezember 1925 weist an Einnahmen 145,6 Millionen Reichsmark** auf, an **Ausgaben 163,1 Millionen RM. Die Ausgabe übersteigt also die Einnahme um rund 18 Millionen.** Die Personalkosten allein erforderten 98 Millionen Ausgabe. Die Einnahmen sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es wurde nicht einmal der Stand vom Dezember 1924 erreicht. Der Grund hierfür ist offenbar die Krisis in der allgemeinen Wirtschaft. Die Ist-Einnahme in den abgelaufenen neun Monaten des Wirtschaftsjahres blieb gegen das durchschnittliche Einnahme-Soll des Voranschlages insgesamt um rund 19 Millionen RM. zurück. Das durchschnittliche Ausgabe-Soll des Voranschlags ist im laufenden Wirtschaftsjahr bis jetzt um insgesamt 3,5 Millionen RM. überschritten worden. Hiernach ist die Finanz- und Wirtschaftslage der Reichspost zurzeit außerordentlich gespannt. Ob es möglich sein wird, durch schärfste Beschränkung der Ausgaben einen Fehlbetrag am Schluß des Wirtschaftsjahrs zu vermeiden, muß abgewartet werden.

Fernsehen.

Von W. Schumann (Berlin).

„Warum in die Ferne schweifen,
Sieh, das Gute liegt so nah!“

An diesen Spruch muß ich immer wieder denken, wenn vom „Fernsehen“ die Rede ist. Abgesehen von all den großen Vorzügen, welche das endgültig zu lösende Problem des Fernsehers mit sich bringen wird, so glaube ich doch, daß dadurch dem gesellschaftlichen Leben manches Unangenehme beschert werden kann. Man denke nur einmal an den modernsten Meineidsprozeß, der einzig und allein durch das Mikrophon entstanden ist. Ein Mädchen schwindelt in einem Zimmer einem Herrn eine peinliche Geschichte vor und bemerkt dabei gar nicht, daß ein aufgestelltes Mikrophon ihre Aussagen in einem anderen Raum plappert, wo mit Kopfhörern bewaffnet sich für den Gesprächsstoff interessierende Herren sitzen, die Wort für Wort die im Mikrophonzimmer geführte Unterhaltung stenographieren. Die daraufhin zurückgeführte Gerichtsverhandlung ist den beteiligten Personen äußerst unangenehm geworden.

Im Radio sind es jedoch nur gesprochene Worte. Ganz anders können sich die Dinge beim Fernsehen entwickeln. Man denke nur einmal an den Gatten mit einer kleinen Freundin. Er geht mit ihr in das Theater, zum Konzert oder an sonst einen anderen Ort, wo er sich vorübergehend der ehelichen Fesseln zu entledigen können glaubt. Da will es der böse Zufall, daß in dem Raum, wo sich die beiden glücklich fühlen, der „Fernseh-Sender“ steht und die Gattin in ihrem traulichen Heim die Liebkosungen des Ungetreuen genau beobachten kann. „O, warte!“ komm Du nach Hause, dann . . .“ denkt die Hintergangene, legt sich den Besenstiel zurecht, füllt den Revolver mit Patronen oder legt nur ein kleines Zettelchen auf den Tisch mit den Worten: „Wir sind geschiedene Leute!“, um dann die Wohnung für immer zu verlassen. Da hilft dann kein „Nüchternwerden“, wie es sonst war, wenn der liebe Gemahl schwer bezecht nach Hause kam. Da kommt das Gericht mit der Scheidungsklage und kein Leugnen hilft, der Fernseh-Apparat hat es bewiesen. Ueberhaupt wird jeder [illegible] werden. Kinder können ihren Eltern keine Geheimnisse mehr verbergen. Diebe werden beim Stehlen gesehen, Manuskripte der Dichter gelesen, Erfindungen in ihrem Werdegang verfolgt. Es gibt kein Geheimnis mehr, auch keine [illegible].

Doch auch die Friedenstaube fliegt in den unsichtbaren Wellen des Fernsehens. Kriege sind unmöglich geworden, denn die Gegner können sich gegenseitig in die Schlachtenpläne sehen, Truppenverschiebungen eingehend verfolgen, nahende Unterseeboote im Wasser beobachten usw. Das ist auf jeden Fall eine starke Lichtseite des Fernsehens. Aber „Wo viel Licht ist, da ist auch viel Schatten“, wie klar und deutlich aus dieser kleinen Zukunftsplauderei zu ersehen ist.

Drucksachen

aller Art liefert
solid u. preiswert

Langer & Winterlich
Goethestraße 59.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Auch die Aelteren müssen turnen!

Kann der Mensch im gereiften Alter noch anfangen zu turnen? Gewiß! Alle Einwände, die man dagegen zu hören bekommt: Ich bin zu alt, zu steif, ich kann nicht turnen usw., entspringen fast ausschließlich der Furcht vor den Zuschauern, die vielleit noch weniger können, oder man denkt, daß man sich vor den anderen Turnern blamiert. Alle diese Aeußerungen sind belanglos.

In den Altersriegen der Turnvereine wird heutzutage auf die persönliche Veranlagung jedes Einzelnen so vorsichtig Rücksicht genommen, daß auch der ängstlichste Mensch sich ihnen unbesorgt anvertrauen kann. Es werden in den Altersriegen keine Leistungen verlangt, insbesondere nicht von jemandem, der dazu keine Veranlagung hat. Jeder soll zu seinem eigenen Besten Leibesübungen treiben, soweit und soviel sie seiner Gesundheit zuträglich sind.

Die Turnerei ist glücklicherweise so vielseitig, daß sie jedem etwas bietet. Jedes Lebensalter und jede körperliche Veranlagung der Schwachen wie der Kräftigen findet in ihr mehr als in jeder anderen Art der Leibesübungen die Möglichkeit, den Körper zu pflegen und auszubilden. Ganz besonders im Alter von 30 bis 45 Jahren bedarf der Körper einer besonderen Pflege, weil gerade dieses sogenannte beste Mannesalter Krankheiten am meisten ausgesetzt ist. Ist es doch die Zeit, wo Beruf und Familie die höchsten Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Mannes stellen und wo für das Alter vorgesorgt werden soll, um sich für seinen Lebensabend einen gesunden, widerstandsfähigen Körper zu schaffen. Allerdings behaupten manche Leute, daß sie in ihrem Beruf Bewegung genug haben; doch das ist irrig.

Der Beruf mag sein, welcher er will, der Körper kann nicht so vielseitig in ihm durchgebildet werden wie es beim Turnen der Fall ist. Dieses bietet eine reichliche Fülle von Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit und jedem älteren Turner das, was er für seine Gesundheit dringend gebraucht.

In jeder Stadt, in jedem Ort bestehen ein oder mehrere Turnvereine, die ausnahmslos auch den Aelteren in besonderen Riegen und Abteilungen Uebungsmöglichkeiten bieten. Mögen die Aelteren den Ruf nicht ungehört verhallen lassen und sich zu ureigenem Nutzen ihnen anschließen!

Marktberichte.

Amtliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz vom 3. Februar, nachm. 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen, 242 — 252, Roggen, hiesiger, 154—164, do. niederl. u. preuß. 164 — 174, Sommergerste 205 — 220, Wintergerste 180 — 190, Hafer, alt 170 — 190, do. neu —, Mais 200 — 205, do. Cinquantin 215—230, Weizenmehl 70%, 43,50, Roggenmehl 60%, 29,00, Weizenkleie 11,00, Roggenkleie 10,25, Wiesenheu, neu 12,50, Kleeheu —, Getreide-Stroh, lose —, do. drahtgepreßt 4,50. Die Preise verstehen sich bei Getreide in Ladungen von 200 bis 300 Ztr., bei Mehl in Mengen unter 100 Ztr., bei Heu und Stroh ladungsweise franko Chemnitz in Goldmark.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 6. Februar. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen,** märkischer 244 — 249, pomm. 245—250. **Roggen,** märkischer 149—156, mecklenburg. —, pomm. 145—152. **Gerste,** Futtergerste 142—160, Sommergerste 170—198, Wintergerste 142—160, **Hafer,** märkischer 157—168, pomm. —, westpreuß. —, **Mais,** loco Berlin —, Waggon frei Hamburg —. **Weizenmehl,** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 32,50—35,75. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 22,50 — 24,50. **Weizenkleie,** frei Berlin 11,00—11,25. **Roggenkleie,** frei Berlin 9,50—9,80. **Raps** —. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 26,00 bis 35,00, **kleine Speise-Erbsen** 22,00 — 25,00. **Futtererbsen** 20,00—22,00. **Peluschken** 20,00—21,00. **Ackerbohnen** 19,00 bis 21,00. **Wicken** 20,00—24,00. **Lupinen,** blaue 12,00—13,00, gelbe 14,00—15,00. **Serradella** alte —, neue 19,00—20,00. **Rapskuchen** 15,10—15,20. **Leinkuchen** 21,50—21,80. **Trockenschnitzel** 8,00 bis 8,15. **Soya-Schrot** 19,20 — 19,60. **Torfmelasse** 80/70 —. **Kartoffelflocken** 14,20—14,60.

Amtliches.

Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Materialwarenhändlers **Max Moritz Berge** in **Strehla** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Riesa, den 30. Januar 1926.

Ueber das Vermögen der Firma **Moritz Richter, Leimfabrik** in **Strehla a. Elbe,** offene Handelsgesellschaft, ist am 2. Februar 1926, nachmittags 4 Uhr die **Geschäftsaufsicht** angeordnet worden. Als Aufsichtsperson ist der **Prokurist Julius Scharre** in Riesa bestellt.

Amtsgericht Riesa, den 3. Februar 1926.

Bekanntmachung.

Soweit der Steuerabzug vom Arbeitslohn im Kalenderjahr 1925 im Markenverfahren nach §§ 54 bis 62 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn durchgeführt worden ist, ist der Arbeitnehmer verpflichtet,

spätestens bis zum 15. Februar 1926

seine Steuerkarte und die Einlagebogen, die im Kalenderjahre 1925 zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk er zur Zeit der Ablieferung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Auf diese Verpflichtung hat der Arbeitgeber durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen hinzuweisen.

An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einsendung oder Uebergabe der Steuerkarten und Einlagebogen übernehmen; in diesem Falle sind die Steuerkarten und Einlagebogen dem für den Arbeitgeber zuständigen Finanzamt zu übersenden. Ist der Steuerabzug in bar oder im Ueberweisungsverfahren an die Finanzkasse abgeführt worden, so bedarf es der Einsendung der Steuerkarten an das Finanzamt nicht.

Wegen der vereinfachten Einreichung der Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1925 im Falle der Bar- usw. Abführung der Abzugsbeträge an die Finanzkasse ist eine Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen ergangen, die im Auszuge bei den Gemeindebehörden eingesehen werden kann. Ueber die Einzelheiten der Neuregelung gibt das Finanzamt Auskunft, bei dem auch die Vordrucke für die nach besonderem Muster aufzustellenden Lohnsteuer-Ueberweisungslisten, die Bescheinigungen mit den dazu gehörigen Versicherungen und die Fehlanzeigen von den Arbeitgebern kostenlos entnommen werden können.

Finanzamt Riesa, am 3. Februar 1926.

Kein Husten mehr!

Das alte Hausmittel.
Zu haben in:
Anker-Apotheke
Reichs-Apotheke
Stadt-Apotheke
Drogerie Wilh. Moritz Berg
Drogerie Friedrich Büttner
Drogerie Oskar Förster
Drogerie A. B. Hennicke
Apoth. F. Rahnfeld, R.-Gröba
Alfred Otto, R.-Gröba
u. a. Drogerien und Apotheken.

1 Läuferschwein zu verk.
Seithain, Grundgäßchen 1.

Für den Feinschmecker!
Sahnen-Rollmöpse
das Stück Mk. 0.16
Prima Fleischsalat
das Pfund Mk. 1.25
Prima Gabelbissen
das Pfund Mk. 1.20
täglich frisch.
Paul Pfeiffer
Wettinerstraße 29
R. Gutmann, Hauptstr. 44
Meißner Straße 34
Anna Bauer, Hauptstr. 7
Emil Klinger
Bismarckstraße 11a.

J. hellgr. Schäferhündin entlaufen. Geg. Belohng. abzugeben Boberfen, unt. Elbhäuser 3 E.

Schw. Rehpinscher zugelaufen Hohe Str. 4.

5—6000 Mk.
als Hypoth. auf Geschäftsgrundstück gesucht. Offert. erbeten unter B 3442a an das Tageblatt Riesa.

Ein ehrl. sauberes **Hausmädchen** mit Kochkenntnissen, nicht unt. 20 J., für den ganz. Tag sucht Fr. Gessinger, Bahnhofstraße 16.

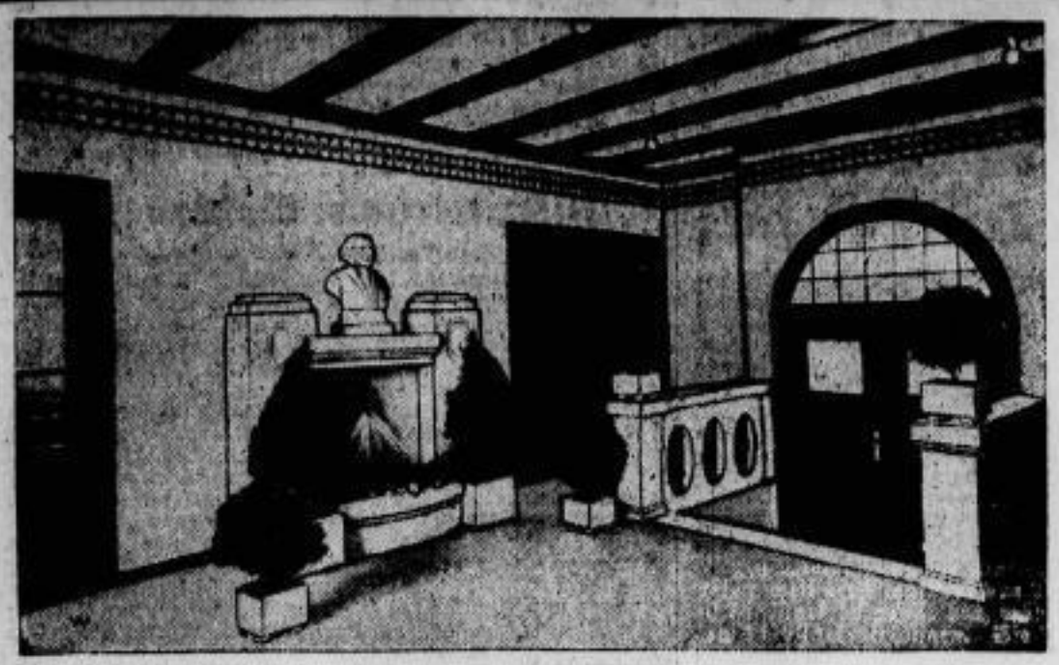
Sauberes Mädchen
von 14—17 Jahren, für vormittags gesucht.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Schneewitt Seifenpulver
das Beste zum
Wäschekochen.
Billig—ergiebig—wohlfeil!
Ein volles Pfd. nur 45 Pfg.

Wer Kapital benötigt
in jeder Höhe und zu jedem Zweck, von 1000 M. aufwärts, wende sich vertrauensvoll an
Fr. Gannig, Meißen
G.-Graf-Str. 16, 1. l.

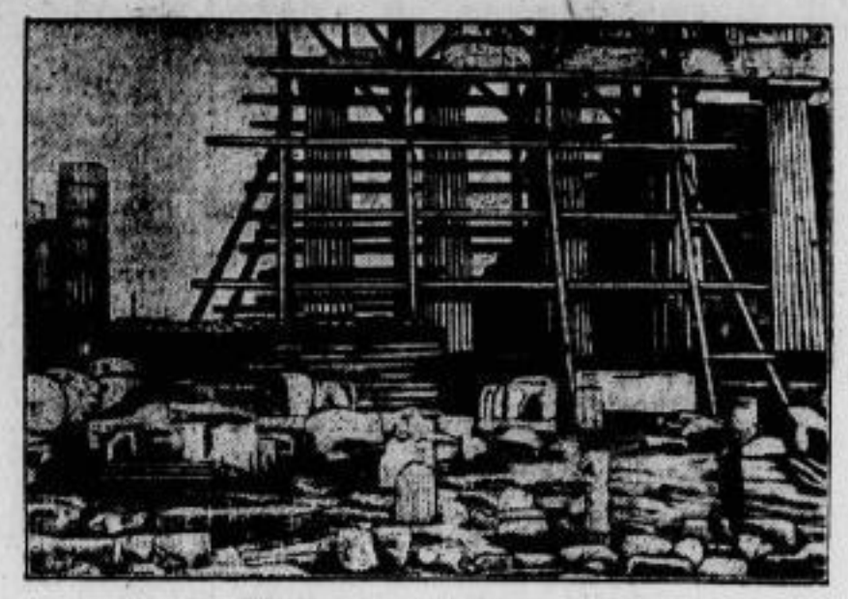
Sauberes
Hausmädchen
sucht Café Grube.

1 Klavierspieler
für Sonntags für dauernd gesucht.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.



Das Dürerbund-Haus in Köthen.

Der Dürerbund, der so segensreich für die Geschmacksbildung in Deutschland gewirkt hat, besitzt jetzt in Köthen i. A. ein eigenes schönes Heim, das ihm durch eine Stiftung Professor Dr. Krauses zur Verfügung gestellt ist.



Wiederherstellung der Akropolis von Athen.

Seit Jahrzehnten gehen die Archäologen ernsthaft mit der Idee um, die Akropolis, die Burg von Athen, das einzigartige Bauwerk aus dem griechischen Altertum, in seiner früheren Schönheit wieder herzustellen. Jetzt hat man mit den Arbeiten begonnen. Alle umherliegenden Bruchstücke sind nach langen Studien deutscher Archäologen sorgfältig numeriert, um an geeigneter Stelle eingefügt zu werden.

Der Garten im Februar.

Wenn das Wetter es gestattet und nicht Schnee und Eis die Erde bedecken, läßt sich im Monat Februar im Garten schon mancherlei nützliche Arbeit verrichten.

Im Obstgarten werden Spalierbäume und junge Hochstämme geschnitten, ebenso das Beerenobst. Hecken werden ausgebessert. Bei frostfreiem Wetter pflanzt man holzartige Laubhölzer. Pfirsich- und Aprikosenwände schützt man vor Sonnenstrahlen. Das eingelagerte Obst muß jetzt häufiger nachgesehen werden. Soll es sich noch weiter halten, so ist dazu viel Luft und wenig Licht die Hauptbedingung.

Im Gemüsegarten gibt es für den Gartenfreund nur dann etwas zu tun, wenn er Mistbeete, warme und lauwarme, zum Treiben von Gemüse angelegt hat. Bei günstigem Wetter können bereits Salat, Radieschen, Möhren, Sellerie, Wirsing- und Rotkohl ausgesät werden. Dicke Bohnen kann man schon im Freien auslegen, jedoch besteht bei allzu frühem Beginn mit diesen Arbeiten von vornherein die Gefahr, daß bei eintretendem starken Frost die Mühe vergeblich ist, selbst wenn man die jungen Triebe durch Strohmatten zu schützen sucht.

Im Monat Februar wagen bereits die ersten Frühlingsblumen, vor allem Schneeglöckchen und Krokus ihre Köpfe aus der Erde hervorzustecken. Das ist für den Gartenfreund eine Mahnung, Blumenbeete im Freien ihrer Winterdecke zu entledigen. Jedoch tut man gut, sie vor Sonnenstrahlen zu schützen. In Mistbeeten oder in Kästen sät man mit dem Gemüse zusammen Levkojen, Reseda, Goldlack, Balsaminen, Astern, Zinnien usw. aus.

Derjenige Gartenfreund, der zugleich Imker ist, entferne bei wärmerer Witterung die Blenden von den Fluglöchern, doch schütze er bei kälterer Witterung die Fluglöcher vor Sonnenstrahlen.

Zum 50. Geburtstag des Dichters Wilhelm Schmidtbonn. Der am 6. Februar 1876 in Bonn geborene, jetzt in Oberbayern lebende Dichter Wilhelm Schmidtbonn, der gern religiöse Stoffe verwendet, schrieb die Dramen „Mutter Landstraße", „Der Graf von Gleichen", das Legenddrama „Der verlorene Sohn" und den Roman „Der Heilsbringer".

Neues aus der Wärme- und Kältetechnik.

Aufgespeicherte Wärme — Kälte aus der Luft.

Auf dem Gebiete des Heizungswesens ist eine neue interessante Erfindung gemacht worden. Es handelt sich um eine elektrische Heizanlage, die so eingerichtet ist, daß die Wärme, die im Apparat entsteht, gleichsam auf Vorrat aufgespeichert wird. Die Einrichtung ist sehr einfach. Der Heizkörper ist von einer Masse umkleidet, die ein sehr schlechter Wärmeleiter ist und die daher ähnlich einer Termophor-Flasche wirkt. Im Heizkörper selbst befindet sich ein Hohlraum, der mit Luft gefüllt ist und nach außen hin völlig abgeschlossen werden kann. Die Luft in dem Hohlraum wird nun auf elektrischem Wege erhitzt. Dadurch wird eine derartige Menge an Wärme an Kalorien aufgespeichert, daß man durch beliebiges Oeffnen von Klappen die Luft eines Zimmers nach Gutdünken erwärmen kann. Der Hohlraum wird von unten her automatisch mit kalter Luft wieder angefüllt. Man könnte nun die Einwendung machen, daß auch ein normaler elektrischer Ofen nach Belieben Wärme abgeben kann. Fast alle Elektrizitätswerke geben aber den Strom in der Nacht billiger ab als am Tage, da sie einen großen Teil der Nacht hindurch die Maschinen leer laufen lassen müssen. Wenn daher der wärmeaufspeichernde Ofen nachts im Betrieb ist und erst am kommenden Tage aber die Wärme an die Außenluft abgibt, so bedeutet das eine nennenswerte Ersparnis.

Eine andere Erfindung ist auf dem Gebiete der Kältetechnik gemacht worden, die vielleicht nicht geringere oder gar noch größere Aufmerksamkeit verdient als die oben genannte. Dem Dipl.-Ing. Fohr ist es gelungen, ohne Zuhilfenahme einer Kühlflüssigkeit niedrige Temperaturen einfach durch mechanische Entnahme beliebig großer Kältemengen aus der Atmosphäre herzustellen. Der Apparat ermöglicht es, jede Art Kühlvorrichtung

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.

20. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er wußte, daß er sie niemals geliebt hätte — so wenig, wie er sich jemals eingeredet hatte, sie zu lieben. Aber wenn Liebe auch nicht in Frage kam, so hätte doch mit der Zeit Kameradschaftlichkeit der angenehmsten Art in der Ehe zwischen ihnen entstehen können, der Ehe, die von seinen Angehörigen so sehr gewünscht wurde.

Wie es aber nun einmal war, fühlte er sich ihr gegenüber mehr denn je gedrückt und schuldig, und er war froh, als ihre Ankunft in Monte Carlo das Gespräch von rein persönlichen Angelegenheiten auf andere Dinge lenkte.

Er bekannte ihr freimütig, daß er gegen das ausdrückliche Verbot seines Vaters schon früher hier gewesen war; aber er fügte auch hinzu, daß er von ihr erwartete, diese Mitteilung als ihr Geheimnis zu bewahren.

Die Komtesse sah ihm voll Zweifel und voll Ueberraschung in die Augen.

„Es scheint unmöglich, daß er Sie so behandelt — und daß Sie es in dieser Weise hinnehmen," sagte sie.

„Wie ich Ihnen gesagt habe," entgegnete Eberhard rasch, „habe ich die Alternative: entweder ich nehme es in dieser Weise hin — oder ich mache mich frei und nehme es auf meine eigenen Schultern, für mich zu sorgen. Würden Sie mir dazu raten?"

Sie schloß die Augen und schüttelte sich.

„Nicht um die Welt," erwiderte sie ohne Zögern. „Ein Leben ohne große Mittel ist kein Leben. Und da man das Geld unbedingt braucht, muß ihm alles untergeordnet, alles geopfert werden — und ich wäre die letzte, die Ihnen etwas anderes raten würde."

Das war ihm doch etwas zu hart.

„Alles!" wiederholte er. „Auch die Liebe — und die Ehre?"

Sie streifte ihn mit einem raschen Blick.

„Liebe ist das erste, was über Bord muß," sagte sie ruhig. „Haben wir nicht alle jemanden geliebt, der nichts besaß — und heiraten wir am Ende nicht alle jemanden, den wir nicht lieben, der aber besitzt, was wir bedürfen?"

Und wie er sie jetzt ansah, da wußte er, daß auch sie ihre Geschichte hatte — daß auch sie nicht immer so selbstsicher und so gewollt gefühllos gewesen war wie jetzt. Aber er wußte auch, daß sie ihren Prinzipien treu geblieben war und ihr Opfer auf dem Altar des Goldes gebracht hatte.

Er fühlte mehr Interesse für sie, da er das wußte, als er vorher gehabt hatte. Denn er sagte sich, daß sie sich mit diesem Opfer, wie man auch darüber denken mochte, ein gewisses Anrecht darauf erworben hatte, auch jetzt ihm gegenüber ihren Prinzipien in der Art zu gehorchen, wie sie es tat. Er schwankte sogar von neuem, ob er ihr nicht voll vertrauen sollte. Aber wieder sprach etwas in ihm ein bestimmtes „Nein!"; und schweigend schritten sie dem Kasino zu.

Der Tag war heiß, war drückend schwül; und die ersten Minuten in den Spielsälen, deren Pracht nichts Fremdes und nichts Bedrückendes für die beiden hatte, waren recht unbehaglich. Aber sobald sie an einem der Spieltische Platz genommen hatten, erfaßte sie die Leidenschaft des Spiels, und sie vergaßen alles andere. Sehr bald trennten sie sich; und wenigstens Eberhard schenkte seiner Gefährtin keinen Gedanken mehr. Von Minute zu Minute wuchs seine Erregung und seine Leidenschaft, und seine Augen glänzten.

Denn er spielte glücklich — zum ersten Mal spielte er glücklich. Stets, wenn er sich heimlich hierhergeschlichen hatte, hatte er die Prunkräume des Kasinos, das den Ruin so vieler Menschen bedeutete, mit leeren Taschen verlassen. Heut aber hatte sich sein Schicksal gewendet. Wie er auch setzte — die launische Göttin, die dem einen alles versagt, was sie dem andern in Fülle gibt, entschied stets zu seinen Gunsten. Die anderen Spieler am Tisch wurden aufmerksam. Man flüsterte untereinander, verfolgte man sein Spiel. Die Banknoten häuften sich vor seinem Platz. Er wußte nicht, wieviel es war, was er gewonnen hatte; aber er wußte, daß er jetzt noch mehr — noch unendlich viel mehr gewinnen mußte. Sein Blut hämmerte in den Schläfen, seine Nerven waren in zuckender Erregung. Er hatte die Komtesse vergessen — er hatte alles vergessen — nur die jubelnde Hoffnung erfüllte ihn: von hier so viel mit sich zu nehmen, daß er von seinem Vater unabhängig war — daß er Herta vor aller Welt für sein Weib erklären konnte — daß die Heuchelei und die Komödie ein Ende hatte.

Eine kurze Pause machte er im Spiel. Und hastig, ohne das Zittern seiner Finger völlig meistern zu können, zählte er das Gold und die Kassenscheine, die er zu einem wirren Haufen aufgeschichtet hatte. Tausend Franken hatte er zum Einsatz genommen. Und was er jetzt besaß, waren vierundzwanzigtausend Franken.

Da löste sich seine Erregung. Ein tiefes Aufatmen hob seine breite Brust, und jetzt setzte er ruhig, vorsichtig. Er wagte nichts mehr. Was er besaß, das mußte er erhalten; kam noch etwas dazu, so war es gut — aber er bedurfte dessen nicht mehr.

Die Zeit verrann ihm so rasch, daß er verwundert und verwirrt aufsah, als die Komtesse ihm leicht die Schulter berührte und fragte:

„Nun — sind Sie noch nicht befriedigt? — Und haben Sie gewonnen? — Ich bin völlig ausgeplündert worden."

Er erhob sich und trat seinen Stuhl an einen der Spieler ab, die den vollbesetzten Tisch umstanden und ungeduldig warteten, daß ein Platz für sie frei werde. Seine Augen leuchteten noch immer im erhöhten Glanz der Erregung, und ein Lächeln umspielte seine Lippen.

„Ja," erwiderte er. „Ich habe Glück gehabt — endlich Glück gehabt!"

Vielleicht ahnte die Komtesse Aldringen, daß es besser für sie gewesen wäre, hätte er mit geringerem Erfolge gespielt. Jedenfalls klangen ihre Glückwünsche recht kühl, und in gezwungener Lustigkeit sagte sie:

„Wenn Sie glücklich gespielt haben, so tragen Sie sicherlich auch Verlangen, zu schenken. Man fühlt immer so. Wollen wir hier dinieren, anstatt heimzufahren?"

Er zögerte. Er trug Verlangen danach, so rasch als möglich in die Villa zurückzukehren, Herta von ihrem Glück zu unterrichten — ihr zu sagen, daß sie frei und unabhängig wären, unabhängig von der Zukunft, unabhängig von seinem Vater, von allem und jedem unabhängig.

Und nun sollte er gezwungen werden, etwas zu tun, was nicht nur gegen seine Wünsche, sondern auch gegen sein Ehrgefühl war. Denn wie konnte er wissen, ob die Komtesse, so rücksichtslos sie sich über die Meinung der Welt hinwegsetzte, ihm dieses Diner zu zweien vorgeschlagen hätte, wenn sie gewußt hätte, daß er bereits der Gatte einer anderen Frau war?

Er suchte nach einem Vorwand, es ihr abzuschlagen, ohne sie zu kränken. Aber die Komtesse wußte zu erreichen, was sie sich einmal vorgesetzt hatte. Sie sah ihn gerade an, und mit einem Wechsel des Tones sagte sie:

„Natürlich, wenn Sie sich das Gewonnene lieber ungeschmälert erhalten —"

„Aber ich bitte," erwiderte Eberhard ein wenig kühl. „Es ist mir selbstverständlich ein Vergnügen, da zu dinieren, wo Sie es wünschen."

„Ah!" sagte sie mit einem Lächeln. „Dann werden wir uns über mein Unglück trösten — und werden Ihr Glück feiern. Lieben Sie ein gutes Diner nicht?"

„Ich liebe angenehme Gesellschaft weit mehr," sagte er mit einer Verbeugung.

Er war so glücklich, so berauscht von den glänzenden Aussichten, die ihm dieser Tag eröffnet hatte, daß er sehr geneigt war, die Konsequenzen seines Tuns zu vergessen. Und wenn die Komtesse auch die Ursachen seiner Stimmung nicht kannte, so wurde sie dieser Stimmung doch gewahr, und sie war nicht gesonnen, sie ungenützt zu lassen. Er war auch bisher höflich, zuvorkommend, ritterlich gewesen. Aber er war doch auch immer zurückhaltend, immer Herr seiner selbst und seiner Handlungen geblieben. Mit achtundzwanzigtausend Mark in der Tasche war er jedenfalls sorgloser und weniger achtsam auf das, was er sagte.

Die Komtesse begehrte zu wissen, wie hoch sein Gewinn sei. Aber lange Zeit konnte sie nichts Genaues erfahren. Er verhielt sich in dieser Beziehung sehr reserviert; auf ihre direkten Fragen erwiderte er, daß er selbst noch nicht gezählt habe, daß er aber seinen Einsatz zum wenigsten verdoppelt zu haben glaubte.

Sie wußte, daß diese Angabe nicht der Wahrheit entsprach, daß sein Gewinn viel größer sein mußte. Aber sie mußte sich mit dieser Auskunft begnügen.

Als sie an einem kleinen Tisch in der Nische eine der

selbst kleine Eisschränke, wie sie in Haushaltungen gebräuchlich sind, unabhängig vom Eis zu machen. Die Maschine kann an jedem gewöhnlichen Kücheneisschrank ohne weiteres angebracht werden. Sie wird mit einem Kleinmotor verbunden, der nicht stärker zu sein braucht, als etwa ein Zehntel PS., also ungefähr in der Art des Nähmaschinenmotors. Die gewöhnliche Lichtleitung dient der Stromzuführung. Der Apparat, der im wahrsten Sinne des Wortes die Kälte aus der Luft saugt, hält den Eisschrank ständig auf einer Temperatur von 10 bis 12 Grad unter Null.

Oeffentliche Bezirksausschuß-Sitzung.

Am Montag, den 1. Februar 1926, wurde im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain Sitzung des Bezirksausschusses abgehalten.

Der Bezirksausschuß nahm zunächst von **Mitteilungen** über a) die **Arbeitsmarktlage** im amtshauptmannschaftlichen Bezirke, b) die **Tätigkeit der Abteilung Obstbau** des Bezirksverbandes Großenhain, c) die **Zeppelin-Eckener-Sammlung**, d) die Gewährung eines Staatszuschusses zum evtl. Bau eines **Kinderheimes**, e) die Verteilung der **Steueranteile** an den Bezirk für das Rechnungsjahr 1925, f) die Errichtung einer Kraftwagenlinie **Riesa Röderau-Dorf** und Lager Zeithain, g) über **Ruhelohnordnung** für Angestellte, h) die Beteiligung an der Kapitalerhöhung der **Siedlungsgesellschaft „Sächs. Heim" Kenntnis.** Es wurde darauf in die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung eingetreten.

Von den Ausführungen des Amtshauptmanns über die im Bezirk durchzuführenden Notstandsarbeiten (Röderregulierung und Straßenbau) nahm der **Bezirksausschuß** zustimmend Kenntnis. Bezüglich des weiteren Projektes — Pflasterung der Bezirksstraße Riesa—Röderau — wurde Beschlußfassung ausgesetzt. Der Einspruch gegen die Wahl des Schuhmachermeisters **Cieslak** zum 2. Gemeindeältesten von **Glaubitz** wurde abgewiesen (gegen 1 Stimme). Der Verkauf der Gemeindekiesgrube der Gemeinde **Gröditz** fand Genehmigung. Die Vereinbarung zwischen der Fürstlichen Hofkammer in Greiz und der Gemeinde **Niederrödern** über die Unterhaltung der Rittergutswege wurde genehmigt. Der Kostenbeitrag zu der geplanten Fußgänger-Unterführung am Bahnhof in **Priestewitz** wurde abgelehnt. Der Antrag der Gemeinde **Baßlitz** auf Sperrung von Wegen für Lastkraftwagenverkehr soll der Kreishauptmannschaft Dresden befürwortend vorgelegt werden unter der Voraussetzung, daß auf Ausschreibung Einsprüche nicht erfolgen.

Die gleiche Erledigung soll dem Antrage der Gemeinde **Böhla** b. Gr. auf Sperrung der Gemeindewege Baßlitz—Böhla—Jessen (Weg links der Bahnlinie Priestewitz—Niederau) und Baßlitz—Böhla—Großdobritz für den Verkehr mit Lastkraftwagen zuteil werden. Der geplante Austausch von Flurstücken zwischen der Stadt **Riesa** und der Gemeinde **Pansitz** und die damit verbundene Aenderung der Gemeinde- und Bezirksgrenzen soll dem Bezirkstag unter Befürwortung zur Entschließung vorgelegt werden. Das Ortsgesetz über die Errichtung einer Freibank in **Welxande** wurde genehmigt. Zur Errichtung einer Kleinviehschlächtereianlage im Grundstück Ortsl.-Nr. 5 für **Treugebhla**, Besitzer Gustav Hönicke, wurde bedingungsweise Genehmigung erteilt. Weiter wurde die Aufstellung eines Kraftthammers im Grundstück Ortsl.-Nr. 30 für **Kmehlen**, Besitzer Schmiedemeister Arno Haunstein, sowie auch die Aufstellung eines Kraftfederhammers im Grundstück Ortsl.-Nr. 39 für Reiersdorf, Bes. Schmiedemeister Emil Herrmann, bedingungsweise genehmigt.

Die Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern und 8 Stellvertretern in den Vorstand des Vereins **„Heimatdank"** für die Amtshauptmannschaft Großenhain wurde nach den Vorschlägen des Berichterstatters durchgeführt. Dem II. Nachtrag zur Satzung des **Bezirksfürsorgeverbandes** der Amtshauptmannschaft Großenhain wurde zugestimmt. Er wird dem Bezirkstag zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Gesuch des Vorsitzenden des Vereins für Wohlfahrtspflege — Ortsgruppe **Jahnitz-Frauenhain** — um Gewährung einer Beihilfe wurde, soweit laufende Beihilfe für 1926 in Frage kommt, zurückgestellt. Als besondere Beihilfe zur Anschaffung von Krankenpflegeartikeln wurden **120.— RM. bewilligt.** Dem Unterstützungsgesuch der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu **Großenhain** wurde durch Bewilligung von 100.— RM. stattgegeben. Dem Ausschuß für Volksbildung in **Radeburg** wurden 500.— RM. bewilligt. Der Landwirtschaftlichen Schule in **Riesa** wurden 1000.— RM. als einmalige Beihilfe bewilligt. Das Gesuch des Reform-Realgymnasiums in der **Löbnitz** um Beihilfe mußte abgelehnt werden. Dem Bienenzucht- und Bezirks-Obstbauverein **Prausitz** u. Umg. und dem Obstbauverein **Pochra-Merzdorf** wurden zur Ausbildung je eines Baumwärters je 80.— RM. als Beihilfe bewilligt. Die Mitgliedschaft beim Landesverein **Sächs. Heimatschutz**, Dresden, wurde beschlossen.

Die Gewährung von Wegebaubeihilfe an die Gemeinde **Kmehlen** für Instandsetzung des Weges Kmehlen—Naundörfel wurde aus prinzipiellen Erwägungen abgelehnt. Wegen der Beschlußfassung über die Prüfung der **Rechnungen des Bezirksverbandes** auf das Rechnungsjahr 1921/22 soll dem Bezirkstag vorgeschlagen werden, von Prüfung dieser Rechnungen abzusehen. Dem Gesuch um Gewährung einer Beihilfe an das Jugendlandheim **Kleingranpa** wurde durch Bewilligung von 50.— RM. und dem Gesuch der Gemeindepflege **Lichtensee** um Gewährung einer Unterstützung durch Bewilligung von 200.— RM. stattgegeben. Die Abtrennung des Trennstückes 39 b von dem Grundstücke Bl. 1 des Grundbuchs für **Kleinraschütz**, Besitzer Max Reinhold Peiter in Kleinraschütz, wurde genehmigt.

Der I. Nachtrag zur Gemeindeverfassung von Zschieschen, Veränderung der Gemeindegrenzen betr., wurde genehmigt. Die Aufnahme eines Darlehns von der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden durch den Spar- und Girokassenverband der Gemeinde **Glaubitz** wurde genehmigt. Einem Einspruch gegen die Bürgermeisterwahl in **Böhla** b. O. wurde Beachtung geschenkt. Der Beschluß über die Wahl wird für ungültig erklärt. Dem I. Nachtrag zu der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Großenhain und der Stadträte zu Großenhain und Riesa über den **Verkehr jugendlicher Personen** vom 2. Dezember 1924 wurde zugestimmt.

Der Antrag der Gemeinde **Neuseußlitz** auf Vorschuß-Gewährung zur Durchführung von Wegebauarbeiten durch Erwerbslose konnte der Folgen wegen nicht berücksichtigt werden.

Dem Verein für **Gartenbau und Naturwissenschaften** in Großenhain wurde anläßlich seines kürzlich stattgefundenen Jubiläums nachträglich eine Jubiläumsgabe von 50.— RM. bewilligt.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden darauf noch 11 Punkte behandelt; 1 Punkt mußte abgesetzt werden.

Der christlichsoziale Parteitag.

)(**Wien.** Bei Eröffnung des christlichsozialen Parteitages hieß **Seipel** als Parteiobmann die Gäste, insbesondere aus **Deutschland, herzlich willkommen.** Er gebe der Zuversicht Ausdruck, führte Seipel u. a. aus, daß wir die Räumung Kölns als ein Symbol betrachten dürfen, daß das deutsche Volk auf dem Wege zur Freiheit ist, und daß damit die Sicherung des Friedens in der Welt wieder möglich wird. Der Vertreter der Zentrumspartei, **Guerard**, überbrachte die Grüße seiner Fraktion, besonders auch des Parteiführers Marx, und hob die Verdienste Seipels hervor. Auch die deutsche Zentrumspartei steht immer in der vordersten Reihe im Kampf. Deutschland geht jetzt in den Völkerbund in der festen Absicht, zu wirken für das Deutschtum in der Welt und im Bunde mit Oesterreich die Rechte der deutschen Minderheiten wahrzunehmen. Nach dieser Begrüßung erstattete der

Bundeskanzler Ramek

ein mehrstündiges Referat über die politische Lage. Die Wirtschaftspolitik, sagte er, die nunmehr zur obersten Aufgabe der Regierung geworden, erfordert, daß sie sich der parlamentarischen Voraussetzungen vergewissere, die ihr zur Durchführung einer solchen Politik zur Verfügung stehen. In der letzten Zeit fand zwischen der **Regierung** und der **Opposition eine Aussprache** statt über die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu ergreifenden Maßnahmen. Es wurde von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben, daß die Vorschläge der Opposition keineswegs dem Gedankenkreis der sozialdemokratischen Lehre entnommen seien. Um der wirtschaftlichen Krise, soweit überhaupt möglich, Herr zu werden, brauchen wir gewiß eine persönlich entgegenkommende Stimmung, die den Kampf mit der Opposition nicht sucht. Aber halten wir die Grenzen inne, deren Ueberschreitung uns die Führung entreißen und Staat, Volk und Wirtschaft neuen ungewissen Schwierigkeiten aussetzen würde.

Wirtschaftskrise u. Wohnungsmarkt.

Angebot gewerblicher Räume.

WK. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ihrem Reinigungsprozeß im Wirtschaftsleben, mit ihren Betriebseinschränkungen und Stillegungen macht gewerbliche Räume, sowohl Kontore wie auch Lagerräume, Werkstätten und Läden vielfach frei. Der Nachfrage steht wieder ein, wenn auch im ganzen nur bescheidenes, Angebot gegenüber. Damit naht der Zeitpunkt, zu dem die grundsätzliche **Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume** nach dem Beispiel einiger bereits vorangegangener Bezirke (z. B. Württemberg, Lübeck und Bremen) **auch in anderen Ländern aufgehoben werden kann,** ohne als Folge dieser Maßnahme neue Zusammenbrüche und übermäßige Mietssteigerungen befürchten zu müssen.

Die Wirtschaftskrise mit ihrer mannigfachen Einzelnot macht, wie die Erfahrungen der Wohnungsämter zeigen, auch Wohnräume frei, führt zur Zusammenlegung von Wohnungen und zum Tausch größerer Wohnungen mit kleineren. Die Zwangswirtschaft hat daher vielfach bereits für größere Wohnungen gelockert werden können.

Die auf diese Weise bewirkte **Entlastung des Wohnungsmarktes** ist umso erwünschter, als die Wirtschaftskrise den Bau neuer Wohnungen hemmt. Die Wohnungserrichtung durch gewerbliche Betriebe hat fast ganz aufgehört: Hypotheken, wie sie seitens der Versicherungsträger stellenweise bereits in erheblichem Ausmaße zur Verfügung gestellt wurden, sind bei der durch die Arbeitslosigkeit verringerten Einnahme an Versicherungsbeiträgen, wenigstens von den Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen, zunächst nicht mehr zu erwarten. Auch bei den Grund-, Mietzins- und Aufwertungssteuern sind infolge der gegenwärtigen Wirtschaftslage Einbußen zu erwarten, die die zu bewilligenden Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues zu schmälern drohen.

Gegenüber diesen Umständen dürfen die von der Wirtschaftskrise auf der anderen Seite zu erwartenden Entlastungen in der Zwangswirtschaft nicht unberücksichtigt bleiben. Auch werden die auf **Schaffung von Arbeitsgelegenheit** gerichteten Bestrebungen dem Umstande Rechnung tragen müssen, daß nichts so sehr wie die **Wiederbelebung des Baugewerbes** eine Belebung auch vieler anderer Berufszweige und damit die möglichst nachhaltige Ueberwindung der Arbeitslosigkeit verheißt.

Kunst und Wissenschaft.

„Staatlicher Musikberater". Der Seminar-Oberlehrer Bernhard Iversen vom Lehrerseminar in Rendsburg ist vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen als „staatlicher Musikberater" bestellt worden.

Abg. Dr. David zum Ehrendoktor ernannt. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München hat den bekannten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und früheren Reichsinnenminister Dr. Eduard David, jetzt Vertreter des Reiches in Hessen, wegen seiner wertvollen unparteiischen und unbefangenen wissenschaftlichen Erörterungen agrarpolitischer Probleme zum Doktor der Volkswirtschaft ehrenhalber ernannt.

James Klein bleibt Leiter der Berliner Komischen Oper. Gestern nachmittag fand eine Versammlung der Mitglieder der Komischen Oper statt, zu der auch James Klein erschienen war, der vorschlug, eine Betriebsgesellschaft zu gründen, die das Haus bis zum 1. Oktober weiterführe. Die Versammlung beschloß, den Theaterbetrieb unter der Regie James Klein und der Kontrolle des Gläubigerausschusses weiterzuführen.

---

vornehmsten Restaurants saßen, als sich zu der Wirkung des erfolgreichen Spiels die Wirkung gesellte, die der Aufenthalt in einem eleganten, behaglichen Restaurant ausübt — mit seinem diskreten, wohlverteilten Licht, das den Rheinwein in den Römern köstlich schimmern ließ, dem Summen angeregten Gesprächs, dem leisen Lachen, das beständig die Räume zu erfüllen scheint — als er den feinen bestrickenden Künsten einer klugen Frau in dieser Umgebung ausgesetzt war, wurde Eberhard wie Wachs in der Hand der Komtesse.

Ein wenig gegen den Tisch vorgeneigt, die Hände ineinander verschlungen, so daß die Juwelen an den schlanken Fingern gleißten, mit einem süßen, bezaubernden Lächeln saß sie ihm gegenüber. Und sie dämpfte ihre Stimme beim Sprechen zu einem vertraulichen Flüstern, das so sehr danach angetan ist, eine gefährliche Stimmung zu erzeugen.

„Nun sagen Sie mir, was Sie jetzt tun wollen — da Sie ein Kapitalist sind. Ich sehe es Ihnen an, daß Sie die Frage bereits entschieden haben. Bekennen Sie mir — und will ich Sie absolvieren, wenn ich kann."

Es gab nichts, was er lieber getan hätte, als ihr zu bekennen. Aber noch wagte er es nicht. Einen Teil freilich von der Wahrheit ließ er sie wissen.

„Ich will selbständig werden," erwiderte er. „Vorausgesetzt, daß es notwendig wird."

„O! — Dann muß Ihr Erfolg in der Tat sehr groß gewesen sein. Wenn Sie nicht die Absicht haben, den Spruch wahrzumachen: „Raum ist in der kleinsten Hütte" — und so weiter."

Da war es, als segelten seine Klugheit und seine Ueberlegenheit mit starkem Winde davon. Er wurde rot und stammelte:

„Wie konnten Sie es erfahren?"

Das Lächeln verließ ihr Antlitz nicht, aber es schien darauf erstarrt zu sein.

„Ich bin seherisch," sagte sie. „Wußten Sie das nicht?"

„Ich wußte, daß Sie klug sind," stotterte er, „aber ich wußte nicht, daß Sie so klug sind. Niemand sonst hat uns entdeckt — wie konnten Sie es erfahren?"

Da wurde sie leichenblaß, und scharf fragte sie:

„Soll das heißen, daß Sie bereits verheiratet sind?"

„Ja—a. Ich — ich glaubte, Sie meinten das."

Sie antwortete nicht. Aber er vernahm ein Klingen, und er sah, daß das Champagnerglas in ihrer Hand zerbrochen war. Und er sah, daß sie bleich war wie der Tod.

22. Kapitel.

Eberhard von Rominger konnte sich nicht erinnern, jemals in seinem Leben eine so unglückselige Viertelstunde durchlebt zu haben, wie sie seinem Bekenntnisse im Restaurant zu Monte Carlo folgte.

Er hatte die Komtesse durchaus für das gehalten, was sie zu sein vorgab: ein durchaus modernes Mädchen, starknervig und klug, die ihre Gefühle ihrem Willen unterordnet. Wenn er sich einmal ausgemalt hatte, wie sie sein Geständnis der Wahrheit aufnehmen würde, so hatte er nur angenommen, daß sie höchstens Ueberraschung — vielleicht auch, für einen Augenblick — Zorn und Aerger zeigen würde. Aber niemals hätte er für möglich gehalten, daß es sie wie ein furchtbarer Schlag treffen könnte.

Daß es sie so getroffen hatte — daß sie völlig niedergeschmettert war — er mußte es nun freilich sehen. Wie sie da vor ihm saß, mit verfärbtem Antlitz und zitternden Lippen, keines Wortes mächtig, wirkte sie wahrhaft mitleiderregend. Und auf dem Tisch lagen die Scherben des Glases — des Glases, das in ihrer Hand zerbrochen war. Was sie auch empfinden mochte: ob es nur Zorn und Haß war, was seine Mitteilung in ihr geweckt hatte — oder ob sie doch einer wärmeren Empfindung für ihn fähig gewesen war und es nun büßen mußte — jedenfalls litt sie schwer in diesen Minuten. Und er konnte keine Frau leiden sehen. Er suchte verzweifelt nach einem Wort, das er ihr hätte sagen können; einem Wort, das ihr seine Gefühle offenbarte und doch nicht zu viel besagte. Aber er fühlte, daß er mit allem, was er sagte, nur neue Wunden aufreißen, nur bitterer verletzen konnte. So schwieg auch er, und er wagte es nicht mehr, den Blick zu ihrem Antlitz zu erheben. Er lauschte ihrem Atem, der stürmisch ging, und wußte nicht, wie er der entsetzlichen Situation entkommen konnte, in die er sich da gebracht hatte.

Sie hatte wohl doch erwartet, daß er seinen letzten Worten noch etwas hinzufügen würde. Als er aber schwieg, als sie minutenlang gewartet hatte, ohne daß er sprach, lachte sie kurz und hart auf.

„Vortrefflich!" sagte sie schneidend. „Ich könnte ja zornig werden über die Art, wie man mich zum Narren gehalten hat, wenn es nicht so außerordentlich belustigend wäre."

„Sicherlich nicht! — Ich weiß nicht — ich wußte nichts von — von —"

Er wußte jedenfalls nicht, was er hatte sagen wollen, und nicht, wie er seinen Satz schließen sollte. So schuldbeladen, so jammervoll hatte er sich nie zuvor gefühlt. Die Komtesse lehnte sich auf ihrem Stuhl zurück und zuckte die Achseln.

„Es ist natürlich diese sogenannte Gesellschafterin, der es mit ihrer Scheinheiligkeit gelungen ist, Sie zu binden!" sagte sie.

Wenn es ein Mittel gab, Eberhard seine Ruhe und seine Besinnung zurückzugeben, so hatte sie es gefunden.

Wie sehr er sich ihr gegenüber auch schuldig fühlte: niemals konnte er ihr gestatten, etwas Derartiges über das Mädchen zu sagen, das er liebte. Er richtete sich höher auf, und es klang ganz ruhig und beherrscht, als er sagte:

„Nein, Komtesse — sie hat sich nicht bemüht, mich zu fesseln. Ich liebe sie, und ich habe sie geheiratet, weil ich sie liebe. Wenn ich mich recht erinnere, bemerkten Sie selbst einmal, daß Sie sie der Liebe eines Mannes für würdig hielten."

„Ich habe gesagt, daß sie hübsch und reizvoll ist," gab sie scharf zurück. „Und ich denke, das ist nicht ganz das gleiche. Die Frauen, die dessen würdig wären, sind es zumeist nicht, denen allzuviel Liebe zuteil wird. Aber das ist ja gleichgültig. Wie haben Sie es angefangen, daß Ihre Heirat ein Geheimnis bleiben konnte? — Denn sie ist doch wohl ein Geheimnis?"

„Ja. Ich denke, Sie werden verstehen, warum es so sein mußte. — Komtesse — wir befinden uns beide in einer schwierigen Lage. Sie kennen die Pläne meines Vaters, und Sie wissen —"

Sie machte eine ungeduldige Bewegung und ließ ihn nicht weitersprechen.

„O ja — gewiß. Er wünschte, daß Sie mich heiraten — nicht wahr? Und ich mußte selbstverständlich annehmen, daß Sie mit ihm übereinstimmten. Ich mußte annehmen, daß ein Mann von anständiger Gesinnung eine Frau nicht als Spielball seiner Launen ansieht — ein Wesen, mit dem man ohne Rücksicht auf seine eigenen Gefühle verfahren kann, wie es einem beliebt — ohne Rücksicht darauf, was sie empfinden muß, wenn sie erfährt —"

„Komtesse — Sie haben kein Recht, so zu sprechen," unterbrach er sie da kurz und bestimmt. „Selbstverständlich wußte mein Vater nichts von dem, was ich getan hatte. Natürlich hätten sie mich befragen sollen, ehe sie — ehe —"

„Ehe sie mich der schmachvollsten Demütigung aussetzten — ehe sie mich unter der Vorspiegelung, daß Sie mich zur Frau begehrten, in ihr Haus brachten, damit ich später erfahren könnte, daß Sie bereits eine andere Wahl nach Ihrem Geschmack getroffen hatten."

Eberhard biß sich auf die Lippen. Und er war nicht länger imstande, ihre von maßlosem Zorn diktierten Aeußerungen zu ertragen. Er erhob sich, und er war fest entschlossen, sich zu entfernen.

Lydia Aldringen erkannte, daß sie viel zu weit gegangen war. Und nun bewies sie, daß sie in der Tat über jene wunderbare Selbstbeherrschung verfügte, die er an ihr bewundert hatte. Eine winzige Spanne Zeit reichte hin, sie all die Künste wiedererlangen zu lassen, die sie im Uebermaß der Erregung vergessen hatte. Und ihre Stimme klang weich und bittend, als sie sagte:

„Bitte — gehen Sie nicht fort — lassen Sie mich hier nicht allein! Denken Sie doch daran, daß wir uns an einem öffentlichen Ort befinden. Wir —"

Er setzte sich wieder — verstimmt, unglücklich, verwirrt. Und die Frau, die soeben noch einer schrankenlosen Wut willenlos nachgegeben hatte, sagte:

„Herr von Rominger — wenn ich — wenn ich ungerecht gewesen bin — so vergeben Sie mir. Ich zweifle nicht daran, daß Sie keine Schuld tragen. Die einzig Schuldige ist vielleicht Frau Hermann."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.